

KOMMUNAL

Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Wir sind
Österreich

2 · 2012

5'0"

4'6"

THEMA

OGH-Urteil zur Gemeindehaftung:
Vorsicht bei den Bäumen ▶ 18

PRAXIS

Kommunale Beleuchtung: LED und
andere neue Technologietrends ▶ 45

CHRONIK

Plastiksackerlfrei: Gemeinden zeigen
vor, wovon andere träumen ▶ 62

THEMA

Landärzte dringend gesucht

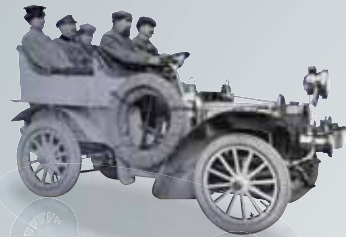
Viele Gemeinden leiden jetzt schon an fehlender Infrastruktur. Und jetzt kommt ein neues Problem dazu: Auf dem Land und in den Tälern finden sich kaum noch Ärzte. Auch die Gemeinden in den Ballungsräumen befürchten die „medizinische Verödung“. Eine KOMMUNAL-Analyse.

SEITE 8

Licht für die Straße – seit über 100 Jahren

Neu

LED-Straßenbeleuchtung
mit Freiform-Linsenoptik



1899

Acetylen-Scheinwerfer



1963

Bi-Lux-Reflektorscheinwerfer
Heute noch lieferbar



2010

Voll-LED Scheinwerfer



Kostenreduktion durch effiziente Straßenbeleuchtung in stillichere Design ist das, was Hella bietet.
Eco **StreetLine**: Hella Straßenbeleuchtung mit Zukunft!

www.hella.com/ecostreetline



Das Sparpaket trifft die Gemeinden in vielen Bereichen

Viele Fragen noch offen

Die Gemeinden spielten bei den Verhandlungen zum Sparpaket nicht die große Rolle, und so mancher glaubte, dass sie auch von den Maßnahmen gar nicht betroffen seien. Das hat mehrere Gründe: Zum einen haben die Gemeinden in den vergangenen Jahren stets gespart und das Nulldefizit nur in den Jahren 2009 und 2010 knapp verpasst. Zum anderen haben die Gemeinden sich im neuen Stabilitätsvertrag verpflichtet, nicht erst in einigen Jahren österreichweit auf einen ausgeglichenen Haushalt zu kommen, sondern bereits 2012. Und wie es jetzt aussieht, haben die Gemeinden dieses Ziel bereits im Vorjahr erreicht. Das bedeutet, wenn der Bund und die Länder so wirtschafteten wie die Gemeinden, bräuchten wir überhaupt kein Sparpaket. Aber trotzdem wird die Gemeinden das jetzt vorliegende und auch notwendige Paket in mehreren Bereichen treffen. Durch den Wegfall der Mehrwertsteuerbefreiung für alle größeren Gemeindeprojekte, die in eigene Gesellschaften ausgegliedert wurden, verlieren die Kommunen jährlich rund 100 Millionen Euro, wobei es regionale Unterschiede gibt.

In Oberösterreich gab es sogar den Auftrag des Landes, dass alle Projekte mit einem Kostenvolumen von über 500.000 Euro in diese Struktur ausgelagert werden, um die Mehrwertsteuer zu sparen.

Der Wegfall der Befreiung der Mineralölsteuer bei Bussen des öffentlichen Nahverkehrs wird sicherlich die Abgänge der Verkehrsträger bzw. Zuschüsse der öffentlichen Hand erhöhen. Und schließlich können sich die Gemeinden nicht über Null-Lohnrunden im gesamten öffentlichen Dienst freuen, wenn man weiß, dass es jetzt schon in mehreren Bundesländern ein großes Problem ist, Kindergartenpädagoginnen oder Pflegepersonal für

die Seniorenheime wegen zu geringer Bezahlung zu bekommen. Dass der Bund bei vielen Bereichen weitere Einsparungen durchführen muss, wird sicher auch auf der kommunalen Ebene Auswirkungen haben. Beispielsweise wenn die Förderungen für den öffentlichen Verkehr gekürzt oder Überstunden bei der Polizei eingespart werden.

Aber auch das Sparprogramm der Länder, die bis 2016 rund 3 Milliarden einsparen müssen, wird gewisse Auswirkungen auf die Gemeinden haben, weil viele Aufgaben ja gemeinsam erledigt und finanziert werden. Erfreulich ist, dass die mühsam erkämpfte Regelung für die Finanzierung des Pflegefonds und der schulischen Nachmittagsbetreuung zumindest bis 2016 gesichert erscheint.

Viele Detailfragen sind noch offen und werden natürlich erst in den konkreten gesetzlichen Maßnahmen festgeschrieben. Dann wird man erst konkret die Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Gemeinden erkennen können. Mit dem vorliegenden Sparpaket ist ein erster Schritt getan, dass Österreich wieder auf gesunden Beinen steht, aber die Umsetzung wird noch eine riesige Herausforderung. Und schließlich werden wir an einem zweiten Schritt, in dem die Aufgaben völlig neu geordnet und zugeteilt werden, nicht vorbeikommen. Nicht die Zwangszusammenlegung von Gemeinden wird das große Geld bringen, sondern eine vernünftige Regelung, wer welche Aufgabe der öffentlichen Hand am besten und wirtschaftlich sinnvollsten erledigen kann. Die Gemeinden sind dazu jederzeit bereit.

Helmut Mödlhammer



Helmut Mödlhammer
Präsident des Österreichischen
Gemeindebundes

Nicht die Zwangszusammenlegung von Gemeinden wird das große Geld bringen, sondern eine vernünftige Regelung, wer welche Aufgabe der öffentlichen Hand am besten und wirtschaftlich sinnvollsten erledigen kann.



THEMEN

Gemeindebund

- 8 Gemeinden fürchten „medizinische Verödung“: Hausärzte dringend gesucht
- 16 Wieder einmal blicken alle Augen nach Tulln: Der 59. Österreichische Gemeindetag
- 21 Kommentar zum Sparpaket: Gemeindefusionen sind nur der erste Schritt

Recht & Verwaltung

- 12 Pflegereform am Scheideweg: Eine Vielzahl von Problemfeldern tut sich auf
- 14 Caritas-Präsident Franz Küberl im Interview: Bürgermeister in ähnlicher Situation wie Pfarrer
- 18 OGH-Urteil nach Baumsturz in St. Pölten: Sorgfaltsmaßstab bei „rege frequentierten“ Flächen besonders hoch

Finanzen

- 22 Ausschreibungsberechtigungen bei Gebühren: Bei Untätigkeit droht so mancher Gemeinde ein EU-Verfahren

Europapolitik

- 25 EU-Dienstleistungskonzessionen: Öffentlicher Daseinsvorsorge droht Substanzverlust
- 27 Die Subsidiaritätsrüge des Bundesrates: EU-Konzessionsbegriff bringt Verteuerung & Bürokratisierung



Impressum

Herausgeber:

Österreichischer Gemeindebund,
Löwelstraße 6, 1010 Wien

Medieninhaber:

Österreichischer
Kommunal-Verlag GmbH.,
Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien,
Tel. 01/532 23 88,
Fax 01/532 23 77,
E-Mail:
kommunalverlag@kommunal.at

Geschäftsführung:

Mag. Michael Zipmer

www.kommunal.at

Redaktion:

Tel.: 01/ 532 23 88
Mag. Hans Braun - DW 16
(Chefredaktion & Layout)
hans.braun@kommunal.at
Mag. Helmut Reindl - DW 15
helmut.reindl@kommunal.at
Katharina Lehner - DW 37
katharina.lehner@kommunal.at

Fotos:

www.bilderbox.at; www.photos.com

Adressverwaltung:

Elisabeth Leitner - DW 18
elisabeth.leitner@kommunal.at

Anzeigenberatung:

Tel.: 01/532 23 88
Mag. Sabine Brüggemann - DW 12
sabine.brueggemann@kommunal.at
Mag. Alexander Palaschke - DW 14
alexander.palashke@kommunal.at

DTP & Grafik:

Ernst Horvath - DW 17
ernst.horvath@kommunal.at

Redaktionsbeirat:

Mag. Ewald Buschenreiter
(Verbandsdirektor der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ)
Mag. Nicolaus Drimmel
(Österreichischer Gemeindebund)
Dr. Gustav Fischer
(BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft)
Mag. Petra Hafner (BM für Unterricht, Kunst und Kultur)
Dr. Clemes Hüffel (BM für Wissenschaft und Forschung)
Daniel Kosak (Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes)
Dr. Walter Leiss (Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes)
Robert Lender (BM für Wirtschaft, Familie & Jugend)
Mag. Alexander Marakovits (BM.I)
Mag. Susanne Metzger (BM für

Verkehr, Innovation und Technik)

Bgm. Helmut Mödlhammer
(Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)

Mag. Georg Möstl
(BM für Wirtschaft, Familie & Jugend)

Mag. Arnold Obermayr
(BM für europäische und internationale Angelegenheiten)

Eduard Olbrich (BM für Soziales und Konsumentenschutz)

Mag. Johannes Pasquali
(BM für Finanzen)

Prof. Dietmar Pilz (Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes)

Mag. Christian Rupp
(Geschäftsführer IKT-Board im BKA)

Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer
(Johannes-Kepler-Universität Linz)

Mag. Christian Schneider
(Landesgeschäftsführer des GWV der VP-NÖ)

Dagmar Strobel (Bundesministerium für Frauen und öffentlichen Dienst)

Mag. Andreas Wallner (BM für Inneres)

Mag. Michael Zipmer (Geschäftsführer Österreichischer Kommunalverlag)

Hinweis zu Gender-Formulierung:
Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form steht.

Hersteller:

Leykam Druck, 7201 Neudörfel



PEFC zertifiziert:
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – www.pefc.at



Druckauflage: **36.030**
(Durchschnitt
2. Halbjahr 2011)

Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Mit „E.E.“ gekennzeichnete oder unter der Bezeichnung „Service“ laufende Artikel sind bezahlte Informationen und fallen nicht in die Verantwortlichkeit der Redaktion.

Teilen dieser Ausgabe liegen Informationen des Messezentrums Salzburg, der Messe Graz, der Wirtschaftskammer Salzburg, der ARGE Forum mineralische Rohstoffe und der Firma Ecolight Solare Beleuchtung bei.

PRAXIS

Kommunalmesse 2012

- 56 Novität: Erstmals hat die Kommunalmesse einen eigenen Praxistag

Kommunale Beleuchtung

- 44 LED hält Einzug in Innen- und Außenbeleuchtung: Technologietrends der kommunalen Beleuchtung

Straße & Plätze

- 50 Ein Wunschtraum wird Wirklichkeit: Gemeinsamer Lebensraum Straße



CHRONIK

- 60 Kommunalwirtschaftsforum 2012: Rien ne va plus? Herausforderung demografischer Wandel
 62 Plastiksackelfreie Gemeinde – Klimaschutz beginnt „vor der eigenen Haustür“
 64 Aus den Bundesländern
 68 Südtirol, Personalia, & Termine
 70 Service & Vorschau



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Das Thema „Sparen“ und die allgemeine Finanzlage dominiert nach wie vor das politische Leben Österreichs. Und es ist völlig richtig, dass gespart werden muss. Aber muss wirklich beispielsweise das einzige Bezirksgericht Osttirols geschlossen werden? Müssen Effizienzrechnungen so übertrieben werden, dass vielleicht die Rahmenbedingungen für die Menschen nicht mehr stimmen?

Im wahrsten Sinn ungesund ist beispielsweise die derzeitige Entwicklung bei den Land- und Hausärzten. Unsere Recherchen haben ergeben, dass der ländliche Raum in relativ kurzer Zeit ein großes Problem bekommt, wenn es uns nicht gelingt, diesen Beruf wieder attraktiver zu



Michael Zimmer
Geschäftsführer

gestalten (Seite 8). Kombiniert mit den Problemen bei der Pflegereform, die „am Scheideweg“ steht (Seite 12), ist das eine ziemlich explosive Mischung.

Sicher ist dabei, die Herausforderungen werden nicht kleiner. Information spielt daher eine enorm wichtige Rolle, gelesen oder erlebt. Deshalb haben wir uns auch entschlossen, heuer erstmals auf der Kommunalmesse einen „Tag für Praktiker“ zu veranstalten. Am Mittwoch, dem 12. September, können die Prak-

tiker aus den Gemeinde die innovativen Produkte der Kommunalwirtschaft auf der Messe in Tulln selbst testen und die Geräte ausprobieren, mit denen sie später arbeiten sollen. Das verhindert möglicherweise Fehlinvestitionen und ist ein bewährter Weg, den Sparwillen der Gemeinden nochmal zu unterstreichen.

KOMMUNAL hat im Februar wieder eine Fülle von aktuellen Themen zusammengestellt, die für die Arbeit in den Gemeinden wichtig sein können. Das ist unser Selbstverständnis und unser Beitrag, die Gemeinden zu unterstützen. Schreiben Sie mir Ihre Meinung:
michael.zimper@kommunal.at

Kritik: Steuer-Wegfall soll auch Bund und Länder treffen

Ende der Vorsteuer-Regel kommt Gemeinden teuer

Im Mitte Februar vorgestellten Sparpaket ist vorgesehen, dass die Vorsteuer-Regelung wegfällt. Die Regierung will damit eine „Steuertücke“ schließen, doch für Gemeinden würde dies eine größere Lücke ins Budget reißen. Die Vorsteuer-Regelung ermöglichte es öffentlichen Gebietskörperschaften bislang, Infrastruktur-Projekte auszugliedern und damit keine Vorsteuer zahlen zu müssen, wodurch die Errichtungskosten reduziert werden konnten. Fällt die Regelung, ergibt

dies eine jährliche Belastung von 100 Millionen Euro für die Kommunen, so Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer. Mödlhammer kritisiert, dass Gemeinden die Zeche zahlen müssen, weil der Wegfall für Bund und Ländern nicht gelten soll. Gemeinden haben in der Vergangenheit bei der Errichtung von Volkshäusern oder auch Amtsgebäuden von der Vorsteuer-Regel Gebrauch gemacht. Diese Infrastrukturprojekte



Gemeinden werden durch den Wegfall der Vorsteuer-Regel mit 100 Millionen belastet, so Gemeindebund-Präsident Mödlhammer.

wurden von ausgelagerten Gesellschaften errichtet und die Vorsteuer erlassen. Mödlhammer rechnet vor, dass sich allein in Oberösterreich in den letzten sechs Jahren ausgegliederte

Gemeindeprojekte 120 Millionen Euro an Vorsteuern zurückgeholt haben. Dies war jedoch kein Vorschlag der Gemeinden, sondern ist eine Idee des Bundes gewesen, betont Mödlhammer.



Kleinen Bezirksgerichten, mit weniger als vier Planstellen für Richter, soll es an den Kragen gehen.

Kahlschlag: Schließung der Hälfte aller Standorte

Aus für 73 Bezirksgerichte?

Justizministerin Beatrix Karl kündigte an, Bezirksgerichte mit weniger als vier Planstellen schließen zu wollen. Vor einigen Wochen noch wurde gemutmaßt, dass Bezirksgerichte mit weniger als zwei Planstellen betroffen sind. Statt bisher 31 Standorten sind nun 73 und damit mehr als die Hälfte der insgesamt 141 Bezirksgerichte von der Schließung

bedroht. Im Justizministerium rechtfertigt man die Pläne damit, dass sich größere Gerichte besser spezialisieren können und sicherer sind. Sechs Millionen Euro sollen eingespart werden. Die Länder haben zwar ein Veto-Recht, doch Justizministerin Karl rechnet mit Gesprächsbereitschaft: „Ich setze auf den Reformwillen der Länder.“

EU-Umfrage

Drei Viertel für Plastikverbot

Fast drei Viertel der Befragten einer Online-Umfrage der EU-Kommission würde ein EU-weites Verbot von Plastiksackerln „mitbringen“. Die Umfrage wurde von Mai bis August 2011 mit 15.550 Teilnehmern durchgeführt. In Österreich will man vermehrt auf biologisch abbaubare Kunststoffe, so genanntes Bio-Plastik, setzen.

Fastfood-Verbot: Wegen EU-Recht nicht möglich

Gesundes Schulbuffet durch Beratung und Bewusstseinsbildung

Ein Drittel aller Schüler isst vor der Schule kein Frühstück, die Hälfte wird ohne Jause aus dem Haus geschickt. Die Schulbuffets spielen für die Ernährung der Kinder daher eine wichtige Rolle, doch gibt es dort oft Pizza, Schnitzsemmel und Süßes zu kaufen. Die steirische Gesundheitslandesrätin Kristina Edlinger-

Ploder forderte ein Fastfood-Verbot. Das lässt sich aber nicht umsetzen, weil es gegen EU-Recht verstößt, so Gesundheitsminister Alois Stöger. Stattdessen setzt man auf Beratung und will, dass Schulen bei der Ausschreibung der Buffets auf Qualität achten, denn Fastfood führt zu Übergewicht und Müdigkeit.

Beliebt: Zwei Euro

2011 weniger Münz-Fälscher

Die Anzahl der aus dem Verkehr genommenen gefälschten Euro-Münzen ist 2011 um 15 Prozent auf 157.000 Stück zurückgegangen. Das ist im Verhältnis zu den 16 Milliarden echten Münzen ein geringer Anteil. Die Zwei-Euro-Münze ist mit einem Anteil von zwei Drittel die häufigste Fälschung.

EU: Wasserschutzrichtlinie

15 Chemikalien zur „Watchlist“

Wasserverunreinigungen durch Chemikalien sind eine große Gefahr für Flüsse, Seen und Küstengewässer. Die EU schlägt daher vor, die Liste der 33 Schadstoffe, die in Gewässern überwachbar werden, um weitere 15 Chemikalien zu erweitern. Darunter sind Industriechemikalien, Arznei- und Pflanzenschutzmittel.

Forderung: Umwidmung

Abgabe steht Gemeinden zu

Das Sparpaket ist fertig geschnürt. Mit verpackt ist auch eine Umwidmungsabgabe, die jährlich 300 Millionen Euro bringen soll. Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer sprach sich bereits vor der Veröffentlichung der Details zum Sparpaket gegen eine solche Bundesabgabe aus und forderte, dass die Abgabe für Umwidmungen bei Ländern und Gemeinden bleibt. Weil die Gemeinden den Widmungsakt durchführen, sollen auch sie und nicht der Bund das Geld bekommen. Mödlhammer



Durch die Umwidmung von Grün- zu Bauland wird der Wert gesteigert. Von einer Abgabe sollen die Gemeinden profitieren.

schlägt vor, in Landesgesetzen eine Abgabe festzulegen, die dann zwischen Land und Gemeinde aufgeteilt wird. Der Bund könnte eine Landesabgabe aushebeln, davon will sich Mödl-

hammer aber nicht einschüchtern lassen: „Wenn man so eine Maßnahme trifft, dann gehört sie dort hin, wo sie geboren ist und wo die Kosten liegen, nämlich bei den Gemeinden.“

Durchwachsene Bilanz

Manko bei Einstellung Behinderter

Die Einstellung von Menschen mit Behinderung ist gesetzlich vorgeschrieben. Unternehmen mit mehr als 25 Dienstnehmern sind verpflichtet, auf jeweils 25 Beschäftigte einen Behinderten einzustellen. Tun sie das nicht, müssen sie für jede Person, die zu beschäftigen wäre, eine Ausgleichsteuer zahlen. Die Realität sieht freilich anders aus. Eine parlamentarische Anfrage an das Sozialministerium ergab, dass die Wirtschaftskammer nur 27 statt 46 Behinderte beschäftigt. Anders die Arbeiterkammer, wo 43 statt 23 Behinderte arbeiten.

Ranking: Österreich im EU-Mittelfeld und nicht Spitze

2011 weniger innovativ als 2010

Im EU-Innovationsanzeiger werden die europäischen Länder nach ihrer Innovationskraft bei Humankapital, Forschung und Investitionen gereiht. Österreich hat 2011 den achten Platz erzielt und ist damit zurückgefallen. 2009 wurde der sechste Platz und 2010

der siebente Platz erreicht. Überdurchschnittlich innovativ und damit besser als Österreich sind die Länder Schweden, Dänemark, Deutschland und Finnland. Die Schlusslichter im Ranking sind Rumänien, Litauen, Bulgarien und ganz zuletzt Lettland.

Verdoppelung: Minister Hundstorfer erwartet Anstieg

So wird das Freiwillige Soziale Jahr

Der Sozialausschuss vereinbarte Ende Jänner, wie das Freiwillige Soziale Jahr aussehen soll. Künftig dürfen alle Personen ohne einschlägige Ausbildung ab dem 17. Geburtstag ein Freiwilliges Soziales Jahr absolvieren. Freiwillige, die jünger als 24 Jahre sind,

haben Anspruch auf Familienbeihilfe. Die Freiwilligenorganisationen müssen ein Taschengeld in der halben Höhe der Geringfügigkeitsgrenze bezahlen. Sozialminister Rudolf Hundstorfer erwartet, dass sich künftig doppelt so viele Leute interessieren als bisher.

EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE

Die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, gehört zu werden.

Ab **1. April 2012** steht in Europa ein neues Instrument für direkte Demokratie zur Verfügung. EU-Bürgerinnen und -Bürger können von der EU-Kommission eine konkrete Gesetzesvorlage verlangen. Dafür braucht es in Zukunft:

- mindestens eine Million Unterschriften innerhalb eines Jahres
- aus mindestens sieben EU-Mitgliedstaaten und
- je nach Einwohnerzahl eines Landes eine Mindestzahl an Unterschriften (für Österreich z. B.: 14.250).



Werden Sie aktiv!
Wir unterstützen Sie dabei:
ebi.zukunfteuropa.at

EUROPÄISCHE
BÜRGERINITIATIVE

Eine Information der Europapartnerschaft, finanziert aus Mitteln der Europäischen Union.

Neu ab April

Beginnt der Mangel an Ärzten Gemeinden zu gefährden?

Landärzte dringend gesucht

Eine attraktive Salzburger Fremdenverkehrsgemeinde, 2200 Einwohner, 40 Minuten von der Stadt Salzburg entfernt – kein Interessent für die Nachfolge der Arztpraxis. Ein Sturm auf den Bürgermeister: „Das darfst du nicht zulassen, dass wir keinen Gemeindearzt haben!“ Das ist schon Realität auf dem Lande – aber ist diese „Zukunft ohne Ärzte“ in den kleineren Gemeinden noch abwendbar?

Hans Braun & Katharina Lehner

Im Fall der Salzburger Gemeinde konnte in einem zweiten Anlauf Entwarnung gegeben werden, schildert Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer in seinem Beitrag für das Buch „Arzt der Zukunft – Zukunft des Arztes“ über die „niedergelassene Medizin“ in Österreich.

„Sterben“ die Ärzte aus?

In der EU werden bis 2020 mehr als 230.000 Ärzte fehlen. Gleichzeitig plant die EU-Kommission das Medizinstudium von sechs auf fünf Jahre zu verkürzen, offiziell bei gleicher Stundenanzahl. Diese und andere Themen wurden auf dem internationalen Symposium „Arzt sein in Zukunft“ Ende Jänner in Wien diskutiert. „Man wird noch 70-jährige Ärzte auf Knien bitten, ihre Ordination weiterzuführen“, prophezeite da Öster-

reichs Ärztekammerpräsident Walter Dorner.

Auf die KOMMUNAL-Nachfrage, ob es in Österreich überhaupt genügend Ärzte gibt, die vakant werdenden Stellen nachzubeseetzen, legt er nach: „Unsere Medizin-Universitäten bilden genügend junge Menschen aus. Aber immer weniger Absolventen sind bereit, unter den derzeitigen Arbeitsbedingungen in Österreich eine Praxis zu übernehmen oder zu eröffnen. Ich mag Hochrechnungen an sich nicht so gern, aber eine Zahl gibt mir jedenfalls zu denken: Selbst wenn jeder unter 55-jährige Allgemeinmediziner mit Wahlarztpraxis die Ordination



Ländliche Regionen sind für manche junge Berufstätige offenbar weniger attraktiv als städtische Ballungszentren.

Gesundheitsminister
Alois Stöger

eines in Pension gehenden Kassen-Allgemeinmediziners ersetzen würde, blieben 30 Prozent der derzeit noch vorhandenen Kassen-Praxen unbesetzt. Das bedeutet: Mit der bereits tätigen Ärzteschaft können wir diese Lücke nicht schließen. Das ist ein Alarmzeichen!“

Günter Wawrowsky, in der Ärztekammer zuständig für den niedergelassenen Bereich: „Wird der niedergelassene Bereich nicht ausgebaut und gestärkt, drohen eklatante Versorgungsmängel. Zusätzlich gibt es in der Augenheilkunde und der Psychiatrie zu wenige Planstellen. Besonders dramatisch ist es



in der Kinder- und Jugendpsychiatrie.“

Naturgemäß etwas entspannter sehen Gesundheitsminister Alois Stöger und der Hauptverband der Sozialversicherungen die Ärzte-Situation. „Laut unseren Daten liegt Österreich international an der Spitze, was die Anzahl an Ärzten betrifft. Gesamt betrachtet zeichnet sich kein Mangel ab. Bei differenzierter Betrachtung kann es in einigen Regionen zu einem Hausarzt-

mangel kommen. Dies liegt aber weniger am Beruf des Hausarztes als daran, dass ländliche Regionen für manche junge Berufstätige offenbar weniger attraktiv sind als städtische Ballungszentren“, so Minister Alois Stöger.

Auch der Hauptverband verneint, dass es einen Ärztemangel gibt. Pressesprecher Dieter Holzweber: „Ein Blick auf die

Zahlenlage zeigt, dass von einem Ärztemangel generell keine Rede sein. Im Jahre 1970 hatten wir rund 7,5 Millionen Einwohner und insgesamt 12.438 berufsausübende Ärzte. 2010 gibt es bei rund 8,4 Millionen Einwohnern über 40.000 Ärzte. Die Zahlen gelten für Vertragsärzte und für Spitalsärzte. Im Verhältnis zur Bevölkerung gibt es somit heute mehr Ärzte als vor 40

Jahren. Von einem Ärztemangel zu sprechen, ist eine Mär. In einigen Bundesländern und in Ballungszentren gibt es lange Wartelisten. In ländlichen und peripheren Gebieten, beispielsweise in Salzburg oder der Steiermark, gibt es Besetzungsprobleme.“

Woran liegt es nun?

Helmut Mödlhammer bringt es auf den Punkt. Die Ursachen des sich abzeichnenden Ärztemangels – der in bestimmten Bereichen im Übrigen auch die Ballungsräume erfassen wird – sind vielfältig und liegen nicht nur an der „Überalterung“ der Ärzteschaft, sondern auch an den wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen, unter denen vor allem die niedergelassenen Praktiker und Praktikerinnen leiden. „Das Klischee des klassischen ‚Landarztes‘, wie es in diversen Fernsehserien und Romanen gepflegt wird“, so Mödlhammer, „entspricht seit langem nicht mehr der Realität.“

Der Landarzt ist in vieler Hinsicht ein Einzelkämpfer. Er/sie muss Entscheidungen nicht nur allein treffen (statt im „kollegialen Rahmen einer Klinik“), für den Landarzt treffen noch zwei Punkte zu: Erstens hat er – ähnlich dem Bürgermeister – keinen echten Feierabend. Und, so die Ärztekammer, auch „junge Ärztinnen und Ärzte haben heute



Fotocredit: Österreichische Ärztekammer/Janzen

Zu Thema „Ordination ohne Ärzte? Patienten ohne Versorgung?“ diskutierten: Dr. Gert Wiegele, stv. Obmann der Bundeskurie Niedergelassene Ärzte, Dr. Otto Traintl, ärztlicher Leiter des LKH Mistelbach, MMag. Agnes Streissler, Volkswirtin, Moderator Gerald Groß, Dr. Susanne Rabady, Vizepräsidentin der ÖGAM, Dr. Walter Dorner, Dr. Günther Wawrowsky, Helmut Mödlhammer und Ulrich Weigelt, Bundesvorsitzender des Deutschen Hausärzterverbandes.

die gleichen Erwartungen wie alle anderen Berufseinsteiger auch, nämlich ein halbwegs ausgewogenes Verhältnis von Arbeit und Freizeit, familienfreundliche Arbeitsbedingungen und ein leistungsgerechtes Einkommen“. Und zweitens, was noch wichtiger ist, ist er auch wirtschaftlich ein Einzelkämpfer. Oft darf er beispielsweise – vor allem als Nachfolger – keine Hausapotheke mehr führen. Gerade bei kleinen Arztpraxen auf dem Lande ein wichtiges wirtschaftliches Argument.

Es liegt also offenbar viel daran, den Beruf „Hausarzt“ zu attraktivieren. Gesundheitsminister Alois Stöger auf die Frage, was man tun kann, um den Beruf

„attraktiver“ zu machen: „Hier nochmals das Stichwort Gruppenpraxen. Der klassische Hausarzt ist männlich und hat eine Einzelpraxis. Hier wird sich viel ändern: Es gibt mehr Ärztinnen, und für junge Ärztinnen und Ärzte sind zunehmend andere Arbeitszeiten und Arbeitsformen attraktiv. Durch die Gruppenpraxen können sie flexibler mit anderen Medizinerinnen aus anderen Fachgebieten zusammenarbeiten, und für Patientinnen und Patienten bedeutet das attraktivere Öffnungszeiten und weniger Wege.“

Aus vielen Gemeinden ist die Befürchtung zu hören, dass der Hausarztmangel zu einer „medizinischen Verödung“ der Ge-

Kein Ärztemangel in der Schweiz

Nach Angaben des Schweizer Ausbildungsportals AZI.ch, gibt es in der Schweiz nicht zu wenige Ärzte – sie sind nur in den falschen Disziplinen oder an den falschen Orten tätig. Von einem allgemeinen Ärztemangel zu reden, ist daher falsch. Wie das Schweizer Ausbildungsportal weiter berichtet, ist die Ursache für die Schwierigkeiten, alle Arztstellen zu besetzen, in der medizinischen Ausbildung in der Schweiz zu suchen. Denn es werden Jahr für Jahr deutlich weniger Ärzte ausgebildet, als nötig wären, um den Schweizer Bedarf zu decken – und das, obwohl es genug geeignete Kandidaten gibt. Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Während es jährlich 2000 Arztstellen neu zu besetzen gilt, stehen nur für knapp ein Drittel von ihnen in der Schweiz ausgebildete Ärzte zur Verfügung. Die übrigen etwa 1300 Stellen werden mit Medizinerinnen aus dem Ausland besetzt, vor allem aus Deutschland und Österreich.

Sachsen will Landärzte ködern

Laut einem Bericht in der Online-Ausgabe der Sächsischen Zeitung (in Kooperation mit Chemnitzer Morgenpost) fehlen in Sachsen derzeit 356 Hausärzte. Vor allem auf dem Land gibt es bereits akuten Ärztemangel. Gesundheitsministerin Christine Clauß (CDU) will nun mit vielen kleinen Maßnahmen – und viel Geld – für Abhilfe sorgen.

So gibt es bereits 40 Studenten, die sich verpflichtet haben, nach der Uni Landarzt zu werden. Dafür erhalten sie monatlich zwischen 300 und 400 Euro während des Studiums. „Dieses Projekt weiten wir aus“, so Ministerin Clauß. Künftig sollen

pro Jahr 20 Studenten gefördert werden, die ab dem 1. Semester bis zu 1000 Euro monatlich erhalten. Für wie lange sich die fertigen Mediziner dafür dann als Landärzte verpflichten müssen, steht noch nicht fest.

Auch das Projekt „Gemeindegewinn“ hat im Modell bestanden. Sechs Schwestern behandeln schon Patienten auf dem Land. „Das Projekt wird ausgeweitet.“ Außerdem gibt es inzwischen einen Vertrag mit der Ärztekammer in Österreich, um junge Ärzte in den Freistaat zu locken. Und es gibt Zuschüsse für Ärzte, wenn sie eine Praxis auf dem Land übernehmen.

meinden führen wird. Dieser Entwicklung wird gegenzusteuern sein, egal, welchen Zugang jemand hat.

Da wird es nicht reichen, einfach zu sagen, „Wir sehen keine medizinische Verödung. Das Problem der Nachbesetzung im ländlichen Raum ist eben auch ein strukturelles Problem, wie die Abwanderung oder das Greißlersterben. Nur: Man braucht nicht in jedem 100-Einwohner-Ort einen Doktor. Die Menschen werden schließlich immer mobiler“ (der Hauptverband).

Es gibt in vielen kleinen Gemeinden sehr mobile betagte Menschen. Deren Mobilität endet aber auch oft an der Ge-

meidengrenze. Sollen die Gemeinden „Krankentaxis“ organisieren oder Fahrtendienste? Soll der 70-jährige Kranke selbst ins Auto steigen und losfahren? Einmal zerstört, kann das Vertrauen in ein gut funktionierendes Gesundheitswesen kaum noch wieder hergestellt werden. „Mit der Stabilität der Gesundheitsversorgung und der Frage, ob eine angemessene Versorgungsqualität nur mehr bestimmten Eliten beziehungsweise bestimmten Regionen zugänglich ist, steht und fällt der Zusammenhalt einer ganzen Gesellschaft“, so Helmut Mödlhammers Warnung am Ende seines Buchbeitrags.

Wie praktikabel einzelne Zugän-

ge zum Thema sind, dazu gibt es natürlich jede Menge Ansätze.

Lesen Sie auf www.kommunal.at die ausführlichen Statements von Minister Alois Stöger, der Ärztekammer und des Hauptverbands der Sozialversicherung.

Literaturtipp

Günther Wawrowsky/
Gert Wiegele/
Jörg Pruckner (Hg.):
„Arzt der Zukunft –
Zukunft des Arztes.
Niedergelassene
Medizin in Öster-
reich“, 112 Seiten,
ISBN 978-3-99052-
021-5; Verlagshaus der Ärzte
Nibelungengasse 13
A-1010 Wien
Tel.: 01/512 44 86
E-Mail: [buch.medien@
aerzterverlagshaus.at](mailto:buch.medien@aerzterverlagshaus.at)



Ärzte-Paradies Schweden – Feierabend um halb sechs

Überschaubare Schichten, bezahlte Überstunden, vier Wochen Sommerurlaub am Stück: Damit locken schwedische Krankenhäuser deutsche Ärzte. Zwei Auswanderer berichten vom Arbeitsalltag in Malmö Uniklinik – und verraten im Spiegel Online, worauf sie im angeblichen Medizinerparadies verzichten müssen.

Markus Stiehm, 33, berichtet über den Arbeitsalltag in einem deutschen Spital: „Es herrschte fast immer Stress. Wir standen alle sehr unter Druck“, sagt der Neurologe. Längere Pausen habe man nicht gern gesehen, und als junger Mediziner traute er sich auch nicht, diese einzufordern: „Arbeiten bis zum Umfallen, Nacht- und Wochenenddienste, wenig Freizeit, das ist die Arbeitskultur der Mediziner in Deutschland. Vor einem Nachtdienst war ich bereits am Tag vorher unruhig, weil ich wusste, wie viel Arbeit auf mich zukommt und dass ich mich am nächsten Morgen, total erschöpft, vor dem Chefarzt verantworten muss.“

Schon im ersten Berufsjahr gab Stiehm auf einer Jobmesse seine Bewerbungsunterlagen einer Firma, die deutsche Ärzte nach Skandinavien vermittelt. Dort ist der Ärztemangel so groß, dass sich Krankenhäuser regelmäßig auf solchen Recruiting-Veranstaltungen präsentieren – ein

Schicksal, das auch deutschen Kliniken droht. Das Deutsche Krankenhausinstitut rechnet mit 37.000 offenen Stellen im Jahr 2019. Schon jetzt fehlen 5500 Mediziner in Deutschland, viermal so viele wie noch 2006. Das Gespräch auf der Jobmesse lief gut, dennoch fiel Stiehm die Zusage nicht leicht. Die Geburt seines Sohnes gab schließlich den Ausschlag: „Ich wollte mehr Zeit für mein Privatleben haben und nicht mehr jedes zweite Wochenende im Krankenhaus verbringen.“ Deshalb heuerte er schlussendlich am Krankenhaus Malmö an.

55 deutsche Ärzte wanderten 2010 nach Schweden aus, damit liegt das Land in der Liste der beliebtesten Auswandererziele deutscher Ärzte auf Platz 5, hinter der Schweiz, den USA, Österreich und Großbritannien. Die Unternehmensberatung KPMG hat im Auftrag der Deutschen Krankenhausgesellschaft im Sommer 2011 die Gehälter von Ärzten in acht europäischen Ländern ermittelt, das Deutsche Krankenhausinstitut verglich die Daten mit den Gehältern deutscher Klinkärzte. Das Ergebnis: Das kaufkraftbereinigte Nettoeinkommen liegt bei schwedischen Ärzten mit drei bis fünf Jahren Berufserfahrung zwischen 28.000 und 32.000 Euro, bei deutschen Ärzten zwischen 32.000 und 40.000 Euro.

Ärztemangel in Luxemburg vorgeplant

Zwei Drittel der Luxemburger Ärzte sind über 50 und werden in den nächsten 10 bis 20 Jahren in Rente gehen. Laut einer neuen Studie wird es 2020 in Luxemburg einen Ärztemangel geben, berichtet das Luxemburger Tageblatt.

In Luxemburg stehen laut neuester Studie der Alem (Vereinigung der Medizinstudenten) 2,8 Ärzte 1000 Einwohnern zur Verfügung. Der europäische Durchschnitt liegt mit 3,2 Mediziner pro 1000 Einwohner weitaus höher. Auch stellt die Studie fest, dass zwei Drittel der Ärzte männlich sind. Mit dieser einseitigen Rollenverteilung ist Luxemburg europäisches Schlusslicht.

Schon jetzt müssen mehrheitlich ausländische Ärzte, meist aus Deutschland, eingestellt werden, um das Luxemburger Gesundheitswesen überhaupt am Leben zu halten. Auch reiche ein junger Arzt nicht aus, um einen Kollegen, der in Rente geht, zu ersetzen.

2020 sollen europaweit 300.000 Ärzte fehlen. Da aber Luxemburg vor allem auf ausländische Ärzte angewiesen ist, muss es besonders attraktiv für Mediziner werden.

Laut Cedies waren 2010/2011 768 Luxemburger Medizinstudenten eingeschrieben. Die meisten von ihnen, über ein Viertel, studieren in Deutschland (216 Studenten). Knapp ein Viertel in Frankreich (181) und Belgien (180). 71 zukünftige Ärzte entscheiden sich für eine Ausbildung in Luxemburg. Auf Platz 5 kommt Österreich mit 53 Studenten.

Vielzahl von Problemfeldern – Entscheidung über Umfang der Reform offen

Pflegereform am Scheideweg

Am 16. März 2011 wurde von Bund, Ländern und Gemeinden im Rahmen der Einigung über den Pflegefonds 2011–2014 vereinbart, dass eine Reformarbeitsgruppe bis Ende 2012 Vorschläge für die Überführung dieses Fonds in ein künftiges Finanzausgleichsgesetz vorlegen soll. Im Jänner 2012 ist man nun je nach Betrachtungsweise schon viel weiter oder weit davon entfernt.

Konrad Gschwandtner

In den vergangenen zehn Monaten fanden einige Treffen der „Arbeitsgruppe Strukturreform Pflege“, wie diese vom federführenden Sozialministerium getauft wurde, Arbeitssitzungen mit den am Pflegesystem beteiligten Organisationen und Interessensgruppen, Online-Befragungen und viele kleinere Besprechungen statt. Eine Vielzahl von Problemfeldern und Lösungsansätzen liegt auf dem Tisch, und in Einzelbereichen ist zwischen den Vertretern des Bundes (BMAK und BMF), der Länder und der Gemeinden Einigung erfolgt, beispielsweise darüber, von welcher Zahlenbasis man für weitere Überlegungen ausgeht.

Finanzierbarkeit nicht aus den Augen verlieren

Die vielfältigen Vorschläge für Maßnahmen im Pflegebereich, die in den vergangenen Monaten überwiegend von privaten Trägerorganisationen und Interessensvereinigungen der Pflege sowie von einzelnen Sozialabteilungen der Gebietskörperschaften vorgelegt wurden, wurden vom Sozialministerium ohne Berücksichtigung von Finanzierbarkeit bzw. Einsparungspotenzial in einer „Shortlist“ prioritär anzugehender Problemstellungen zusammengefasst. Die ursprünglichen Zielsetzungen, Vorschläge für die Überführung des Pflegefonds in den künftigen Fi-

Die ursprüngliche Zielsetzung, die Finanzierbarkeit des Pflegesystems in Zukunft sicherzustellen, nimmt in der Arbeitsgruppe aktuell nicht mehr die übergeordnete Rolle ein.

nanzausgleich und die Sicherung der Finanzierbarkeit des Pflegesystems insbesondere auch hinsichtlich der demografischen und gesellschaftlichen Veränderungen in Zukunft vorzulegen, nehmen somit in der Arbeitsgruppe aktuell nicht mehr die übergeordnete Rolle ein. Dass kein Spielraum für Mehrausgaben besteht, gilt jedoch nicht nur allgemein für die Haushalte der Gebietskörperschaften, sondern auch für den Pflegebereich. Wenn also Mehrausgaben etwa für Qualitätssteigerungen gefordert werden, müssen auf der anderen Seite Minderausgaben realisiert werden, man denke hier etwa an die Problematik, dass Länder und Gemeinden nicht selten für Reha-Leistungen von Pflegeheimbewohnern aufkommen, die eigentlich dem Gesundheitssystem und nicht dem Sozialhilfesystem, in dem sich die Pflege leider derzeit befindet, zuzurechnen wären. Genauso muss auch jedem klar sein, dass die Gemeinden nicht den massiven Ausbau von Pflegeheimplätzen und Pflegediensten (mit)finanzieren können, der durch die von einigen Seiten geforderte Abschaffung des Angehörigenregresses erforderlich sein würde. Die Reformdiskussion wurde bisher zu sehr über den Bedarf und

über mögliche Verbesserungen des aktuellen Pflegesystems und zu wenig über die finanziellen Möglichkeiten und vorhandenen Effizienzsteigerungspotenziale geführt.

Einzelmaßnahmen oder substantielle Reform?

Geht es nach den Vorgaben des Sozialministers, soll bereits in vier Monaten ein Papier mit Umsetzungsvorschlägen für eine Pflegereform präsentiert werden. Dieser Zeitplan nimmt eigentlich die Entscheidung, ob einige Einzelmaßnahmen oder doch tiefgreifende Reformen erfolgen sollen, schon vorweg. Sollten es also nur Einzelmaßnahmen im Rahmen des aktuellen Pflegesystems werden, dann muss jedenfalls die Finanzierbarkeit durch die betroffenen Gebietskörperschaften das zentrale Entscheidungskriterium sein. Sollten sich Bund und Länder doch noch zu einer tiefgreifenden Reform des Pflegesystems durchringen können, für die sich die Gemeinden, aber auch einzelne Länder bereits ausgesprochen haben, ist es für das Erreichen dieses Ziels vorweg einmal erforderlich, dass der genannte Zeitrahmen deutlich erweitert wird, denn derzeit ist man noch dabei, die Erhebung des Bedarfs und möglicher Reformationen zu finalisieren. Anschließend sollte die Arbeitsgruppe eine politische Abstimmung von Bund, Ländern und Gemeinden über die konkreten Schwerpunkte und Ziele einer Strukturreform Pflege vorbereiten, anhand derer konkrete Reformmaßnahmen auszuarbeiten sind, so sie nicht bereits im Pool der Vorschläge der Arbeitsgruppe vorhanden sind. Im Vorfeld eines solchen politischen „Pflegegipfels“ erscheint es auch sinnvoll, dass sowohl von den Gebietskörperschaften (Bundesebene, Landesebene, Gemeindeebene) und den Sozialversicherungen als auch den Regie-



Konrad Gschwandtner, Bakk. BA, ist Jurist beim Österreichischen Gemeindebund in der Abteilung Recht und Internationales

rungs- und Oppositionsparteien gewisse Festlegungen über das Maß an Reformbereitschaft getroffen werden, denn es wäre mehr als bedauerlich, wenn die nötigen Strukturreformen in der Pflege, zu denen es ohne Zweifel bereits gute Vorschläge gibt, das Schicksal vergangener Reformvorhaben ereilt.

Der Österreichische Gemeindebund hat innerhalb und außerhalb der Arbeitsgruppe „Strukturreform Pflege“ bereits mehrfach bekundet, dass die Gemeinden gegenüber der Ist-Situation, aber auch im Hinblick auf die kommenden Herausforderungen (beginnender Pensionsantritt der „Baby-Boomer“-Generationen oder auch häufiger werdende Demenzerkrankungen) finanziell entlastet werden müssen und im äußersten Fall auch dazu bereit sind, die Zuständigkeiten im Pflegebereich generell abzugeben. Ob auch die anderen Beteiligten zu tiefgreifenden Reformen bereit sind, könnte sich schon sehr bald zeigen.

Pflegereform und Gemeindebuchhaltung

Die Ausschüttung der Mittel des Pflegefonds in Höhe von insgesamt 685 Millionen Euro in den Jahren 2011 bis 2014 ist im gleichnamigen

Die Gemeinden wären im äußersten Fall auch dazu bereit, die Zuständigkeiten im Pflegebereich abzugeben. Ob auch andere Beteiligte zu tiefgreifenden Reformen bereit sind, könnten schon die nächsten Wochen zeigen.

Zweckzuschussgesetz, dem Pflegefondsgesetz, geregelt. Die Aufbringung der Mittel findet über einen Vorwegabzug bei der Umsatzsteuer (gemeinschaftliche Bundesabgabe) statt, wodurch die Finanzierung zu 67,417 Prozent vom Bund, zu 20,700 Prozent von den Ländern und zu 11,883 Prozent von den Gemeinden getragen wird. Die Zweckzuschussmittel werden gemäß dem Pflegefondsgesetz via Volkszahl auf neun Landestöpfe aufgeteilt und in zwei gleich großen Teilbeträgen im Mai und November an die Länder überwiesen. Diese haben dann „die Gemeinden mit Mitteln entsprechend dem Verhältnis zu ihren tatsächlich getragenen und nachgewiesenen Nettoaufwendungen für Pflegedienstleistungen in der Langzeitpflege je Kalenderjahr zu beteiligen“. Die Zweckzuschüsse des Landes an die Gemeinden werden nicht für Rechnung des Bundes vollzogen, sondern es handelt sich bei der zierten Beteiligung der Gemeinden gemäß Pflegefondsgesetz um eine Verpflichtung der Länder, Zweckzuschüsse an ihre Gemeinden bzw. Gemeindeverbände zu leisten. Da auch die Ermittlung der Höhe des Gemeindeanteils den Ländern obliegt, richten sich entsprechende Rechtsansprüche der Gemeinden aus diesem Pflege-

fondsgesetz nicht gegen den Bund, sondern das jeweilige Land. Im Februar 2012 wurden im Rahmen des zuständigen Gremiums (VR-Komitee) zwischen Bund, Ländern und Gemeinden die nunmehrigen Verbuchungsmodalitäten vereinbart. Die Länder haben die Einnahmen aus dem Pflegefonds sowie auch die Ausgaben für die Weiterleitung des Gemeindeanteils brutto zu verbuchen. Von den Gemeinden sind die erhaltenen Einnahmen aus dem Pflegefonds nunmehr unter der Postengruppe 861 „Laufende Transferzahlungen von Ländern und Landesfonds“ zu verbuchen. Betreffend die mit 1. Jänner 2012 erfolgte Übernahme des Landespflegegeldes durch den Bund ist anzuführen, dass diese hinsichtlich der Finanzierungs-beteiligung der Gemeinden in Form einer Kürzung der Gemeinde-Ertragsanteile durch den Bund erfolgen wird und nicht in Form eines gesonderten Zahlungsflusses. Diese Kürzung ist gleichartig zu den anderen diversen Vorwegabzügen im FAG 2008 (z. B. zur Mitfinanzierung des EU-Beitrags, der Krankenanstalten oder der Siedlungswasserwirtschaft durch die Gemeinden) mit dem einzigen Unterschied, dass die Kürzung nicht zugunsten des Bundes, sondern zu Gunsten des Landes erfolgt. Von den Ländern wird dann der jeweilige länderweise Gesamtbeitrag an den nun kompetenzmäßig zuständigen und auszahlenden Bund refundiert. Das Bundesministerium für Finanzen wird die Kürzung des Landestopfes der Gemeinden bei der Überweisung der Ertragsanteile bereits berücksichtigen, somit sind im Unterabschnitt 925 „Ertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben“ bereits jene Beträge zu veranschlagen, die sich nach den Abzügen gemäß § 11 Abs. 2 Z 8 FAG 2008 (Abzug als Ausgleich für den Entfall der Mitfinanzierung der Gemeinden am Landespflegegeld) ergeben.

Geht es nach den Vorgaben des Sozialministers, soll bereits in vier Monaten ein Papier mit Umsetzungsvorschlägen für eine Pflegereform präsentiert werden.



Gedanken über Wehrpflicht, Nachwuchs und den Job des Bürgermeisters

Bürgermeister sind in einer ähnlichen Situation wie Pfarrer

Für Franz Küberl, Präsident der Österreichischen Caritas, ist Österreich ein solidarisches Land. Im KOMMUNAL-Interview fordert er, Pflege nicht über die Sozialhilfeumlage der Gemeinden, sondern durch den Pflegefonds zu finanzieren. Außerdem sollen mehrere kleine Altersheime im Herzen der Gemeinden entstehen.

Katharina Lehner & Hans Braun

Das Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 ist vorbei. Wie lautet die Bilanz der Caritas?

Franz Küberl: Die Caritas hat das Jahr der Freiwilligkeit genutzt, um sich „moderner“ aufzustellen. Freiwillige wollen heute eine sinnvolle Arbeit, Freude, lernen und sich nicht ihr ganzes Leben verpflichten. Wir haben nachjustiert und versuchen, die Freiwilligen besser zu begleiten. Mehrere hundert Freiwillige sind im letzten Jahr zur Caritas gekommen.

albereich Leute, die es freiwillig tun. Ich trete daher für einen freiwilligen, aber attraktiven Sozialdienst ein, der Menschen in jedem Alter, Männer und Frauen, anspricht.

Junge Leute müssen versichert sein und ein Taschengeld bekommen. Ich habe vorgeschlagen, dass man sich bei der Entlohnung am Ausgleichszulagenrichtsatz orientiert.

Ist es für Freiwilligenorganisationen schwer, Nachwuchs zu finden?

Wir brauchen neben einem Sozialdienst die

klassische Freiwilligenform weiterhin. Es gibt viele Leute, die sich nach dem Zivildienst freiwillig engagieren. Auch Unternehmen müssen so viel Kapazität haben, dass sie Mitarbeitern,

die sich freiwillig in Einsatzorganisationen engagieren, die Möglichkeit dazu lassen.

Welche Aufgaben erfüllt die Caritas für die Gemeinden?

Die Caritas erfüllt ein ganzes Bündel an Aufgaben, von Armutsbekämpfung, Obdachlosenbetreuung, Streetwork, Übergangswohnungen, Delogierungsprävention bis zur Behin-

derntenbetreuung. Auch die Familienhilfe ist eine traditionsreiche Einrichtung. Wir haben aber nicht alle Projekte in jedem Bundesland und in jeder Gemeinde. Unsere Dienste helfen Gemeinden, dass sich soziale Probleme entspannen.

Neigt man in kleinen Gemeinden dazu, auf innerfamiliäre Probleme den Deckel draufzulegen?

Im Volksmund ist „Hilfe zur Selbsthilfe“ ausgeprägt, nur leider wird das Wort „Hilfe“ verschluckt. Ich weiß aus Erfahrung, dass es Betroffene in kleinen Gemeinden schwer haben. Einmal hat mir eine Frau einen Brief geschrieben, in dem stand: „Wenn Sie mir zurückschreiben, bitte verwenden Sie kein Caritas-Kuvert.“ Eine Bedingung von mir ist: Nicht jeder kann jedem helfen, aber jeder kann Verständnis dafür haben, dass ein anderer in einer schwierigen Situation ist.

Wie geht ein Bürgermeister mit brenzligen familiären Situationen um?

Ein Bürgermeister kann natürlich nicht gegen den Willen von Betroffenen handeln. Familienhilfe braucht Sensibilität und Diskretion, sie ist aufwändig und bringt keine zusätzlichen Wählerstimmen. Wenn Leute in einer schwierigen Situation sind, muss dies aber Vorrang haben. Der Bürgermeister ist hier in einer ähnlichen Situation wie der Pfarrer.

Pflege ist ein Thema, das uns schon jetzt stark beschäftigt. Welche Forderungen hat die Caritas an Bund, Länder und Gemeinden? Pflege soll nicht über die Sozialhilfeumlage der Gemeinden finanziert werden. Der Pflegefonds ist der richtige Weg, weil Pflegebedürftigkeit ein Grund-

Wir brauchen im Sozialbereich Leute, die es freiwillig tun. Ich trete daher für einen freiwilligen, aber attraktiven Sozialdienst ein, der Menschen in jedem Alter, Männer und Frauen anspricht.

Franz Küberl über seine Sicht des verpflichtenden Sozialjahres



Fotos: Katharina Lehner

Wie stehen Sie zur „Wehrpflichtdebatte“?

Die Caritas betreffen Fragen, was nach der Abschaffung der Wehrpflicht mit dem Zivildienst geschieht. Ich bin gegen ein verpflichtendes Sozialjahr. Pro Geburtsjahrgang kommen etwa 60.000 bis 70.000 junge Leute für einen Sozialdienst infrage, nur gibt es nicht genug sinnvolle Projekte. Wir brauchen im Sozi-

risiko des Lebens ist, wie Alter und Arbeitslosigkeit. Wir müssen Pflege daher gemeinschaftlich absichern. Wir brauchen ein Zusammenspiel von Bund und Ländern und die Absicherung muss vom Neusiedler See bis zum Bodensee vergleichbar sein. Jeder einzelne muss umdenken und sich aufs Älterwerden einstellen. Das betrifft die körperliche und geistige Gesundheit, aber auch soziale Bezüge. Die größte Sorge für mich ist daher nicht die Finanzierung, sondern die Einsamkeit. Verlassenheit ist die Alterszeitbombe.

Wie steht die Caritas zur Pflege daheim?

Solange es geht, sollen Leute daheim bleiben. Es gibt jedoch mehr Leute, die alt werden, aber immer weniger Angehörige. Man muss aufpassen, dass kein gesellschaftlicher Druck auf Angehörige entsteht, dass sie daheim pflegen müssen, obwohl sie es nicht können. Im ländlichen Bereich wird bei Hofübergaben auch die Versorgung des Ausgedingtes geregelt. Der, der den Hof hat, hat zu pflegen. Meine Sorge ist, dass es unter Geschwistern kein Miteinander gibt. Ebenso ist bei Patchwork-Familien nicht geklärt, wer aller Verantwortung übernimmt. Hier muss eine kulturelle Übereinkunft entstehen.

Wie sieht es bei Fremdübergaben aus?

Das ist eine spannende Frage, für die es noch eine kulturelle Übereinkunft braucht, ob Mit-

menschlichkeitspflichten für die neuen Besitzer des Hofes entstehen.

Wenn Pflege daheim keine alleinige Lösung ist, braucht es mehr Heime. Wie steht die Caritas dazu?

Wir brauchen mehr gute alte Altersheime für Menschen, die noch selbst-

ständig sind. Diese Altersheime sollen gemeindenah sein, damit die Leute in ihrer Umgebung bleiben können. Ein riesiges Pflegeheim pro Bezirk mit hundert Betten ist schlecht. Die Pflegeheime sollen im Zentrum der Gemeinde gebaut sein. „Lebenslärm“, zum Beispiel von spielenden Kindern, braucht man, um zu leben. Je zentraler ein Altersheim ist, desto besser ist das auch für die Angehörigen. Wir müssen Heime außerdem „entspitalisieren“. Bewohner sind keine Patienten, sondern Mieter mit Rechten.

Hat die Caritas durch die Wirtschaftskrise mehr Arbeit?

Als die Krise im Herbst 2008 begonnen hat, haben wir einen stärkeren Andrang in den Sozialberatungsstellen gespürt. Die Bewältigung einer Krise dauert für Arme länger. Die letzte Armutsstatistik hat uns erschüttert, weil die Zahl der manifest

Ein Bürgermeister kann natürlich nicht gegen den Willen von Betroffenen handeln. Familienhilfe braucht Sensibilität und Diskretion, sie ist aufwändig und bringt keine zusätzlichen Wählerstimmen.

... über die schwierige Situation der Bürgermeister



chen Opfer getreten.

Hat die Caritas durch die Krise ein niedrigeres Spendenaufkommen erzielt?

Die Spendenabsetzbarkeit hat uns über die schwierige Zeit geholfen. Wir haben Spendenzuwächse erzielt, was auch an außergewöhnlichen Ereignissen, wie dem Erdbeben in Haiti oder der Hungerkatastrophe in Ostafrika, lag. Erstaunlich viele Leute sind erstaunlich solidarisch. Auch Leute, die fünf oder zehn Euro geben, verzichten auf einen Teil ihres Geldes, und das verdient Respekt.

Wird mehr fürs Inland oder mehr fürs Ausland gegeben?

Von den jährlichen Spendenaufkommen werden zwei Drittel für Inlandshilfe und ein Drittel für Auslandshilfe gegeben. Bei außergewöhnlichen Ereignissen verschiebt sich das Verhältnis. Medien sind verlässliche Partner, die zur Bewusstseinsbildung beitragen. Dadurch kapieren die Leute, dass es wirklich wichtig ist zu helfen.

„Wir brauchen mehr gute alte Altersheime für Menschen, die noch selbstständig sind. Diese Altersheime sollen gemeindenah sein, damit die Leute in ihrer Umgebung bleiben können. Die Pflegeheime sollen im Zentrum der Gemeinde gebaut sein.“ Franz Küberl bricht im Gespräch mit KOMMUNAL eine Lanze für kleine Einheiten.



59. Österreichischer Gemeindetag und Kommunalmesse 2012

Wieder blicken alle Augen nach Tulln

Auch eine Erinnerung an ein, wenn auch umstrittenes, historisches Ereignis bei Tulln: Der Nibelungenbrunnen.

Von 12. bis 14. September 2012 findet der 59. Österreichische Gemeindetag in Tulln statt. Wie jedes Jahr werden sich auch heuer wieder deutlich mehr als 2000 Bürgermeister, Mandatäre und Delegierte aus nahezu allen Gemeinden Österreichs zum größten kommunalpolitischen Event treffen. Zeitgleich findet die bis dato größte Kommunalmesse statt, die Österreich je gesehen hat. Eine erste Vorschau.

Hans Braun

Tulln ist geschichtsträchtiger Boden: Die Stadt ist eine der ältesten Ansiedlungen Österreichs und war unter anderem zentraler Stützpunkt der römischen Donauflotte im ersten Jahrhundert nach Christus. 1683 stand Tulln im Mittelpunkt des europäischen Interesses, als sich hier die „europäische Armee“ (ein Heer des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation unter dem Oberbefehl des polnischen Königs Jan III. Sobieski) sammelte, um Wien aus der Belagerung der Osmanen zu befreien.

2012 blicken zumindest die Augen Österreichs nach Tulln, wenn sich mehr als 2000 Bürgermeister und Gemeindevandatare aus fast allen Gemeinden Österreichs hier versammeln, um zu diskutieren, zu fordern und sich zu informieren. Diskutiert wird unter anderem während der Fachtagung am 13. September, wenn sich Gemein-

debund-Präsident Helmut Mödlhammer mit Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner, Wirtschaftskammer-Chef Christoph Leitl (angefragt) und anderen hochrangigen Gästen den Fragen und Sorgen der Delegierten stellt. Das Thema ist auch brisant genug: „Stottert der Wirtschaftsmotor Gemeinde?“ und bietet Raum für eine Menge Fragen.

Gefordert wird am Freitag, 14. September, wenn der Bundesvorstand den versammelten Delegierten das Forderungspapier präsentiert und die zahlreich vertretenen Mitgliedern der Bundesregierung damit kon-

frontiert. Auch heuer wieder werden die Spitzen des Staates – von Bundespräsident Heinz Fischer angefangen – vor dieser „Demonstration der Geschlossenheit“ stehen und wieder realisieren, dass ohne die Gemeinden nichts geht in Österreich.

Information ist alles: Die Kommunalmesse

Für jede Politikerin und jeden Politiker ist eines unabdingbar wichtig: Zu wissen, was los ist! Dazu gehört nicht nur, die Gefühlslage der Menschen zu kennen, sondern auch, was sich auf dem Markt tut. Was es für Innovationen von der Wirtschaft gibt und welche Werkzeuge ihm und seinen Leuten das Leben leichter machen können.

Auf der bis dato größten Kommunalmesse präsentieren sich auf 12.000 m² Firmen aus dem In- und Ausland, um den Mandatären ihre Innovationen und Neuheiten zu präsentieren. Von „A“ wie „Arbeitsgruppe Baum“ über „C“ wie Containex und „R“ wie Rabmer Holding bis „Z“ wie Ziegler Außenanlagen werden rund 200 Firmen vertreten sein, die den Gemeinden ihre Phantasie und ihr technisches Know-how anbieten werden.

Und natürlich werden alle bedeutenden Banken Österreichs vertreten sein, die den Gemeinden nicht nur maßgeschneiderte Produkte vorstellen werden, sondern auch mit Rat und Tat

Fakten zum 59. Österreichischen Gemeindetag

Weitere Informationen finden sich in Kürze auf den Websites www.gemeindebund.at, www.vp-gvv.at und auf www.gvvoe.at sowie auch auf www.kommunal.at.

der Messe auch erstmals drei Themenschwerpunkte in den Hallen. In der Halle 6 ist der Fachbereich „Bau“ und in der Halle 10 die Fachbereiche „Wasser/Abwasser/Abfallwirtschaft“ und „Dienstleistungen“. Und für die schweren und wirklich großen Brocken gibt es ein

großzügiges und zentral gelegenes Außengelände. Dort sorgen die Veranstalter des Gemeindetages am Donnerstag auch für das leibliche Wohl der Besucher. Motto: „So schmeckt Niederösterreich“. KOMMUNAL wird laufend weiter berichten.



Foto: Wikipedia/Karl Gruber

Foto: Stadt Tulln

Eine imposante Marc-Aurel-Statue erinnert an diesen berühmten römischen Kaiser (* 121 n. C. in Rom, +180 n. C. in Vindobona/Wien), der den Limes im damaligen Noricum erfolgreich gegen die Barbaren verteidigte.

einspringen, wenn irgendwo eine Investition zu tätigen ist. Damit sich die Besucher die Informationen noch einfacher besorgen können, gibt es heuer auf

Kommunalmesse 2012

Auf der Website www.kommunalmesse2012.at finden sich alle Informationen und Pläne rund um die Messe, die Aussteller und ihre Produkte. Unter der Telefonnummer **01/532 23 88** stehen wir für Auskünfte zur Verfügung.

Die Messe ist im Rahmen des Gemeindetages Donnerstag 13. 9. von 9.00 bis 18.00 Uhr und Freitag 14. 9. von 9.00 bis 15.00 Uhr geöffnet.

Mittwoch, den 12. 9. ist heuer eine Besonderheit: Erstmals findet ein spezieller „Praxistag“ für Anwender aus Gemeinden statt. Mehr auf Seite 56 dieser Ausgabe.



Konzert zu Gunsten von „Licht ins Dunkel“

Barbara Helfgott & Rondo Vienna featuring die „Drei jungen Tenöre“

Abgesehen von der tollen Musik und der Stimmung macht eine Besonderheit dieses Ensembles es für Galaveranstaltungen und Konzerte besonders attraktiv: Es besteht ausschließlich aus Damen.

Seit seiner Gründung durch Barbara Helfgott ist Rondo Vienna zuerst Klassikliebhabern, aber schon sehr bald auch Freunden von Pop und Musical zu einem Begriff geworden. Spätestens durch ihr eindrucksvolles und virtuoses Geigen-Soloprogramm mit Bearbeitungen berühmter Pop-Hits sowie die Mitwirkung an CD-Aufnahmen und Fernsehshows (z. B. „Dancing Stars“) hat sich Barbara Helfgott mit ihrem Ensemble endgültig auf dem Gebiet der Unterhaltungsmusik etabliert.

Umjubelte internationale Gastspiele fanden vor allem 2006 und 2007 in vielen europäischen Städten statt: Auftritte in Asien (Japan, Korea, Taiwan), Dubai usw. sind weitere Meilensteine

in der Entwicklung dieses musikalischen Projekts.

Dank der solistischen Qualitäten aller Orchestermitglieder, die alle ihre Wurzeln in der Klassik und der Wiener Musiktradition haben, lassen sich die einzelnen Stimmen ausgezeichnet verstärken, wodurch Rondo Vienna auch für Großveranstaltungen hervorragend geeignet ist. Zusätzlich werden mit Barbara Helfgott und Rondo Vienna die „Drei jungen Tenöre“ auftreten. Mehr Infos in Kürze auf www.gemeindetag.at



OGH-Urteil: Baumbesitzer extrem gefordert

Sorgfaltsmaßstab bei „rege frequentierten“ Flächen besonders hoch

Eine OGH-Entscheidung vom November 2011 markierte den vorläufigen Abschluss einer Serie von Haftungsvorfällen, die die österreichischen Gemeinden teils stark verunsicherten. Dass jetzt ausgerechnet Bäume, gehegte und gepflegte Zierde vieler Gemeinden, als Gefahrenpotenzial dastehen, hat die Verunsicherung noch verstärkt. Wie weit der „hohe Sorgfaltsanspruch“ im diesem Zusammenhang gehen muss, versuchen wir in KOMMUNAL zu klären.

Martin Huber

Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes (OGH) im Fall St. Pölten vom 29. 11. 2011, Zl. 2Ob203/11h hat die „Verkehrssicherheitsbeurteilung von Bäumen“ und die damit verbundenen Haftungsfragen der Gemeinden als Baumbesitzer in den Mittelpunkt des kommunalen Interesses gestellt. Nicht wenigen Fällen liegen die großen, orkanartigen Stürme Europas („Kyrill“, „Emma“ oder „Anna“) zu Grunde, aber auch bei weniger spektakulären Wetterereignissen kommt es manchmal zu beträchtlichen Schäden, Verletzungen und sogar Todesopfern. Den Begriff „Baum“ oder „Ast“ sucht man zunächst in der Be-



Dr. Martin Huber ist Landesgeschäftsführer des Salzburger Gemeindebundes und lehrt am Technikum Kärnten

stimmung des § 1319 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches (ABGB) vergeblich. Trotzdem kommt die Gefährdungshaftung für den Einsturz oder die Ablösung von Teilen eines Gebäudes oder eines anderen „auf einem Grundstück aufgeführten Werkes“ nach der Rechtsprechung der Zivilgerichte gerade auch für Schäden, die durch das Umstürzen von Bäumen oder das Herabfallen von Ästen entstehen, zur Anwendung. Bei Bäumen liegt der Grund der verschärften Haftung nach § 1319 ABGB aber nicht darin, dass sie als gefährlich angesehen werden, sondern dass die erhöhte Gefährlichkeit auf einem Mangel infolge mechanischer Verletzung des Baumes

oder einer Krankheit, unter Umständen auch bei einem abnormen Wuchs (vergleiche OGH vom 17. 6. 2010, 2Ob193/09k und die dortigen Verweisungen) beruht.

Verkehrssicherheitskontrolle setzt regelmäßige Sichtkontrolle voraus

Von dieser, durch die „mangelhafte Beschaffenheit“ des Baumes begründete Haftung kann sich der Besitzer des Baumes nur durch den Beweis, dass er „alle zur Abwendung der Gefahr erforderliche Sorgfalt angewendet hat“ befreien. Hinweis- oder Warnschilder allein reichen in diesem Zusammenhang nicht aus. Welche Maßnahmen diese





Foto: iStock/Eric Vega

Bei Bäumen liegt der Grund der verschärften Haftung nach § 1319 ABGB aber nicht darin, dass sie als gefährlich angesehen werden, sondern dass die erhöhte Gefährlichkeit auf einem Mangel infolge mechanischer Verletzung des Baumes oder einer Krankheit, unter Umständen auch bei einem abnormen Wuchs (vergleiche OGH vom 17. 6. 2010, 20b193/09k und die dortigen Verweisungen) beruht.

Sorgfaltspflicht erfüllen beziehungsweise dem Baumbesitzer zumutbar sind, hängt vom konkreten Einzelfall ab.

Dies wurde auch durch die jüngste Entscheidung des OGH im Fall St. Pölten bestätigt. Das Höchstgericht bezog sich in diesem Fall auf Punkt 5.1 der den Stand der Technik repräsentierenden (vergleiche: RIS-Justiz RS0062063) Ö-Norm L 1122. Danach besteht die Verkehrssicherheitskontrolle eines Baumes in einer regelmäßigen Sichtkontrolle. Diese wird lege artis vom Prüfer im Abstand von einem bis 1,5 Meter vom Baum durchgeführt. Werden dabei bedenkliche Veränderungen entdeckt, wird in weiterer Folge eine Klopfprobe durchgeführt, die Hinweise

auf einen Hohlraum im Baum geben kann. Da sich mit zunehmendem Alter eines Baumes die Wahrscheinlichkeit einer Innenfäule erhöht, wären beim konkreten Baum (Anmerkung: Pappel im Alter von 60 bis 80 Jahren) fachgerecht Überprüfungen alle sechs Monate erforderlich gewesen. Die fehlende Kontrolle über mehrere Jahre wurde der betroffenen Gemeinde damit zum Verhängnis.

Hinweis- oder Warnschilder allein reichen „zur Abwendung der Gefahr“ nicht aus. Welche Maßnahmen diese Sorgfaltspflicht erfüllen beziehungsweise dem Baumbesitzer zumutbar sind, hängt vom konkreten Einzelfall ab.

Wer muss was im Gerichtsverfahren beweisen?

Bei näherer Betrachtung der Entscheidungen zu diesem Thema zeigt sich vor allem die hohe Verantwortung der Baumbesitzer durch die Umkehr der Beweislast, das heißt, dass diese ihre Schuldlosigkeit vor Gericht nachweisen müssen.

Der Kläger hat

- ▶ den Schaden,
- ▶ seine Verursachung durch herabstürzende Äste oder umstürzende Bäume,
- ▶ den Baumbesitz des Beklagten und
- ▶ die mangelnde Beschaffenheit als Schadensursache zu behaupten und zu beweisen.

Der Baumbesitzer beziehungsweise Eigentümer des Baumes muss, um sich entlasten zu können, beweisen, dass er „alle Vorkehrungen zur Schadensabwehr getroffen hat, die vernünftigerweise nach den Umständen von ihm erwartet werden können“ (Entlastungsbeweis). Die Verkehrssicherungspflicht darf aber nicht bis zur „Unzumutbarkeit“ überzogen werden: Die Baumbesitzer sind zwar verpflichtet, in

sachten, erhöhten „Windwurfanfälligkeit“ gesehen. Jeder Wald bildet ein organisches Gefüge, dessen Randzonen als natürlicher Schutzschild gegen Stürme und die damit verbundenen Gefahren der Entwurzelung und des Windbruchs dienen. In dem zeit. Erkenntnis verweist der OGH auf zwei weitere, ältere Fälle, in denen es nach Entfernung des Windschutzes zum Umstürzen der Bäume kam. In einem dieser

Die Verkehrssicherungspflicht darf aber nicht bis zur „Unzumutbarkeit“ überzogen werden: Die ... Kontrolle durch einen Sachverständigen ist ... nur dann erforderlich, wenn der Baum entsprechende Schadenssymptome ... erkennen lässt.

angemessenem Zeitabstand eine Sichtkontrolle ihres Baumbestandes durchzuführen, eine genauere Kontrolle durch einen Sachverständigen ist aber nur dann erforderlich, wenn der Baum entsprechende Schadenssymptome (mechanische Schäden, Krankheiten etc.) erkennen lässt (siehe „Schlager, Verkehrssicherungspflicht von Bäumen, Der Sachverständige“, Heft 4/ 2006, Linde Verlag Wien, Seite 220).

Mit der gegenständlichen Entscheidung hat der OGH seine bisherige Linie fortgesetzt, wonach vor allem für Bäume im Bereich öffentlicher beziehungsweise „rege frequentierter“ Verkehrsflächen ein hoher Sorgfaltsmaßstab anzuwenden ist. Auch zur Frage, ob der Schaden auf Grund höherer Gewalt (zum Beispiel starker Sturm) entstanden ist, vertritt das Höchstgericht eine strenge Linie. In einem Fall aus dem Jahr 1994 verneinte der OGH das Vorliegen höherer Gewalt trotz Vorliegens erheblicher Windstärke (ca. elf nach der zwölfteiligen Beaufort-Skala; vgl. OGH vom 19. 12. 2000, Zl. 1 Ob93/00h). Unfallort war ein Campingplatz, durch eine 25 m hohe, an sich „gesunde“ umstürzende Kiefer wurde ein Familienmitglied getötet und mehrere andere schwer verletzt. Im Falle dieses, an sich „gesunden“ durch den Sturm entwurzelten Baumes wurde dessen mangelhafter Zustand in der durch vorangegangene Rodungsarbeiten verur-

Fälle (ZVR 1972/98) war es kurioserweise nicht einmal der Waldeigentümer selbst, sondern dessen Nachbar, der vier Jahre zuvor seinen Waldbestand geschlägert und da-

durch den Fichten des Beklagten den Windmantel „genommen“ hat. Das Höchstgericht führte dazu weiter aus, dass der Beklagte ohne weiteres hätte erkennen müssen, dass „sein ungeschützter kleiner Waldbestand durch Windbruch eine Gefahr für den Straßenverkehr darstellen könne“.

In Zusammenhang mit dem Umsturz von Bäumen oder Abbruch von Ästen relevante rechtliche Rahmenbedingungen finden sich aber nicht nur in § 1319 ABGB, sondern beispielsweise auch der (vor)vertraglichen Haftung, in der Wegehalterhaftung (§ 1319a ABGB), in § 176 Forstgesetz (allg. Haftungsbestimmungen) sowie verschiedenen straßenrechtlichen und straßenpolizeilichen Bestimmungen (z. B. § 91 Abs. 1 StVO). Zu letzterer Bestimmung wurde jüngst von Seiten der Länder der Vorschlag zu einer Kompetenzänderung vorgebracht: Der Katalog des eigenen Wirkungsbereichs der Gemeinden sollte – unter anderem – um die Aufforderung an den Grundeigentümer gemäß § 91 Abs. 1 StVO, die Verkehrssicherheit beeinträchtigende Bäume, Sträucher, Hecken und dergleichen auszuästen oder zu entfernen, erweitert werden; die Änderung der Kompetenzbestim-

Besondere Vorsicht ist bei mechanischen Schäden an der Wurzel, beispielsweise in der Folge von Grabungsarbeiten, Leitungsverlegungen etc., angezeigt.



Der Baumbesitzer bzw. Eigentümer des Baumes muss, um sich entlasten zu können, beweisen, dass er „alle Vorkehrungen zur Schadensabwehr getroffen hat, die vernünftigerweise nach den Umständen von ihm erwartet werden können“ (Entlastungsbeweis).

mung würde ein erhebliches „Mehr“ an Verantwortung für die Gemeinden als Straßenpolizeibehörde bedeuten.

Forstgesetz: „Sonderregelung“ für Waldeigentümer

Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auch auf die Bestimmung des § 176 Forstgesetz, der eine Haftungseinschränkung für Waldeigentümer, dessen Leute und die an der Waldbewirtschaftung mitwirkenden Personen normiert (§ 176 Abs. 2 ForstG). Vorbehaltlich des § 176 Abs. 4 ForstG (der sich auf die Wegehalterhaftung im Sinne § 1319a ABGB bezieht) oder des Bestehens eines besonderen Rechtsgrundes trifft diese keine Pflicht zur Abwehr von Schäden, die abseits von öffentlichen Straßen und Wegen durch den Zustand des Waldes entstehen könnten; sie sind insbesondere nicht verpflichtet, den Zustand des Waldbodens und dessen Bewuchses so zu ändern, dass dadurch solche Gefahren abgewendet oder vermindert werden können.

Schlussfolgerungen

Die Entscheidung des OGH vom November 2011 hat einmal mehr die Haftungsproblematik, mit der die Gemeinden, aber



auch private Baumbesitzer konfrontiert sind, aufgezeigt. Im Hinblick auf die notwendigerweise stark einzelfallbezogene Rechtsprechung sind generelle Aussagen nur eingeschränkt möglich. Deutlich erkennbar ist aber der hohe Sorgfaltsanspruch bei Bäumen, die an frequentierte Verkehrsflächen angrenzen; auch bei Grundflächen, bei denen die Haftung im Rahmen eines geschlossenen Vertrages greifen kann, ist besonders große Vorsicht geboten (zum Beispiel kommunale Freizeitanrichtungen wie Sportplätze, Badeplätze/Freibäder, aber auch gemeindeeigene Friedhöfe, gebührenpflichtige Parkplätze und so weiter).

Dort, wo ein „mangelhafter Zustand“ durch Entfernung des bestehenden Windschutzes (kleinere Bäume, Sträucher, aber auch windabwehrende Bauwerke) verursacht wurde, kann die Haftung auch bei der Entwurzelung von an sich „gesunden“ Bäumen eintreten. Besondere Vorsicht ist bei mechanischen Schäden an der Wurzel, beispielsweise in der Folge von Grabungsarbeiten, Leitungsverlegungen etc., angezeigt. Beurteilungsmaßstab bzw. den Stand der Technik wiedergebend ist die einschlägige Önorm L-1122. Zu dem Thema gibt es auch eine Reihe ausgezeichnete und übersichtlicher Abhandlungen (zum Beispiel: *Schlager; Verkehrssicherheitsbeurteilung von Bäumen in: Der Sachverständige, 4/2006, 213 ff., Linde Verlag, Wien*).

Kommentar

Gemeindefusionen sind nur der erste Schritt

Walter Leiss

Vor kurzem wurde von der Bundesregierung das Konsolidierungspaket 2012 bis 2016 vorgestellt. Eines der größten Konsolidierungsprogramme der 2. Republik, ein ausgewogenes Paket zwischen Einnahmen und Ausgabenkürzungen mit Offensivmitteln sowohl für Investitionen am Arbeitsmarkt als auch in der Bildung und Forschung.

Von den Auswirkungen sind auch die Gemeinden betroffen. Wiewohl die Gemeinden sowie die Länder ihren Beitrag leisten werden, sind die langfristigen Auswirkungen vor allem struktureller Maßnahmen zu beachten. Auch die regionalökonomischen Auswirkungen dieser Strukturmaßnahmen sollten in Erwägung gezogen werden, da sie zumeist unumkehrbare Folgen nach sich ziehen. Eine Nulllohnrunde bei den Beamten kann im nächsten Jahr wieder wettgemacht werden, Strukturänderungen gerade im ländlichen Raum sind jedoch unumkehrbar.

Das Handeln nach rein ökonomischen Aspekten hat unabsehbare Folgen für die betroffenen Regionen. Und nicht nur Großbetriebe verlagern ihre Standorte, sondern auch Handelsbetriebe und ehemals verstaatlichte Unternehmungen handeln nach solchen Grundsätzen. So hat in vielen Gemeinden der letzte Nahversorger längst seine Türen geschlossen.

Stellen wie der Rechnungshof oder das IHS fordern von der öffentlichen Hand ein Handeln nach Effizienzkriterien. In etlichen Bereichen wird dies auch schon umgesetzt. Die Zusammenlegung von Gemeinden ist in einigen Bundesländern im Gang, die Schließung von Schulen in Diskussion und ein Vorschlag von Schließung von Bezirksgerichten liegt am Tisch.

Die Schließung von Klein- und Kleinstschulen – auch die Kindergärten werden

in Folge davon betroffen sein – hat den Verlust von Arbeitsplätzen, Erschwernisse für die betroffenen Kinder und letztlich auch Kosten für die Gemeinden für den Kinder- und Schülertransport zur Folge. Die Schließung eines Bezirksgerichts betrifft nicht nur zwei oder drei Richterposten, sondern auch das weitere Personal vom Sekretariat bis zum Rechtspfleger. Wichtige und qualifizierte Arbeitsplätze würden in den Regionen bei einer Schließung verloren gehen. Insgesamt haben all diese Maßnahmen gravierende Auswirkungen auf den ländlichen Raum. Ohne Infrastruktur keine Betriebsansiedlungen, ohne Betriebe keine

Das Handeln nach rein ökonomischen Aspekten hat unabsehbare Folgen für die betroffenen Regionen.

Arbeitsplätze. Wenn die Arbeitsplätze auch noch im Bereich der öffentlichen Hand verloren gehen, die Infrastruktur nicht entspricht, wird sich die Frage vor allem für Jungfamilien stellen, ob sie sich in derartigen Gemeinden überhaupt noch ansiedeln sollen. Allein der billige Baugrund wird niemanden bewegen ein Haus zu bauen, wenn keine Kindergärten und Schulen für die Kinder, keine Nahversorgung und keine medizinische Versorgung vorhanden ist. Der Zuzug in die Städte wird sich verstärken und auch die Städte langfristig vor unüberschaubare Probleme stellen.

Eine gesellschaftlich nicht wünschenswerte Entwicklung. In den Dörfern und Gemeinden werden nur jene verbleiben, die nicht mehr übersiedeln können oder wollen.

Aus Platzgründen redaktionell gekürzt. Lesen Sie die Langversion auf www.kommunal.at



Hofrat Dr. Walter Leiss ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

Ausschreibungsberechtigungen bei Kanal-, Wasser- und Müllgebühren (Teil 2)

Bei Untätigkeit droht mancher Gemeinde ein EU-Verfahren

Im ersten Teil der Kurzserie über die Ausschreibungsberechtigungen bei Kanal-, Wasser- und Müllgebühren wurde die geltende innerstaatliche Rechtslage, die Differenzen in der Judikatur und die unionsrechtlichen Schranken behandelt. Und es wurden die Unterschiede zwischen der geltenden Rechtslage in Österreich und den unionsrechtlichen Schranken aufgezeigt.

Otto Taucher

Zur Erinnerung: Vereinfacht gesagt, haben die Mitgliedstaaten zu beschließen, dass die Kosten der Abfallbewirtschaftung teilweise oder vollständig von dem Hersteller des Erzeugnisses,

Beispielsweise in Graz und in Wien wird etwa der Grundsatz der Deckung der Kosten nach der WRRL in der Ausgestaltung einer Einmaldeckung durch die Ausschreibung von Gebühren ignoriert ...

dem der Abfall entstammt, zu tragen sind, und dass die Verreiber eines derartigen Erzeugnisses sich an diesen Kosten beteiligen.

Gerade die Bestimmungen der europäischen Richtlinie über die Abfälle und der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) sind Thema des zweiten und abschließenden Teils der Kurzserie über die Ausschreibungsberechtigungen bei Kanal-, Wasser- und Müllgebühren.

Art 9 Abs 1 WRRL (RL 2000/60/EG)

Nach Art 9 Abs 1 der WRRL haben demnach die kommunalen Kanal- und Wassergebührenerordnungen

- ▶ bei der Umlegung der Kosten und damit bei der Wahl der Verteilungsmaßstäbe das Verursacherprinzip und insbesondere dabei (zumindest)¹⁾ zwischen den Benützerkategorien Industrie (Gewerbe), Haushalt und Landwirtschaft zu differenzieren sowie
- ▶ Anreize vorzusehen, um die Wasserressourcen effizient zu nutzen und
- ▶ den Grundsatz der Einmaldeckung der Kosten der Wasserdienstleistungen zu befolgen.

Diese unionsrechtlichen Vorgaben gem Art 9 Abs 1 WRRL sind aber (beispielsweise) dem Gebührentarif der Grazer Kanalabgabenordnung 2005²⁾ oder der Wiener Wassergebührenerordnung 1990 (idF ABl 2007/47) bzw der Wiener Kanalgebührenerordnung 1988 (idF ABl 2009/15) schon vom Ansatz her fremd und werden damit auch bei der Gebührenbemessung (Vorschreibung) nicht berücksichtigt. So wird etwa der Grundsatz der Deckung der Kosten nach der WRRL in der Ausgestaltung einer Einmaldeckung³⁾ durch die Ausschreibung von Gebühren ignoriert, deren Deckungsgrade die „Jahreserfordernisse“ seit Jahren jeweils mehr als 50 Prozent übersteigen⁴⁾ bzw die zu Gebührenüberschüssen im Millionenbereich führen.⁵⁾ Weiters

werden die Kosten bzw Ausgaben nach einem einheitlichen Verteilungsmaßstab – „120 m³/WC“⁶⁾ bzw. „pro Kubikmeter abgegebene Wasser“⁷⁾ sowie „pro Kubikmeter eingeleitetes Abwasser“⁸⁾ – auf die Benutzer aufgeteilt, obwohl „zumindest“, d. h. zwingend zwischen den Benützerkategorien Industrie, Gewerbe, Haushalt und Landwirtschaft – etwa wegen der unterschiedlichen Verschmutzungspartikelzusammensetzungen und Verschmutzungskonzentrationen – zu differenzieren wäre.⁹⁾ Überdies fehlen der Grazer Kanalgebührenerordnung 2005 sowie der Wiener Kanalgebührenerordnung 1988 und der Wiener Wassergebührenerordnung 1990 verbrauchssteuernde d. h. verbrauchsmindernde Anreize, um die Wasserressourcen effizient zu nutzen. Gerade das Gegenteil ist im der Grazer Kanalabgabenordnung 2005 der Fall: Im Rahmen der Mindestverbrauchs menge „120 m³/WC“¹⁰⁾ kann bis zur Grenze (120 m³) sauberes und gutes (Trink-)Wasser unnützlich (und umweltbelastend) „verpritschelt“¹¹⁾ werden, ohne dass diesbezüglich beim Verursacher eine (zusätzliche) Gebührenbelastung eintritt.

Trotzdem besteht kein unmittelbarer dh zwingender Handlungsbedarf hinsichtlich der kommunalen Kanal- und Wassergebührenerordnungen in Österreich bzw in solchen „Überschreitungsstädten“,¹²⁾ dies deshalb, weil nach der Rechtsauffassung im VwGH-Erk 28. 3. 2011, 2010/17/0187 die Wasserrahmenrichtlinie im Wesentlichen nur Ziele vorgibt, die die Mitgliedstaaten anstreben sollen, und die lediglich eine „Berücksichtigung“ der „Deckung der Kosten einschließlich umwelt- und ressourcenbezogener Kosten“ vor-



Univ.-Prof. Mag. Dr. Otto Taucher lehrt am Institut für Finanzrecht der Universität Graz und ist selbstständiger Steuerberater.



Nach Art 9 Abs 1 der WRRL haben kommunale Kanal- und Wassergebührenerordnungen bei der Umlegung der Kosten und damit bei der Wahl der Verteilungsmaßstäbe das Verursacherprinzip und insbesondere dabei (zumindest) zwischen den Benutzerkategorien Industrie (Gewerbe), Haushalt und Landwirtschaft zu differenzieren.

schreibt und außerdem nur angibt, welche (Verursacher-)Gruppen „zumindest“ zu berücksichtigen seien. Der Inhalt der Richtlinie sei daher keineswegs so hinreichend bestimmt, um iSd Rechtsprechung des EuGH unmittelbare Wirkung dergestalt zu entfalten, dass sich ein Gebührenschuldner gegenüber dem Steuergläubiger (der Gemeinde) unmittelbar auf diese (entlastenden) Bestimmungen berufen könnte.¹³⁾ Demnach kann iSd VwGH-Erk 28. 3. 2011, 2010/17/0187, der Einzelne aus der WRRL keine konkreten Rechte ableiten.

Dies – dass derzeit kein zwingender Handlungsbedarf in den Gemeinden Österreichs bzw. in erster Linie in „(Groß-)Gemeinden“ mit idR „hohen Anschlusswerten“¹⁴⁾ besteht – gilt aber nur (solange), bis der Bundesgesetzgeber (von sich aus) – in Entsprechung des § 55e Abs 1 Z 1 WRG – die Ermächtigungsnorm gem § 15 Abs 3 Z 4 FAG 2008 differenzierter sowie tiefer gegliedert ausgestaltet bzw. bis der Bundesgesetzgeber (von sich aus) in § 15 Abs 3 Z 4 FAG 2008 die Doppeldeckung (wieder) zurücknimmt oder bis der Bundesgesetzgeber zwingend gehalten ist – aufgrund eines eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahrens – die Ermächtigung in § 15 Abs 3 Z 4 FAG 2008 differenzier-

ter sowie tiefer gegliedert auszugestalten und die Doppeldeckung „zurückzufahren“.

Art 14 Abs 1 RL über Abfälle (RL 2008/98/EG)

Der EuGH hat schon mehrmals¹⁵⁾ zu Fragen einer verursachungsgerechten Kostentragung nach Art 14 Abs 1 der RL 2008/98/EG bzw. zu den identen Vorgängerbestimmungen,¹⁶⁾ somit zur Frage der Kostenerfassung und -ermittlung sowie der Kostenzurechnung in Bezug auf Abfallgebühren(-abgaben) Stellung genommen. In Zusammenhang mit dieser Untersuchung ist das EuGH-Urt 16. 7. 2009, C-254/08 („*Futura Immobiliare*“) als unmittelbar einschlägig zu bezeichnen. In diesem Urt hat nämlich der EuGH unmissverständlich zum Ausdruck gebracht – offensichtlich ausgehend von der Deutung des primärrechtlichen (Art 191 Abs 2 AEUV) Verursacherprinzips –, dass eine undifferenzierte (Weiter-)Verteilung bzw. (Weiter-)Zuteilung der Kosten der Abfallbeseitigung innerhalb der Gruppe „Abfallbesitzer, die den Abfall einem Sammelunternehmen übergeben“, zu grob und zu wenig selektiv erscheine, um das Verursacherprinzip im Lichte der Ziele der Umweltpolitik der Union (Art 191 Abs 2 AEUV) – somit im Verständnis,

die Umwelt umsichtig zu schonen – zu verwirklichen. Bei der Kostenzurechnung, d. h. bei der Weiterverteilung innerhalb der Kategorie „letzter Abfallbesitzer“ sind nämlich nach Auffassung des EuGH zusätzlich – anhand objektiver Kriterien – noch weitere (Benutzer-)Untergruppen zu bilden. Dies unbeschadet, obwohl sich die RL 2006/12/EG hinsichtlich einer Weiterverteilung bzw. -zuteilung (sogenannte Unterverteilung) der Abfallbeseitigungskosten (etwa) innerhalb der Kategorie „Abfallbesitzer, die den Abfall einem Sammelunternehmen übergeben“ verschweigt.¹⁷⁾

Des Weiteren ist das unionsrechtliche Verursacherprinzip (nach Art 191 Abs 2 AEUV bzw. Art 14 Abs 1 RL 2008/98/EG) als Kostenzurechnungsprinzip zu verstehen,¹⁸⁾ das durch Internalisierung der externen Kosten zur Verwirklichung des Grundsatzes der Kostenwahrheit beiträgt. Dies setzt aber voraus, dass auch nur die tatsächlich angefallenen Kosten den Verursachern zu- bzw. angerechnet werden.¹⁹⁾

Dieses aus Art 14 Abs 1 Abfall-RL (RL 2008/98/EG) ableitbare unionsrechtliche Verständnis ist beispielsweise etwa dem Wiener Müllabfuhrabgabentarif 2002 (idF ABl 2010/52) vollkommen fremd. So wird etwa auch der Grundsatz der Einmaldeckung

Dass derzeit kein zwingender Handlungsbedarf in den Gemeinden Österreichs bzw. in erster Linie in „(Groß-)Gemeinden“ ... besteht – gilt aber nur ... bis der Bundesgesetzgeber ... die Ermächtigungsnorm gem § 15 Abs 3 Z 4 FAG 2008 differenzierter sowie tiefer gegliedert ausgestaltet ...

(arg.: „tatsächliche Kosten“) ignoriert,²⁰⁾ weiters ist eine Differenzierung der Abfallbesitzer, die die öffentlichen Einrichtungen (Sammelbehälter etc) zur Entsorgung von Abfällen benützen, somit die Bildung von sachlich gebotenen (Benutzer-)Untergruppen im Wiener Müllabfuhrabgabentarif 2002 nicht vorgesehen.²¹⁾

Die Bestimmungen des Abs 1 des Art 14 der RL 2008/98/EG

scheinen demgegenüber (iSd Rechtsprechung des EuGH) inhaltlich als unbedingt und hinreichend genau zu sein,²²⁾ weshalb sich ein Schuldner der Müllgebühr gegenüber dem Steuergläubiger (einer Gemeinde) unmittelbar auf diese Bestimmungen der RL berufen kann und in

Das unionsrechtliche Verursacherprinzip ist als Kostenzurechnungsprinzip zu verstehen, das durch Internalisierung der externen Kosten zur Verwirklichung des Grundsatzes der Kostenwahrheit beiträgt.

einem Rechtsmittelverfahren seine (dadurch entlastende) Rechtsposition – erfolgsversprechend – durchzusetzen vermag. Dem (Müll-)Gebührenschnldner kommt dabei zwar nicht die

Rechtsposition zu, selbst ein Vorabentscheidungsverfahren iSd Art 267 AEUV in Gang zu bringen, er kann nämlich ein solches im Rechtsmittelverfahren nur anregen – vorlageberechtigt sind nämlich nur (innerstaatliche) Gerichte, Verwaltungsbehörden etc, die dem unionsrechtlichen

„Gerichts- bzw Tribunalbegriff“ gem Art 267 AEUV“ zu entsprechen vermögen.

Insofern ist nicht von vornherein auszuschließen, dass in einigen Gemeinden bzw. Städten (in Österreich) ein (zwin-

gender) Handlungsbedarf betreffend Änderung ihrer Müllabfuhrverordnungen geortet wird, um sich (wenigstens für künftige Müllabfuhrzeiträume) einem EuGH-Verfahren nicht stellen zu müssen.

1) Vgl Hödl, Wasserrahmen-RL und Wasserrecht (2005) 98.

2) Verordnung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz vom 1. 12. 2004, mit der die Kanalabgabenordnung neu gefasst wird (Grazer Kanalabgabenordnung 2005), idgF.

3) Vgl Desens, Wasserpreisgestaltung nach Art 9 EG-Wasserrahmenrichtlinie (2008) 150.

4) Rechnungshofbericht Reihe Steiermark 2005/6, Pkt 4.1.-4.4.

5) Rechnungshofbericht Reihe Wien 2010/2, Tz 37-39.

6) § 3 Grazer Kanalabgabenordnung 2005. Vgl dazu weiterführend Taucher, RFG 2011, 169 (173 f).

7) § 1 Wiener Wassergebührenordnung 1990 idgF.

8) § 1 Wiener Kanalgebührenordnung 1988 idgF.

9) Vgl dazu (schon) Taucher, RFG 2010, 70ff („Splittung der Kanalgebühr in eine Bereitstellungs- und Benützungsg Gebühr“).

10) Nach der Judikatur des VwGH (Erk 15. 12. 1989, 89/17/0133; 23.4.2009, 2006/17/0041; 17. 2. 2010, 2009/17/0268) und des VfGH (Slg 16.456/2002) handelt es sich bei der pauschalierten Gebühr nach § 3 Abs 2 Grazer Kanalabgabenordnung 2005 aufgrund der Tatbestandsformulierung – „Bis zu einem Wasserverbrauch von 120 m³ pro Klosett und Jahr“ – um eine Mindestgebühr. Weil der Durchschnittswasserverbrauch/WC niedriger ist als die Mindestverbrauchsmenge (Rechnungshofbericht Reihe Steiermark 2003/2 (Zl 001.506/114-E1/03)), ist dieser Gebührentatbestand überdies – vgl dazu Taucher, RFG 2011 (173 f) – auch als (primärer) Verteilungsmaßstab zwischen den Benützern zu werten, der seit seiner Einführung im Jahr 1881 bis dato dem Grunde nach noch unverändert in Geltung ist.

11) Dieses (verbale „starke“) Argument darf nicht als überzogen betrachtet werden, wenn

man bedenkt, dass nach der Grazer Kanalabgabenordnung 2005 jeder Gebührenschnldner eine Mindestgebühr/WC zu entrichten hat, welcher eine (Mindest-)Verbrauchsmenge von 120 m³/WC zugrunde liegt, obwohl die durchschnittliche Verbrauchsmenge pro WC bloß 84 m³ beträgt!! (vgl Rechnungshofbericht Reihe Steiermark 2003/2 (Zl 001.506/114-E1/03, Pkt 16.1). Demnach kann ein Grazer Gebührenschnldner bis zu 50 Prozent seines durchschnittlichen Verbrauchs (zusätzlich) unnütz vergeuden, ohne zusätzlich mit Kanalgebühren belastet zu werden.

12) Vgl beispielsweise schon Hlava/Schönbäck/Lehninger, Kommunale Gebührenpolitik am Beispiel österr Landeshauptstädte (1989).

13) Vgl dazu Taucher, RFG 2011, 169 (175f).

14) Aufgrund der Verbauungsdichte.

15) Vgl EuGH 7.9.2004, C-1/03 („Paul Van de Walle ua“); 24.6.2008, C-188/07 („Commune de Mesquer“ »); zuletzt EuGH 16.7.2009, C-254/08 („Futura Immobiliare“).

16) Art 11 der RL 75/442/EWG und Art 15 der RL 2006/12/EG.

17) Vgl im Gegensatz dazu Art 9 WRRL, nach welchem mindestens zwischen den Benützerkategorien „Industrie, Haushalte und Landwirtschaft“ zu differenzieren ist.

18) Vgl Calliess, in Calliess/Ruffert (Hrsg), EUV, AEUV, Kommentar 4 (2011), Art 191 AEUV, Anm 35 ff sowie EuGH 29. 4. 1999, C-293/97.

19) Auch in den Erwägungsgründen betreffend RL 2008/98/EG wird von „tatsächlichen Kosten“ (Rz 25) gesprochen.

20) Rechnungshofbericht Reihe Wien 2010/2, Rz 37-39; demnach werden Überschüsse in Millionenbeträgen erzielt.

21) Nach § 35 Wr Abfallwirtschaftsgesetz (idF LGBL 2010/48) besteht undifferenziert Abgabepflicht für jede Liegenschaft (bzw deren Rechtsträger), die in die öffentliche Müllabfuhr eingebunden ist.

22) Vgl EuGH 16.7.2009, C-254/08.



Heidrun Maier-de Kruijff

Lässt sich der Betrieb eines Personennahverkehrsnetzes mit der Müllentsorgung einer kleinen Gemeinde vergleichen? Wohl kaum. Fallen bei Ersterem doch eine Fülle von Aufgaben an, denen aufgrund ihrer Komplexität selbst Projektcharakter zukommt. Das Nahverkehrsnetz einer Großstadt und die Abfallwirtschaft ländlich alpiner Regionen unterliegen anderen Umständen, folgen gänzlich verschiedenen Gesetzmäßigkeiten. Im Sinne einer Daseinsvorsorge auf höchstem Niveau kann es daher nicht zielführend sein, derart unterschiedliche Services ein und derselben Regelung zu unterwerfen. Insbesondere dann nicht, wenn es um die Dienstleistung geht, die für die hohe Lebensqualität der Menschen in Österreich und Europa so wesentlich sind. Jahrzehntelang erfolgreich geübte Praktiken öffentlicher Aufgabenerfüllung würden dadurch aufs Geratewohl in Frage gestellt. Doch genau das hat die Europäische Kommission jetzt vorgeschlagen.

Richtlinie auf dem Weg

In Brüssel arbeitet man eifrig an einer eigenen Richtlinie über Konzessionen. Der Vorschlag adressiert in seiner jetzigen Form öffentliche Bau- sowie Dienstleistungskonzessionen über einem Schwellenwert von fünf Millionen Euro. Noch im Dezember 2011 hatte EU-Bin-

EU-Richtlinie für Dienstleistungskonzessionen kontraproduktiv

Öffentlicher Daseinsvorsorge droht Substanzverlust

nenmarktkommissar Michel Barnier das finale Papier der Öffentlichkeit präsentiert, um das Rechtsetzungsverfahren schnellstmöglich in Gang zu bringen. Die öffentliche Wirtschaft steht einem solchen Rechtsakt jedoch sehr kritisch gegenüber.

Denn vertragliche Grundsätze sowie die Judikatur des Gerichtshofes der Europäischen Union (EuGH) sorgen für ausreichend Rechtssicherheit. Dabei vermindern sie allerdings die Flexibilität öffentlicher Auftraggeber nicht. Aus Sicht des Verbands für Öffentliche Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (VÖWG) ist gerade Flexibilität vonnöten, um Dienste von allgemeinem Interesse über Jahrzehnte hinweg verlässlichen Partnern überlassen zu können. Wenn die Kommission jetzt einheitlich auf einen Schwellenwert von fünf Millionen Euro abstellt, ist das gegenüber Vorentwürfen zwar ein Fortschritt. Dies wird jedoch durch die Forderung nach Ex-post-Bekanntmachungen ab 2,5 Millionen Euro wieder konterkariert. Solcherart Bekanntmachungen sieht sie auch für Dienstleistungskonzessionen im Gesundheits- und Sozialbereich vor. In dieselbe Kerbe schlagen aktuelle Vorschläge für eine Neufassung der Vergaberichtlinien. Sie stellen eigene Regelungen für die Vergabe von Gesundheits- und sozialen Dienstleistungen auf und praxistaugliche Unterscheidungen in Frage. Es drängt sich

daher die Frage auf, ob die Kommission langfristig auch diese Dienste dem Vollenanwendungsbereich des Vergaberechts zuführen will.

Bis vor kurzem war von einer bloßen Ergänzung der EU-Vergaberichtlinien die Rede. Aber bereits eine solche wäre äußerst problematisch. Denn die Vergabe von Dienstleistungskonzessionen und von Dienstleistungsaufträgen folgen unterschiedlichen Formen der Aufgabenerfüllung in der Verwaltung: Bei Ersteren wird das Nutzungsrecht übertragen, wobei der Konzessionär auf eigenes wirtschaftliches Risiko tätig wird. Bei Letzteren nimmt der öffentliche Auftraggeber Steuer-gelder zur Beschaffung von Dienstleistungen oder Produkten direkt in die Hand. Die vorgeschlagenen Schwellenwerte sind – angesichts von Projektlaufzeiten über viele Jahrzehnte und unsicherer Kostenabschätzungen – nach Ansicht des VÖWG jedenfalls zu niedrig.

Einfachheit und Selbstverwaltung sind Trumpf

Der Vertrag von Lissabon sieht eine Verantwortung der Mitgliedstaaten für das Funktionieren der Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse vor. Die europäischen Gesetzge-

ber betonten dabei das Prinzip der kommunalen und lokalen Selbstverwaltung. Sie erkennen dieses sogar als Bestandteil der nationalen Identität an. Vor diesem Hintergrund erscheint die Schaffung eines eigenen Unionsrechtsaktes für Dienstleistungskonzessionen sogar kontraproduktiv. Zumal sich die Kommission selbst in der Öffentlichkeit stets für eine möglichst schlanke, leicht zu anzuwendende Regelung des Konzessionsbereichs stark machte.

Aus Sicht des Verbands für Öffentliche Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (VÖWG) ist gerade Flexibilität vonnöten, um Dienste von allgemeinem Interesse über Jahrzehnte hinweg verlässlichen Partnern überlassen zu können.

Ein sich über mehr als 60 Seiten erstreckendes Rahmengesetz läuft der seit Jahren diskutierten, intelligenten Vereinfachung des Unionsrechts – im Speziellen des öffentlichen Auftragswesens – klar entgegen. Drohen doch weitere Bürokratisierungen sowie unangemessen hohe administrative Kosten. Dies kann kleinere Gemeinden mit begrenzten Ressourcen vor unlösbare Aufgaben stellen. Die Handlungsspielräume öffentlicher Auftraggeber werden sich generell weiter verengen und in volkswirtschaftlich schlechteren Verfahrensergebnissen münden. Dies führt unweigerlich zu einer Gefährdung



MMag. Heidrun Maier-de Kruijff ist Geschäftsführerin des Verbandes für öffentliche Wirtschaft (VÖWG).

der öffentlichen Daseinsvorsorge – ein Manko, das letztendlich wieder SteuerzahlerInnen und EndverbraucherInnen zu tragen haben.

Patentrezepte ohne Wirkung?

Liberalisierung und Privatisierung galten bis zuletzt als Patentrezepte gegen die Unterfinanzierung öffentlicher Stellen. Parallel dazu stiegen die Anforderungen beständig. Europas BürgerInnen werden immer älter. Dazu fordern Finanzkrise, Klimawandel sowie globale Wettbewerbe nun zusätzlichen Tribut. Zwar beruhen auch öffentlich-private Partnerschaften häufig auf komplexen, mitunter eigentümlichen Konzessionsverträgen von langer Laufzeit. Doch haben sie die in sie gesetzten ökonomischen Erwartungen nur selten erfüllt, wie jüngste Untersuchungen in Großbritannien wieder zeigten.

Die Kommission schützt zudem stets vor, kleinen- und mittleren Unternehmen (KMU) den Zugang zu Konzessionen erleichtern zu wollen. Dagegen ist dem Grunde nach nichts einzuwenden, sind doch KMU als Keimzellen der österreichischen Volkswirtschaft anzusehen. Doch zeigt die wirtschaftliche Praxis, dass Basisinfrastrukturen wie Autobahnen,

Wasserleitungsnetze oder Eisenbahnstrecken nicht von kleinen Unternehmen errichtet

Überflüssige Unionsrechtsakte senken weder Finanzierungs- noch Transaktions- und Betriebskosten. Vielmehr gefährden sie jahrzehntelang erfolgreich gepflegte Formen der öffentlich-öffentlichen und öffentlich-privaten Zusammenarbeit.

und instand gehalten werden. Vielmehr agieren diese zumeist als Subunternehmer unter der Ägide von Generalunternehmern und erledigen Teilaufgaben. Und auch die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen beziehungsweise von regionaler Wertschöpfung gelingt am besten mit raschen Investitionen in die Realwirtschaft an Ort und Stelle.

Flexibilität schafft Mehrwert

Bei der Vergabe von Konzessionen waren bislang lediglich Grundprinzipien aus dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu berücksichtigen. Dadurch war eine gewisse Flexibilität gegeben. Die nun geplante Beschränkung der Vertragslaufzeiten auf zehn Jahre stellt hingegen einen klaren Eingriff in die Organisationshoheit der Mitgliedstaaten dar. Dessen ungeachtet akzeptiert die Kommission im Einzelfall durchaus Konzessionen mit Laufzeiten über mehrere Jahrzehnte. Letztlich zeigt die wirtschaftliche Praxis, dass sich Großinvestitionen in öffentliche Infrastrukturen niemals innerhalb von zehn Jahren verdienen lassen.

Eben die Komplexität dieser Dienstleistungen und das Erfordernis langer Vertragslaufzeiten lassen bereits Wertermittlungen im Sinne des Entwurfs als problematisch erscheinen. Es bleibt zu bezweifeln, ob über so lange Zeiträume seriöse Berechnungen überhaupt angestellt werden können. Ob diese über Schätzungen rein spekulativen Charakters hinausgehen. Die Kommission zeigt sich davon unbe-

Das Nahverkehrsnetz einer Großstadt und die Abfallwirtschaft ländlich-alpiner Regionen unterliegen anderen Umständen. Im Sinne einer Daseinsvorsorge auf höchstem Niveau kann es daher nicht zielführend sein, derart unterschiedliche Services ein und derselben Regelung zu unterwerfen.

eindrückt und versucht vielmehr den Begriff „einheitliches Projekt“ präzise zu definieren. In Anbetracht vielschichtiger, sehr unterschiedlicher Aufgaben ein legislativ nicht minder problematisches Unterfangen.

Am besten hausgemacht

Außerdem enthält die vorgeschlagene Richtlinie eigene Bestimmungen zu In-house-Vergaben und zur interkommunalen Zusammenarbeit. Sie soll keine Anwendung finden, wenn Dienstleistungskonzessionen an verbundene Unternehmen vergeben werden. Dafür müssten jedoch zahlreiche Einzelkriterien erfüllt sein. Der Entwurf unterscheidet sogar zwischen in-house und interkommunaler Zusammenarbeit. Für In-house-Erteilungen kommt mit Blick auf den wirtschaftlichen Alltag jedoch nur eine Vorgehensweise im Sinne der Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (Nr. 1370/2007/EG) in Betracht. Der Richtlinienvorschlag lässt eine generelle In-house-Klausel im Sinne dieser Verordnung – wie vom VÖWG seit langem gefordert – jedoch vermissen. Dessen ungeachtet würde eine Anwendung der Rechtsprechung des EuGH zur In-house-Frage im Konzessionsbereich generell über das Ziel hinauszu-schießen.

53 Artikel und 13 Anhänge sprechen für sich. Die Praxis zeigt jedoch, dass horizontale Normierungsversuche auf europäischer Ebene die Integration des gemeinsamen Binnenmarkts – ob der heterogenen Rahmenbedingungen in den Mitgliedstaaten und ihren Regionen – nur selten voranbringen.

Überflüssige Unionsrechtsakte senken weder Finanzierungs- noch Transaktions- und Betriebskosten. Vielmehr gefährden sie jahrzehntelang erfolgreich gepflegte Formen der öffentlich-öffentlichen und öffentlich-privaten Zusammenarbeit. Nur eine klare und einfache zu handhabende Unterscheidung von in-house-Modellen, öffentlichen Aufträgen und Konzessionsverträgen vermag Rechtssicherheit herzustellen.



Die Subsidiaritätsrüge des Bundesrates an die EU-Kommission

EU-Konzessionsbegriff bringt Verteuerung & Bürokratisierung

Der EU-Ausschuss des Bundesrats hat sich in seiner Sitzung am 2. Februar 2012 mit dem Vorschlag einer EU-Richtlinie zur Konzessionsvergabe befasst und dazu eine Subsidiaritätsrüge beschlossen.

Nicolaus Drimmel

Mit dem Vertrag von Lissabon wurden den nationalen Parlamenten zusätzliche Mitspracherechte in Angelegenheiten der Europäischen Union eingeräumt. Diese umfassen auch eine so genannte Subsidiaritätsrüge. Der Bundesrat hat dabei die Möglichkeit, in einer begründeten Stellungnahme darzulegen, warum ein Entwurf eines Legislativvorhabens der EU nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist. „Und da wir der Meinung sind, dass die EU in diesem Zusammenhang gegen den Grundsatz der Subsidiarität verstößt, haben wir das auch getan“, erläuterte der neue Vorsitzende des Ausschusses, der Vorarlberger Edgar Mayer. Seit der Lissabon-Begleitnovelle ist dies die vierte Rüge, die der Bundesrat auf den Weg bringt. In zahlreichen EU-Ländern haben sich die Gemeinden ähnlich positioniert, sodass sich in diesem Fall erstmals die Möglichkeit einer nachhaltigen Veränderung einer EU-Richtlinie durch ein Subsidiaritätsrügeverfahren abzeichnet.

Der Vorschlag der EU-Richtlinie über die Vergabe von Konzessionen umfasst Dienstleistungs- und Baukonzessionen, die sich von öffentlichen Aufträgen im Wesentlichen dadurch unterscheiden, dass die Leistungserbringer nicht von der öffentlichen Hand entlohnt werden, sondern sich direkt über Nutzer der Leistung refinanzieren. Mit diesem Richtlinienvorschlag, so die Rüge des Bundesrates, gehe



Der Bundesrat beschloss eine Subsidiaritätsrüge.

Foto: © Parlamentsdirektion/Mike Ranz

die EU-Kommission deutlich über die bisherige Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zu den Regeln für die Erteilung von Konzessionen hinaus. Aus der EuGH-Rechtsprechung ergebe sich schon heute klar, dass Konzessionen den Grundsätzen des europäischen Primärrechts unterliegen. Der EuGH hat in der Vergangenheit also schon ausreichende Konkretisierungen für die Übertragung von Dienstleistungskonzessionen sowie europaweiter Begrifflichkeiten vorgenommen, wodurch entgegen der Feststellung der EU-Kommission eben kein rechtsfreier Raum vorliegt. Der Österreichische Gemeindebund hat bereits Anfang Jänner 2012 darauf hingewiesen, dass eine Umsetzung des Vorschlags auch erhebliche Auswirkungen auf die Strukturen kommunaler Aufgabenerbringung, vor allem im Bereich der Daseinsvorsorge, etwa der kommunalen Wasserwirtschaft, hätte. Es ist gerade in Österreich üblich, diese Aufgaben in kommunalen Kooperationsformen, vor allem in Gemein-

deverbänden, zu erbringen. Denn die interkommunale Zusammenarbeit in diesem Bereich beinhaltet als bewusste Alternative zur Privatisierung öffentlicher Aufträge eine wichtige Möglichkeit für die Gemeinden, ihren Bürger/innen ein breites und qualitativ hochwertiges Dienstleistungsspektrum in eigener Verantwortung anzubieten. Es kann, so der Gemeindebund ursprünglich, nicht hingenommen werden, dass kommunale Kooperationen durch Ausdehnung des Vergaberegimes der EU immer mehr ausgehöhlt werden, gerade weil Gemeinden mit ihrer Selbstverwaltung die Identität des staatlichen Miteinanders prägen, das die EU im Sinne der Subsidiaritätsnormen etwa des Vertrages von Lissabon zu achten hat. Der Bundesrat folgte diesen Argumenten und stellte fest, dass es nicht nachvollziehbar sei, dass Rechtssicherheit durch

Die Umsetzung würde viele neue Rechtsvorschriften in den Mitgliedstaaten erfordern, was mit unangemessen hohen Kosten für Verwaltung und Wirtschaft verbunden wäre.

einen europaweit einheitlichen Konzessionsbegriff geschaffen werden müsse, weil der EuGH diesbezügliche Klarstellungen bereits getroffen habe. Die in Betracht gezogene Maßnahme würde in den Mitgliedstaaten nur zu einer Bürokratisierung und Verteuerung der derzeit effizient, rasch und – im Lichte der Rechtsprechung des EuGH – auf gesicherter rechtlicher Grundlage geführten Konzessionsverfahren führen, so die Begründung. Auch würde der Entscheidungsspielraum lokaler Behörden stark eingeschränkt werden.



OReg.Rat Mag. Nicolaus Drimmel ist Jurist im Österreichischen Gemeindebund und leitet die Abt. Recht und Internationales



Foto: Bilderbox

Berlakovich forciert thermische Sanierung, E-Mobilität und Energieautarkie CO₂-Sparpaket ist die Antwort auf Treibhausgasbilanz

Die Ergebnisse der aktuellen Treibhausgasbilanz im Jahre 2010 zeigen einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr. Umweltminister Nikolaus Berlakovich fordert daher, die Verzögerungstaktik zu beenden und treibt die neue Förderoffensive für thermische Sanierung und den Ausbau der E-Mobilität voran.

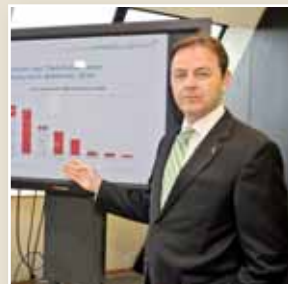
„Seit 2005 herrschte der positive Trend, dass wir die Treibhausgasemissionen reduzieren konnten, 2010 war der Gegenwind europaweit in Form des Wirtschaftswachstums, aus der Krise heraus, und des erhöhten Heizbedarfs stärker. Die Werte sind wieder gestiegen“, so Umweltminister Nikolaus Berlakovich. 2010 wurden 84,6 Millionen Tonnen Kohlendioxid-Äquivalente, um 4,9 Millionen mehr als 2009, emittiert. „Wir brauchen ein neues Denken und müssen Wirtschaftswachstum und Treibhausgasemissionen entkoppeln, etwa mit Hilfe von Energieeffizienz- und -sparmaßnahmen. Wir müssen mehr Green Jobs schaffen und den Weg in Richtung der Energieautarkie Österreichs verfolgen. Österreich braucht Klimaschutz und Arbeitsplätze“, fordert Berlakovich.

Brauchen CO₂-Sparpaket!

„Weg mit den Scheuklappen: Die Treibhausgasbilanz 2010 ist inakzeptabel und macht deutlich, dass wir auch unbedingt ein CO₂-Sparpaket brauchen! Dafür haben wir mit dem Beschluss des Klimaschutzgesetzes im Vorjahr die richtige Basis ge-

Die Treibhausgasbilanz 2010 ist inakzeptabel und macht deutlich, dass wir unbedingt ein CO₂-Sparpaket brauchen!

Umweltminister Niki Berlakovich



schaffen, da alle Sektoren verbindliche Ziele bekommen.“ Jetzt müssen dringend für 2013 bis 2020 konkrete Reduktionsziele festgelegt werden. „Schluss

mit allen Ausreden und der Verzögerungstaktik“, unterstreicht der Minister Berlakovich.

Förderoffensive Thermische Sanierung

Ein wichtiger Schritt für die Verbesserung der Treibhausgasbilanz ist die thermische Sanierung. Eine Förderoffensive mit einem Volumen von 100 Millionen Euro startete am 1. Februar. 70 Millionen stehen für den privaten Wohnbau, 30 Millionen für Betriebe bereit. „Die thermische Sanierung schafft eine Win-win-Situation für Umwelt, Wirtschaft und Hausbesitzer“, so Berlakovich. Im Vorjahr wurden

bei gleichem Volumen 860 Millionen Euro Investitionen ausgelöst und rund 12.500 Arbeitsplätze geschaffen und gesichert. Der Sanierungsscheck hat somit starke Konjunkturreffekte und führte 2011 zur

Einsparung von insgesamt 4,4 Millionen Tonnen CO₂, unterstreicht Berlakovich. Je umfangreicher die Sanierung, desto höher ist der Zuschuss. Für um-

fassende thermische Sanierungen von über 20 Jahre alten Gebäuden werden Zuschüsse von bis zu 5000 Euro vergeben. Dazu kommen mögliche Zuschüsse von bis zu 1500 Euro für die Umstellung auf umweltfreundliche Heizsysteme. Neu ist, dass 2012 auch bei Teilsanierungen mit einer 20-prozentigen Energieeinsparung eine Förderung von 2000 Euro gewährt wird. Damit sollen Sanierungen in Etappen unterstützt werden. Bei der Verwendung von Öko-Dämmstoffen gibt es einen Bonus von 500 Euro. Bei denkmalgeschützten Gebäuden kann die Förderhöhe auf 9000 Euro oder maximal 20 Prozent der Investitionskosten steigen. Ab dem 20. Februar können Förderanträge eingereicht werden. Alle Details unter:

<http://www.sanierungsscheck2012.at>

E-Mobilität für nachhaltige Verkehrszukunft

„Der Verkehr ist nach wie vor ein massiver Klimasünder und Elektromobilität ist eine der Schlüsselstrategien, um den Straßenverkehr möglichst ressourcen- und klimaschonend zu gestalten“, so Berlakovich. Je mehr Energie aus eigenen, erneuerbaren Quellen beigesteuert werden kann, umso unabhängiger wird Österreich und umso schneller kann das Ziel der Energieautarkie im Verkehrssektor erreicht werden. Die österreichische Energiestrategie setzt daher auf Elektromobilität aus 100 Prozent Ökostrom. Bis 2020 soll es 250.000 Elektrofahrzeuge geben, was 430.000 Tonnen CO₂ spart. Das Lebensministerium hat seine Förderungen für Elektromobilität massiv ausgebaut. In Modellregionen wird der Umstieg auf Elektromobilität und eine klimaschonende Verkehrszukunft geprobt. Zusätzlich hat sich die Österreichische Post AG mit ihrer großen Nutzfahrzeugflotte dem Modellvorhaben als Partner angeschlossen. Mit dem Förder- und Beratungsprogramm klima:aktiv mobil wird ein weiterer Schwerpunkt bei der Umstellung von Fuhrparkflotten gesetzt.

Pilotprojekt analysiert Akzeptanz und Hürden

Bio-Plastiksackerl akzeptiert

Bio-Plastiksackerl tragen maßgeblich zur Ressourcenschonung, Abfallvermeidung und damit zum Umweltschutz bei. „Jedes Plastiksackerl weniger ist ein wichtiger Schritt zu noch mehr Umweltschutz“, ist sich Lebensminister Nikolaus Berlakovich sicher. Ein Pilotversuch mit biologisch abbaubaren Verpackungen in Supermärkten hat gezeigt, dass 79 Prozent der befragten Kunden Bio-Plastik richtig gut finden. Die Erhebung zeigte auch, dass Bio-Plastiksackerl daheim zum Sammeln des Bioabfalls oder für die Lagerung wiederverwendet werden. Herkömmliche Plastiksackerl werden öfter gleich nach dem Einkauf entsorgt



Mit Bio-Plastik sind Umweltminister und laut Umfrage auch Konsumenten zufrieden.

und landen auch häufiger, nämlich zu 75 Prozent, im Restmüll. Bio-Plastik hat das Potenzial, herkömmliche Tragetaschen Schritt für Schritt zu ersetzen. Wichtig ist jedoch, dass die Kunden nach wie vor die Wahlmöglichkeit haben, betont Berlakovich.

Österreich ist mit Aktionsplan Vorreiter in der EU

Plan für Ressourceneffizienz

Unter dem Motto „Mit weniger mehr erreichen“ steht der brandneue Ressourceneffizienz-Aktionsplan. „Ressourceneffizienz bedeutet, dass wir Rohstoffe, Energie und dadurch Betriebskosten sparen und



Foto: Bilderbox

Durch gute Abfallwirtschaft entsteht Ressourceneffizienz.

gleichzeitig auch der Umweltverschmutzung und Abfälle ersparen.

Da das eine eindeutige win-win-Situation für Ökonomie und Ökologie darstellt, haben wir als erstes Land Europas den EU-Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa umgesetzt“, betont Minister Berlakovich. Mit dem neuen Aktionsplan soll die Ressourceneffizienz bis 2020 nochmals um mindestens 50 Prozent im Vergleich zu 2008 steigen. Die vier konkreten Schwerpunkte sind Produktion, öffentliche Beschaffung, Abfallwirtschaft und Bewusstseinsbildung. Erarbeitet worden ist der Ressourceneffizienz-Aktionsplan unter der Leitung des Lebensministeriums in Zusammenarbeit mit Wirtschaftskammer und dem Technologieministerium, der Wirtschaftskammer und der Industriellenvereinigung.

Experten geben Tipps, wie sich Kinder und Jugendliche schützen können

Sicherer Umgang mit sozialen Netzen, wie Facebook und Co.

Immer mehr Kinder und Jugendliche nutzen ein soziales Netz im Internet. Nicht alle wissen immer, wie sie sich verhalten sollen. Internet-Verbote sind nicht sinnvoll. Das Bundeskriminalamt gibt Tipps, worauf Eltern und Kinder stattdessen achten sollten.

Internet und soziale Netze wie Facebook, Twitter und Co. sind für das soziale Leben von Jugendlichen unentbehrlich. Fast jeder Neun- bis 16-Jährige hat einen Internetzugang zuhause, etwa die Hälfte im eigenen Zimmer. 62 Prozent haben ein eigenes Profil in einem sozialen Netzwerk; bei jedem Fünften ist es öffentlich einsehbar. 15 Prozent geben persönliche Daten bekannt. Oft geben Kinder aus Unwissenheit private Informationen weiter. Dabei setzen sie sich Gefahren aus und sind leichte Beute für Online-Belästigungen. Dem eigenen Kind das Mitmachen zu verbieten, wenn alle Freunde in sozialen Netzwerken sind, ist keine Lösung und schwer kontrollierbar. Wie in vielen anderen Bereichen sind Reden und Aufklären die besseren Alternativen.



Foto: BMI/Egon Weisshaimer

Immer mehr Kinder und Jugendliche nutzen soziale Netze, aber viele vernachlässigen ihre Sicherheit.

Tipps für Eltern:

- ▶ **Sicherheitsregeln vermitteln:** Kinder und Jugendliche sollten darauf vorbereitet werden, dass der Gesprächspartner im Internet oft nicht der ist, für den er sich ausgibt. Sie sollten niemanden als Freund akzeptieren, den sie nicht kennen, und achten, was sie veröffentlichen. Passwörter und persönliche Daten sollten sie nicht weitergeben.
- ▶ **Wissen, was die Kinder tun:** Eltern sollten die sozialen Netze und Chat-Räume kennen, in denen sich Kinder und Jugendliche bewegen und Interesse zeigen.
- ▶ **Vereinbarungen treffen:** Eltern sollten mit Kindern altersgemäße Vereinbarungen treffen, wie lange sie wo und mit wem chatten dürfen.
- ▶ **Anlaufstelle bieten:** Kinder sollten jederzeit zu einer Bezugsperson kommen können.
- ▶ **Mitglied im sozialen Netz:** Auch wenn Eltern soziale Netz-

werke nicht nutzen, sollten sie sich registrieren, um zu sehen, was die Kinder dort machen.

Tipps für Kinder und Jugendliche:

- ▶ **Schütze deine Privatsphäre:** Achte darauf, welche Informationen du über dich ins Internet stellst. Poste nichts, das später gegen dich verwendet werden könnte. Veröffentliche keine persönlichen Daten und verwende die Einstellungen zur „Privatsphäre“.
- ▶ **Sei misstrauisch:** Man weiß nie, ob jemand wirklich derjenige ist, für den er sich ausgibt. Überprüfe Infos aus dem Internet daher mehrfach.
- ▶ **Urheberrechte beachten:** Das Anbieten und Weiterverwenden von Inhalten ist ohne Einwilligung der Urheber verboten. Mehrere tausend Euro Strafe können die Folge sein. Eine Ausnahme sind Werke, die unter einer Creative-Commons-Lizenz stehen. Wenn du Textteile anderer Autoren verwendest, führe immer eine Quellenangabe an.
- ▶ **Recht am eigenen Bild:** Es ist nicht erlaubt, Fotos oder Videos zu veröffentlichen, die andere zu ihrem Nachteil darstellen. Frage die betroffenen Personen sicherheitshalber vorher.
- ▶ **Vorsicht bei Gratisangeboten:** Sei besonders misstrauisch, wenn du dich mit Namen und Adresse registrieren musst.
- ▶ **Hol dir Rat bei Erwachsenen:** Antworte nicht auf bedrohliche Nachrichten, sondern sprich darüber mit Erwachsenen, denen du vertraust.



Foto: BMI/Alexander Tuma

Wer auf Facebook ist, sollte regelmäßig die Einstellungen seines Accounts prüfen.

Information

against-cybercrime@bmi.gv.at
www.bundeskriminalamt.at

Eine Gemeinde berichtet über ihre Erfahrungen

250 Ternitzer erarbeiteten 105 familienfreundliche Maßnahmen

Gemeinsam statt einsam als nachhaltiges Erfolgsrezept – das Audit *familienfreundlichegemeinde* ist ein bewährtes Bürgerbeteiligungsmodell.

Die Stadtgemeinde Ternitz wurde 2011 mit 67 weiteren österreichischen Kommunen in Grafenegg, Niederösterreich, für gesetzte Maßnahmen zur nachhaltigen Sicherung der Familienfreundlichkeit von der Republik Österreich mit dem staatlichen Gütezeichen *familienfreundlichegemeinde* ausgezeichnet. Ternitz führte das von Familienministerium und Gemeindebund unterstützte Audit *familienfreundlichegemeinde* unter dem Projektnamen „Wir in Ternitz“ mit Einbindung aller Generationen und Fraktionen durch.

„Trotz angespannter Budgetlage waren und ist ‚Wir in Ternitz‘ bemüht, im Sinne der Bevölkerung den Blick nach vorne zu richten“, betont Projektleiterin Stadträtin Nicole Haberler. Den wichtigsten Teil stellte die intensive Bemühung einer 100-tägigen und breit ausgelegten Bürgerbeteiligung (bei ca. 15.000 Einwohnern) dar, wobei hier das „Mit- und Füreinander“ im Mittelpunkt stand. Haberler koordinierte die Veranstaltungen und Aktivitäten der 20 Arbeitskreise, bei denen die Bürgerinnen und Bürger ihre eigenen Ideen, Vorstellungen und Wünsche einbringen konnten. In den Arbeitsgruppen waren insgesamt rund 250 Personen beteiligt, darunter Personen unterschiedlicher Interessensvertretungen, karitativer Einrichtungen, öffentlicher Körperschaften, verschiedener Glaubensrichtungen, Wissenschaft sowie Wirtschaft. Die Mitglieder des Beira-



Das Audit *familienfreundlichegemeinde* fördert die bürgernahe Einbindung aller Generationen in der Weiterentwicklung des Lebensraums Gemeinde.

Dr. Reinhold Mitterlehner
Familienminister

tes standen durch ihre Fachkenntnis einem bestimmten Themenbereich beratend zur Seite. Nur durch dieses hohe Engagement der Bevölkerung konnten insgesamt 105 Maßnahmen erarbeitet werden, deren Umsetzung voll im Gange ist. Mit Hilfe des Audit *familienfreundlichegemeinde* wurde eine in Ternitz noch nie dagewesene Bürgerbeteiligung erzielt. Rupert Dworak, Bürgermeister von Ternitz und Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes, unterstützte das Audit *familienfreundlichegemeinde* von Anfang an und meint dazu: „Unser Ziel war und ist es, das bereits hohe Niveau an familienfreundlichen Maßnahmen noch weiter zu verbessern.“

Den nachhaltigen Erfolg der Initiative unterstreicht ein Auszug aus dem umfangreichen Maßnahmenkatalog:

► **Babycouch im Rathaus Ternitz:** Gemeinsam mit der NÖGKK wird im Rathaus Ternitz ein regelmäßiger Treffpunkt für junge Eltern jeden Mittwoch angeboten, um sich auszutauschen. Die Teilnahme ist kostenlos (siehe dazu unter: www.babycouch.at);



Rupert Dworak und Nicole Haberler.

► **Bewegungskindergarten:**

Durch eine zusätzliche Schulung unserer Kindergarten-Pädagoginnen im Bereich Sportmedizin, für deren Kosten die Stadtgemeinde Ternitz aufkommt, wird nun mehr Bewegung im pädagogischen Konzept unserer Kindergärten umgesetzt;

► **Jour fixe im Bereich Nachmittagsbetreuung**

► **Jugendzentrum NEU:** Eine Neuausrichtung des Jugendzentrums erhöhte die Attraktivität des bestehenden Jugendtreffs und sorgt dafür, dass viele neue Jugendliche dazugewonnen wurden.

„Damit in Ternitz weiterhin ein hochwertiges Angebot für alle Zielgruppen bereitgestellt und eine hohe Wohn- und Lebensqualität angeboten werden kann, um auch zukünftig als attraktive Gemeinde für Menschen zu dienen, ist die Durchführung des Audits *familienfreundlichegemeinde* ein optimales Werkzeug“, sind sich Rupert Dworak und Nicole Haberler einig.

Informieren Sie sich

Familie & Beruf
Management GmbH

audit@familieundberuf.at
Web: www.familieundberuf.at
Tel.: 01/218 50 70



Österreichischer Gemeindebund
audit@gemeindebund.gv.at
Web: www.gemeindebund.at

Tel.: 01/512 14 80-20

Vollstreckung von Gemeindeabgaben in der EU

Gemeinden können seit 1. Jänner 2012 über das BMF von ihren Schuldnern ausstehende Abgabeforderungen in anderen EU-Staaten eintreiben lassen

Ab 1. Jänner 2012 wird es für Länder und Gemeinden möglich, auf Basis der EU-Richtlinie 2010/24/EU Amtshilfeersuchen an andere Staaten der EU zu senden.

Die Richtlinie 2010/24/EU legt fest, auf welche Art und Weise andere EU-Staaten Amtshilfe bei bestimmten Steuern und Abgaben zu leisten haben. Damit soll die Vollstreckung der Forderungen sichergestellt werden, die in Österreich entstanden sind.

Betroffene Steuern und Abgaben

Grundsätzlich sind alle Steuern und Abgaben betroffen, die von einem Mitgliedstaat oder dessen Gliederungseinheiten - einschließlich der lokalen Behörden - erhoben werden. Weiters sind alle Geldstrafen, Geldbußen, Gebühren und Zuschläge mit Bezug auf diese Steuern und Abgaben betroffen.

Nicht umfasst sind vertragliche Gebühren, wie Zahlungen an öffentliche Versorgungsbetriebe (z.B. Müllabfuhr).

Stellung von Ersuchen

Die zuständige Behörde für derartige Ersuchen ist das Bundesministerium für Finanzen. Die Übermittlung von Ersuchen erfolgt über das Central Liaison Office for International Cooperation (CLO). Mehr Informationen finden Sie auf www.bmf.gv.at unter der Rubrik Betrugsbekämpfung > Steuer > Steuerfahndung.

Für Ersuchen dieser Art wurden von der EU Standardformulare zur Verfügung gestellt. Für Länder und Gemeinden sind diese über

ein Portal auf der Seite des CLO inklusive einer detaillierten Gebrauchsanweisung (Anleitung: EU-Amtshilfe für Länder und Gemeinden) nach Anmeldung abrufbar. Alle Ersuchen sind grundsätzlich elektronisch über dieses Internetportal an das CLO zu richten.

Arten von Ersuchen

Insgesamt werden vier Arten von Ersuchen unterschieden:

(1) Auskunftersuchen

Jede Auskunft, die im Vollstreckungsverfahren dienlich ist, kann von anderen Staaten angefordert werden. In der Regel handelt es sich um Anfragen, inwiefern der Abgabenschuldner den ersuchten Behörden bekannt und ob verwertbares Vermögen vorhanden ist.

(2) Beitreibungersuchen

Beitreibungersuchen dienen der Vollstreckung offener Forderungen in einem anderen EU-Staat. Beitreibungersuchen können ab einer Forderung von 1500 Euro pro Steuerpflichtigem gestellt werden. Forderungen dürfen dabei nicht älter als fünf Jahre sein - gerechnet ab dem Datum der Fälligkeit.





BMF

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

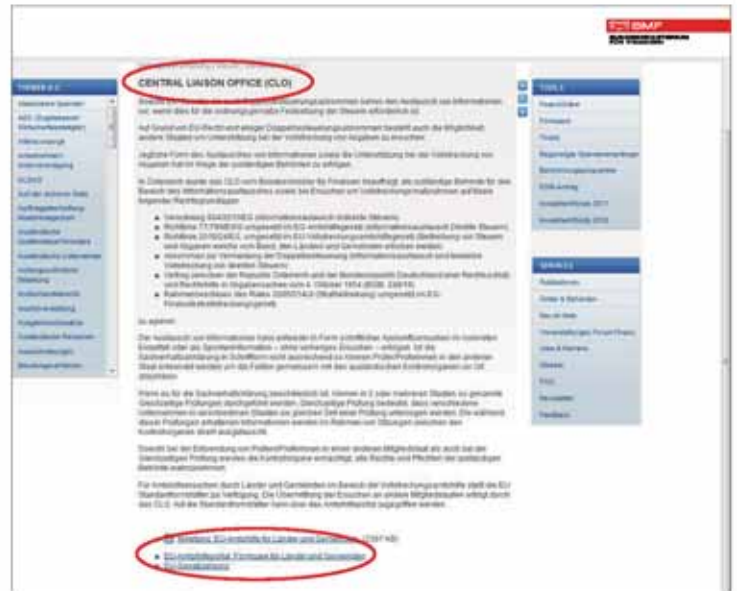
Das Formular der EU beinhaltet auch einen Abschnitt für einen europaweit einheitlichen Vollstreckungstitel, der in anderen Staaten direkt und unmittelbar anerkannt werden muss. Daher ist eine Übermittlung des Originalvollstreckungstitels nicht notwendig.

(3) Ersuchen um Sicherstellung
Bei noch nicht rechtskräftig festgesetzten Forderungen besteht die Möglichkeit, ein Sicherstellungsersuchen an andere Staaten zu senden. Das entsprechende Formular hat gemeinsam mit dem Sicherstellungsauftrag an das CLO übermittelt zu werden.

(4) Zustellersuchen

Die Übermittlung aller Schriftstücke im Zusammenhang mit Vollstreckungsverfahren hat grundsätzlich über den Postweg zu erfolgen. In Ausnahmefällen, wenn der Postweg nicht möglich ist, wird das CLO eingeschaltet, um eine Übermittlung an den Adressaten zu gewährleisten.

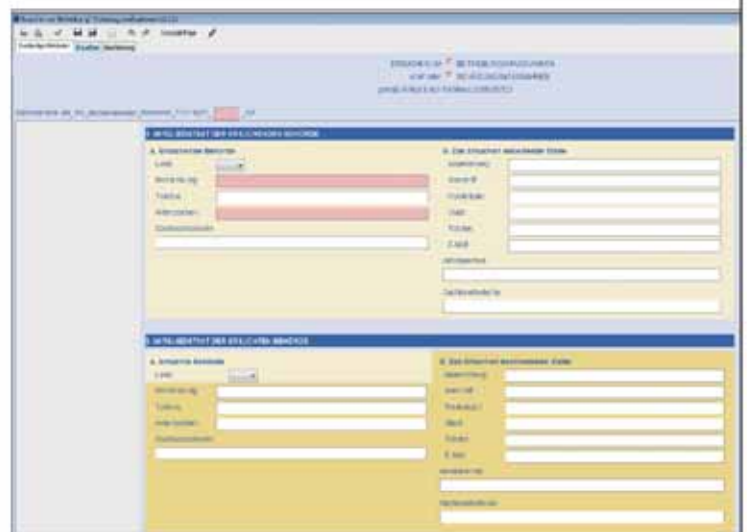
All diese Instrumente haben sich bereits zwischen den Steuerbehörden der EU-Mitgliedstaaten bewährt und bieten Gemeinden zusätzliche Möglichkeiten, die Nichtentrichtung von Abgaben zu vermeiden.



Link zum EU-Amtshilfeportal – Amtshilfeformulare für Länder und Gemeinden



Mag. Ernst Radlwimmer ist Leiter des Central Liaison Office im Bundesministerium für Finanzen.



Startseite des Amtshilfeformulars

Kälteschutz: Innovative Schutzkleidung mit Wärmeisolation

Damit es Sie nicht kalt erwischt

Wissenschaftler der Hohenstein Institute im deutschen Bönningheim haben in Kooperation mit dem Schutzbekleidungsspezialisten Tempex innovative Lösungen für Kälteschutzkleidung erarbeitet. Die Vollschutzsysteme, bestehend aus Jacke und Hose, bieten bei deutlich vermindertem Gewicht eine optimale Wärmeisolation für tiefe Temperaturen. Acht Stunden am Tag, das ganze Jahr über, bei bis zu -28°C , bedeuten harte Arbeitsbedingungen und gesundheitliche Belastung der Mitarbeiter. In einer solchen Arbeitsumge-

bung ist eine leistungsfähige, leichte und komfortable Kälteschutzkleidung mit hervorragender Wärmeisolation unentbehrlich. Zu den langfristigen Folgen der Kältebelastung gehören unter anderem Rheuma sowie chronische Erkrankungen von Atemwegen. Das Gewicht der Schutzkleidung schränkt die Beweglichkeit des Trägers ein und fördert die Schweißbildung, was zu einem unangenehmen Tragegefühl führt. Das Gewicht des neu entwickelten Kälteschutzanzugs, bestehend aus Latzhose und Jacke wurde bei



In Arbeitsumgebungen mit tiefen Temperaturen ist eine leistungsfähige, leichte und somit komfortable Kälteschutzkleidung mit hervorragender Wärmeisolation unentbehrlich.

gleich bleibender Wärmeisolation um 25 Prozent reduziert. Des Weiteren sorgt eine hohe Atmungsaktivität der Kleidung, insbesondere an Körperstellen mit vielen

Schweißsporen wie Brust, Rücken-, Ober- oder Unterarmen, für eine konkurrenzlos niedrige Schwitzrate. Mehr auf www.hohenstein.de

Neue Handy-App: Defibrillator-Anzeige für Graz

Wichtige Hilfe für Lebensretter

Nach der Entwicklung der innovativen App-Software PadMan verstärkt die Grazer Werbeagentur Madison mit dem Defi-App für Graz



Die Defibrillator-App erweitert den Standortplan der „Lebensretter“ um die mobile Komponente.

den Geschäftsbereich Mobile Solutions. Die Defibrillator-App wurde als native App auf die beiden gängigsten Betriebssysteme von Smartphones (iPhone und Android) zugeschnitten und weist im Ernstfall den Grazerinnen und Grazern den Weg zum Standort des nächstgelegenen Defibrillators. So wird es dem Helfer ermöglicht, umgehend Hilfenmaßnahmen einzuleiten, bis professionelle Hilfe vor Ort ist.

Die Defibrillator-App erweitert den bislang nur online verfügbaren Standortplan der „Lebensretter“ um die mobile Komponente. Ein Touch auf das Icon genügt und die Informationen sind sofort verfügbar. Inhalte bleiben abrufbar, auch wenn gerade kein Internet vorhanden ist. Jede Aktualisierung erfolgt automatisch und für den User unbe-

www.graz.at

Mülltrennung: Es liegt in der Hand jedes Einzelnen
Gebührensenkung ermöglicht

Die nö. Stadt Ternitz hat die dem Bezirk Neunkirchen auftragene Einführung der Biotonne bravourös gemeistert. „Durch die hohe Trennmoral ist es uns gelungen, speziell die Entsorgungskosten des Restmülls zu senken“, freut sich Vizebürgermeister Karl Reiterer. Die eingesparten Kosten werden an die Mitbürger

weitergegeben, die Müllgebühren für das Jahr 2012 durchschnittlich um rund 6,5 Prozent gesenkt. „Es liegt in der Hand jedes Einzelnen, durch eine gewissenhafte Mülltrennung und vor allem auch Müllvermeidung die Entsorgungskosten zu reduzieren“, so Bürgermeister Rupert Dworak.

Warnung: „Verlassene“ Gebäude frostsicher machen

72-Stunden-Regel ist zu beachten

Die EFM Versicherungsmakler AG warnt: Versicherungsunternehmen können sich bei Wasserschäden in der Frostperiode schadlos halten. Werden Gebäude während der Frostperiode länger als 72 Stunden verlassen, dann sind ausreichende Maßnahmen gegen Frostschäden zu treffen. Besonders davon betroffen

sind Zweitwohnsitze, Sportstätten, Amtsgebäude und Schulen.

Wärmedämmung allein bietet keinen Schutz gegen Frostschäden: „Eine Isolierung verlängert den Zeitraum bis zum Einfrieren, kann die Auskühlung jedoch nicht verhindern“, so Josef Graf, Vorstand EFM. www.efm.at

Innovation: Mit Schlittschuhen über Plastik gleiten

Eislaufen ohne Eis in Freistadt

Auf hochrein erzeugtem Kunststoff sind Eisläufer in Freistadt vorläufig noch bis Ende Februar unterwegs. In der alten Versteigerungshalle am Stieranger wurden die Platten verlegt und die Bevölkerung zum Testlaufen eingeladen. Ein Aufruf, dem viele folgten, wie man www.youtube.com oder dem Facebook-Log des Freistädter Bürgermeisters entnehmen kann.

Auf die Idee gekommen ist Stadtrat Gerhard Knauder, der das System in Krems kennengelernt hat. Schnell entschlossen beschloss man in Freistadt, diese Art des Eislaufens auch hier möglich zu machen. Die ein mal zwei Meter großen Platten wer-



Hellauf begeistert von Greenice: Freistadts Amtsleiter Karl Wagner und Bürgermeister Christian Jachs.

den auf dem 200 Quadratmeter großen Betonboden der Versteigerungshalle verlegt.

„Darauf kann man alles machen, was auf normalem Eis möglich ist. Aber: Die Platten sind widerstandsfähiger und natürlich ist Eislaufen damit witterungsunabhängig“, so Peter Fahrleitner von Kommunalbedarf.at. Freistadt wird damit in Oberösterreich die erste Ge-

meinde, in der man mit Schlittschuhen auf Plastik Eis laufen kann. Angedacht ist, die Eislauffläche in den Wintermonaten zu öffnen. „Für den Rest des Jahres kann die Versteigerungshalle dann wie bisher für Konzerte und Veranstaltungen verwendet werden“, sagt Bürgermeister Christian Jachs. Besonders für die Schulen soll das Eislauf-Angebot zur Verfügung stehen.

Rekord: Erneuerbare Energie

Erneuerbare vor den traditionellen

2011 war bereits 71,3 Prozent der gesamten neu installierten Kraftwerksleistung aus erneuerbaren Energiesystemen. „Um die langfristigen EU-Ziele zu erreichen, ist auch in den nächsten Jahren ein starker Ausbau nötig“, erklärt Justin Wilkes vom Europäischen Windenergie Verband (EWEA) bei der Präsentation. Im Jahre 2011 wuchs in Europa auch die Leistung der Windenergie um 9616 MW (um elf Prozent) auf 93.957 Megawatt. „Die Windkraft deckt nun schon 6,3 Prozent des europäischen Stromverbrauchs, 2010 waren es nur 5,3 Prozent“, freut sich Mag. Stefan Moidl von der IG Windkraft. www.igwindkraft.at

EVN erwirbt Windpark

Strom für 10.000 Haushalte

Die EVN hat von der AAG Holding GmbH einen bestehenden Windpark in Pöttelsdorf erworben. Seit 2006 erzeugen dort vier Windräder mit einer Gesamtleistung von 9,2 MW Strom für rund 10.000 Haushalte. Durch diese Akquisition verfügt die EVN über insgesamt zehn Windparks. www.evn.at

ÖGL Award

Neuer Preis für grabenlosen Bau

2012 verleiht die ÖGL erstmals für herausragende, umweltschonende und öffentlichkeitswirksame Projekte, die in grabenloser Bauweise durchgeführt wurden, den ÖGL Award. Ausgezeichnet werden Auftraggeber und Planer. Einreichungen bis 15. Mai 2012. Mehr Infos unter www.grabenlos.at/award

Wasserkatalog: Im Sinn von Umwelt und Wirtschaft

Wasserkraft ökologisch sinnvoll und effizient ausbauen

„Ziel des kürzlich in Kraft getretenen Österreichischen Wasserkatalogs ist es, ein effizienteres und einheitliches System für die Genehmigung von Wasserkraftanlagen zu schaffen, das sowohl Umwelt- als auch Wirtschaftsaspekte berücksichtigt“, erklärt Umweltminister Nikolaus Berlakovich. So werden Natürlichkeit, Seltenheit und ökologische Schlüsselfunktion des Gewässers erfasst. Bei der Energiewirtschaft zählen Versorgungssicherheit, technische Effizienz und Klimaschutz. Darüber hinaus ist auch der Einfluss auf das Hochwassergeschehen sowie das Grund- und Trinkwasser entscheidend. Der Wasserkatalog wurde in enger Abstimmung mit Län-



Foto: BMLFUW/Kern

Umweltminister Niki Berlakovich.

dern, E-Wirtschaft und Umweltorganisationen erarbeitet. Er soll für alle neuen Wasserkraftwerke gelten und ergeht als Erlass an die Behörden. Außerdem ist eine Veröffentlichung des Katalogs geplant, damit dieser als Unterlage für Projektplanungen dienen kann. www.lebensministerium.at

/ wasser

Spatenstich im niederösterreichischen Neulengbach

REHAU baut neues Logistikzentrum

REHAU investiert knapp eine Million Euro in den Bau eines neuen Logistikzentrums, das von Guntramsdorf nach Neulengbach verlegt wird. Produkte und Systemlösungen für den Tiefbau werden künftig

direkt vom neuen Standort, der in unmittelbarer Nähe zum bestehenden REHAU-Werk liegt, an Kunden in ganz Österreich geliefert. Der Neubau soll im Mai fertiggestellt sein und fünf bis zehn Arbeitsplätze schaffen.

Kolumne

Investitionen in die kommunale Beleuchtung sind nachhaltig und sinnvoll

Ein Licht am Ende des Tunnels

In Zeiten knapper Ressourcen werden von vielen Kommunen geplante Investitionen verschoben oder gänzlich abgesagt. Nicht selten betreffen die Investitionen aber Verbesserungen oder Erneuerungen in die Sicherheit; praktisches Beispiel ist die Beleuchtung von öffentlichen Flächen. Bei der kommunalen Beleuchtung spielen die laufenden Aufwendungen eine wesentliche Rolle, denn sie dominieren gegenüber der Anschaffung. Der lauter werdende Ruf nach Nachhaltigkeit und ressourcenschonendem Umgang mit der Umwelt führt darüberhinaus zu erhöhtem



PwC hat in mehreren Projekten errechnet, dass die Umstellung selbst in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sinnvoll ist!

Druck auf die Gemeinden, die Ortsbeleuchtung auf neue, sparsame Technologien um-

zustellen. Aber eine Umstellung kostet Geld, das gerade jetzt nicht da ist. PwC hat in mehreren Projekten errechnet, dass die Umstellung der Beleuchtung auf öffentlichen Flächen selbst in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sehr sinnvoll ist. Durch innovative Finanzierungsformen wird auch das Budget der Kommune nicht stärker belastet. Die Differenz auf die niedrigeren Betriebskosten finanziert die Investition.

Die wirtschaftliche Sinnhaftigkeit der Investition lässt sich somit errechnen. Und neben dem lang-

fristig wirtschaftlichen Vorteil sind diese Projekte auch ein Dienst an der Sicherheit und an der Umwelt und damit an den nachfolgenden Generationen.

Information

Mag. Miklós Révay
Leiter Öffentlicher Sektor,
PwC Österreich
Erdbergstraße 200,
1030 Wien
Tel.: +43 1 50188 2920
E-Mail:
miklos.revay@at.pwc.com
Web: www.pwc.at



E.E.

DIE BESSERE NATURSTEINMAUER IST AUS BETON

SW-ReCon Stützwandsystem

SW-ReCon-Systeme bilden ein umfassendes und komplettes Paket für ästhetische und funktionelle Stützmauern.

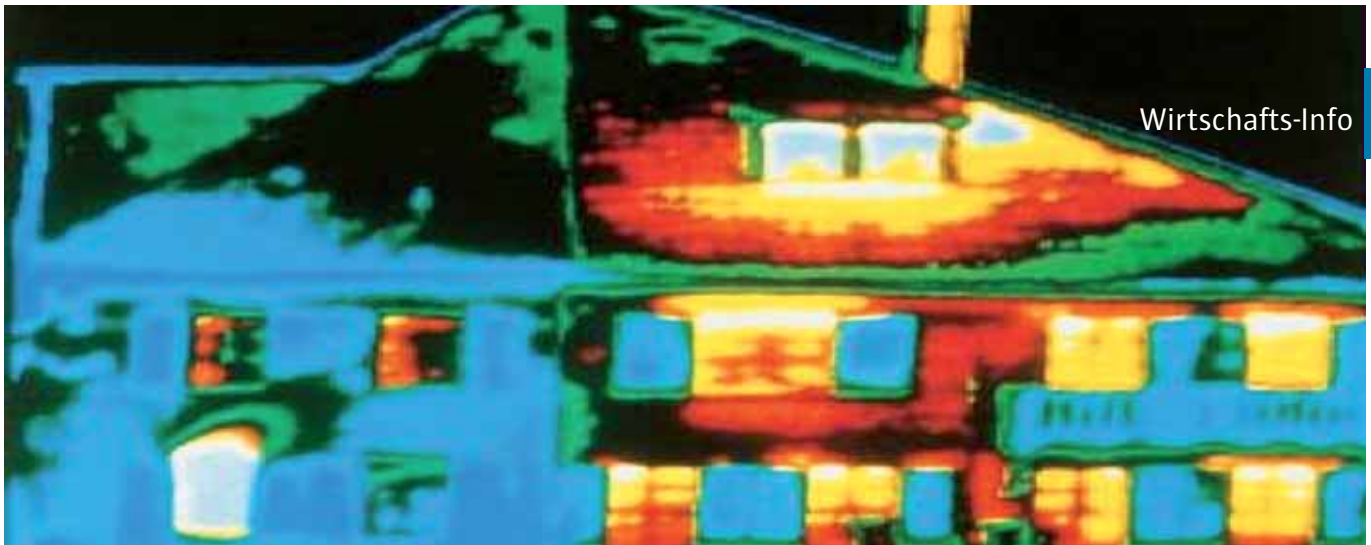
- „trocken“ zu versetzen (ohne Mörtel!)
- Beste Beständigkeit durch hohe Betonqualität
- Individuelle Lösungen
- Verschiedene Frontansichten
- Einfärbung nach Wunsch

concrete mission

SW Umwelttechnik, Tel. +43 463 32109-0, www.sw-umwelttechnik.at

SW
Umwelttechnik
ÖSTERREICH

Foto: KPC



Gefördert werden seit 1. Februar Projekte von Gemeinden zur thermischen Gebäudesanierung, zum Energiesparen in Gebäuden und bei öffentlicher Beleuchtung sowie zur Umstellung von Heizungssystemen.

Klimaschutz in Gemeinden

Neue Förderungen für kommunale Investitionen

Die Umweltförderungskommission hat einen grundlegenden Meilenstein für Gemeinde-Förderungen beschlossen: Seit Februar können nun auch Gemeinden in den Genuss von Umweltförderungen für Maßnahmen in den gemeindeeigenen Gebäuden kommen.

Bislang waren die Fördermittel der Umweltförderung im Inland Betrieben und unternehmerisch tätigen Organisationen vorbehalten. Seit 1. Februar 2012 können nun auch Gemeinden Umweltförderungen für folgende Maßnahmen in gemeindeeigenen öffentlichen Gebäuden (zum Beispiel Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindergärten) erhalten:

- ▶ **Thermische Gebäudesanierungen**
- ▶ **Energiesparmaßnahmen** zur Erneuerung und Optimierung von regelungstechnischen Anlagen zur Verbesserung der Gesamteffizienz (Haustechnikmaßnahmen) bei hinreichender thermischer Qualität der Gebäudehülle.
- ▶ **Anwendung erneuerbarer Energieträger** zur Raumheizung und Warmwasserbereitung (z. B. Biomassekessel, Solaranlagen) in Verbindung

Für die auf drei Jahre angelegte Förderungsaktion stehen jährlich Mittel in der Höhe von drei Millionen Euro zur Verfügung. Gefördert wird mit Investitionszuschüssen bis zu 18 Prozent der förderungsfähigen Kosten.

mit Projekten zur thermischen Gebäudesanierung oder Haustechnikmaßnahmen und zur Errichtung von Fernwärme-Anschlüssen und Wärmepumpen.

- ▶ **Effiziente Beleuchtungssysteme** zur Verbesserung der Energieeffizienz bei bestehenden öffentlichen Beleuchtungsanlagen und bestehenden öffentlichen Gebäuden (zum Beispiel Umstellung auf LED-Systeme).

Dadurch sollen – insbesondere in Zeiten schwächerer Konjunktur – wichtige Investitionen der öffentlichen Hand im Bereich des Energiesparens und der An-

wendung erneuerbarer Energieträger gesichert werden. Für die auf drei Jahre angelegte Förderungsaktion stehen jährlich Mittel in der Höhe von drei Millionen Euro zur Verfügung. Gefördert wird mit Investitionszuschüssen bis zu 18 Prozent der förderungsfähigen Kosten.

Anträge können seit 1. Februar 2012 bei der Kommunalkredit Public Consulting (KPC) gestellt werden. Die weitere Projektprüfung, das Genehmigungsverfahren sowie die Endabrechnung und Auszahlung der Förderung werden von der KPC durchgeführt.



Information

Kommunalkredit
Public
Consulting,
1092 Wien,
Türkenstraße 9
Tel.: 01/31631-0
Fax: 01/31631 DW 104
kpc@kommunalkredit.at
www.umweltfoerderung.at/gemeinde

In der kalten Jahreszeit kommen oft ungeliebte Mitbewohner

Wie man Ratten wieder los wird

Um Ratten wieder los zu werden, reicht es nicht, einfach nur Fallen aufzustellen oder lose Köder ungezielt auszubringen, sondern es bedarf üblicherweise einer Präventions- oder Bekämpfungsstrategie!

Mag. Peter Fiedler

Die beiden wohl am weitesten verbreiteten Rattenarten, die in bebautem Gebiet ihr Leben führen, sind die Hausratte und die Wanderratte. Diese beiden sind so unterschiedlich wie sie nur sein können: Die Hausratte (sie ähnelt optisch einer großen Maus) ist weniger an das bebauten Gebiet gebunden, sie bevorzugt trockene Wohn- und Vorratsgebäude und hält sich auch gerne in höheren Gegenden auf (Dachboden/Dachstühle). Sie ist eher nachtaktiv, lebt gerne in Gruppen und bevorzugt eher pflanzliche Kost und scheut das Wasser. Wanderratten hingegen sind größer, dunkel gefärbt, halten sich sehr gerne in menschlichem Siedlungsgebiet auf und bewohnen dort auch sehr gerne die Abwasserkanäle. Für Siedlungsgebiete sind die Wanderratten aufgrund der optimalen Lebensbedingungen das Hauptproblem.

Fehler in der Rattenbekämpfung vermeiden

Speziell durch den rigorosen Wegfall von Schädlingsbekämpfungsmitteln durch die Zulassungsverfahren der EU, werden traditionellere, aber auch innovativere oder alternative Bekämpfungsmethoden wieder wichtiger. Ebenso essentiell ist es, über die befallenden Schädlingsarten Bescheid zu wissen. Im Rattenkampf können viele Fehler gemacht werden. Die meisten könnte man einfach vermeiden: fahrlässiges Heranzüchten von Resistenzen (wenn einzelne Wirkstoffe einfach nicht mehr wirken, weil zu wenig Köder ausgebracht wurden –

Ratten zu „füttern“ und langsam zu immunisieren ist oft sehr gefährlich), mangelhafte Köderannahme durch falsche Beködierung (der Köder ist nicht auf den Ausbringungsort und die örtlichen Begebenheiten abgestimmt und wird nicht angenommen), Köderscheu (durch

Es ist sinnvoll, die Bürger darauf hinzuweisen, dass Kontrollen durchgeführt werden können.

falsche und nicht mehr zeitgemäße Sofortköder, die noch immer verkauft werden, aber nur kurzfristige Erfolge möglich machen) oder falsch platzierte Köder! Es kommt auch immer wieder vor, dass das Bekämpfungsgebiet zu eng gehalten wird und somit nur die Symptomatik bekämpft wird, aber nicht das Grundübel!

Das Projekt „Rattenbekämpfung“ sollte gemeinsam mit einem fachlich gutem Schädlings-

bekämpfer durchgeführt werden: Auswerten von bisheriger Befallssituation, Begehung des Gemeindegebiets mit Analyse der potenziellen Gefahrenstellen, Begutachtung der Kanalisation und der dort möglichen Bekämpfungsmaßnahmen und schließlich – dort wo es noch nicht vorgeschrieben ist – die Konzeption eines Nachschau-Planes für das gesamte Gemeindegebiet.

In Gemeinden ist es sinnvoll, die Bürger über das Konzept zu informieren und darauf hinzuweisen, dass Kontrollen in den Häusern durchgeführt werden können und dürfen! Erst wenn diese Hausaufgaben erledigt sind, kann durch eine gezielte Ausschreibung dann der beste Anbieter ermittelt werden. Dadurch ist außerdem auch nicht zwangsläufig festgelegt, dass die Kosten insgesamt steigen müssen! Beratung, die in den meisten Fällen gerne angeboten wird, zahlt sich immer aus! Qualitätssteigerungen sind garantiert, Effizienzsteigerungen und manchmal auch Kosteneinsparungen sind gut möglich. Besonders die Erfahrung kann sich im Rattenkampf oft bezahlt machen!



Foto: Rike / pixelio.de

Es kommt immer wieder vor, dass das Bekämpfungsgebiet zu eng gehalten wird und nur die Symptomatik bekämpft wird, aber nicht das Grundübel!

Richtigstellung: „Schädlingsbekämpfung“ aus KOMMUNAL 1/2012

In KOMMUNAL 1/2012 war die Formulierung der Passage „die Schädlingsbekämpfung durch Gemeinden ... bis mit der Bekämpfung der Ratten ist ein befugter Schädlingsbekämpfer zu betrauen“ nicht ganz korrekt. Richtig müsste es heißen: „Gem. § 33 Abs. 1 NÖ GO 1973, LGBl. 1000-16, hat der Gemeinderat das Recht, in den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches, nach freier Selbstbestimmung zur Abwehr unmittelbar zu erwartender oder zur Beseitigung bestehender das örtliche Gemeinschaftsleben störender Missstände, ortspolizeiliche Verordnungen zu erlassen, sowie deren Nichtbeachtung als Verwaltungsübertretung zu erklären. Derartige Verordnungen dürfen nicht gegen bestehende Gesetze oder Verordnungen des Landes oder Bundes verstoßen.“

Ratten stellen in einer Gemeinde wohl einen Missstand im Sinne des § 33 Abs. 1 NÖ GO 1973 dar und sind die Gemeinden, da deren Bekämpfung weder durch Bundesgesetz noch durch Landesgesetz geregelt ist, sohin ermächtigt, deren Bekämpfung durch Verordnung zu regeln.“

Rattenbekämpfungsverordnung der Gemeinde ...

§ 1 – Anwendungsbereich

(1) Zur Verhütung der Verbreitung übertragender Krankheiten durch das Überhandnehmen von Ratten sind Ratten im Gemeindegebiet planmäßig zu bekämpfen.
(2) Die Bekämpfung hat auf jedem Grundstück zu erfolgen, auf denen Rattenbefall festgestellt wurde oder wegen der Reinlichkeitsverhältnisse, des

Zustandes der Baulichkeit oder der Lage der Grundstücke die Gefahr eines Rattenbefalls anzunehmen ist.
(3) Die zur Rattenvertilgung erforderlichen Maßnahmen können zur Sicherung des Erfolges auch auf die von der Rattenplage nicht befallenen Häuser oder Grundstücke erstreckt werden.

§ 2 – Feststellung des Rattenbefalls

(1) Zur Feststellung, ob ein Rattenbefall vorliegt, haben Gemeindeorgane oder von diesen betrauten Personen auf bebauten Grundstücken einschließlich der Hauskanäle, Senkgruben, unterirdischen Gängen, Gewölbe, sonstigen Anlagen und Einrichtungen sowie der Gärten, Uferböschungen, Gräben und Dämme periodisch, jedenfalls aber einmal pro Jahr, Nach-

schau zu halten.
(2) Jeder Eigentümer ..., der vom Auftreten von Ratten aus eigener Wahrnehmung Kenntnis erlangt, hat davon unverzüglich dem Bürgermeister Mitteilung zu machen.

§ 3 – Betrauung der Schädlingsbekämpfer

(1) Wird das Auftreten von Ratten festgestellt, so hat der Bürgermeister unverzüglich die Rattenbekämpfung zu veranlassen.

(2) Mit der Bekämpfung der Ratten ist ein befugter Schädlingsbekämpfer zu betrauen.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass weitere Bestimmungen möglich sind.

Hofrat i. R. Dr. Roman Häußl,
ehem. Vorsitzender des
Rechtsausschusses des Österreichischen Gemeindebundes

Bad Hofgastein ist mit Container-Raumsystem von Containex sehr zufrieden

Generalsanierung: Wohin mit den Schulklassen?

Der Gemeinderat von Bad Hofgastein beschließt, das mittlerweile in die Jahre gekommene Volksschulgebäude einer Generalsanierung zu unterziehen. Die Sommerferien reichen für die umfangreichen Arbeiten nicht aus, also muss eine Lösung für den Schulbetrieb in einem „Schulprovisorium“ gefunden werden. Da in der Gemeinde kein Ersatzgebäude zur Verfügung steht, laden Gemeinderat Siegfried Pichler und Amtsleiter Wolfgang Schnöll einige Anbieter mobiler Raumlösungen zu Gesprächen ein. Nach eingehender Prüfung entscheidet sich die Gemeinde schließlich für die Anmietung eines Raumsystems aus Container-Modu-



Lehrer und Schüler fühlen sich im Container pudelwohl.

len. Den Zuschlag erhielt Containex, die eine hohe Fachkompetenz zeigte. Containex musste die Produktion, Lieferung und Montage bis zum Übersiedlungstermin in nur neun Wochen bewerkstelligen. Aus insgesamt 132 Container-Raummodulen entstan-

den 17 Klassenzimmer, ein Konferenzraum, die Direktion, Garderoben, Sanitärräume und Gänge. „Seit dem 20. April sind Schüler, Lehrer und Direktoren von ihrem ‚Containerdorf‘ hellauf begeistert. Sie wollen schon gar nicht mehr in den Neubau übersiedeln“, schmunzelt Amtsleiter Schnöll: „Wir sind als Auftraggeber von der

Raumlösung der Firma Containex sowie von der Zusammenarbeit ebenso begeistert und können diese bedenkenlos weiterempfehlen!“ Ein Anruf bei Direktor Walter Wihart im Februar bestätigt, dass der Gemeinderat die richtige Wahl getroffen hat: „Selbst die große Kältewelle hat unsere provisorische Schule bravurös gemeistert“, freut sich Direktor Wihart.

Information

CONTAINEX
IZ NOE-Sued, Straße 14
2355 Wiener Neudorf,
Tel.: +43 2236 601
E-Mail: ctx@containex.com
www.containex.com/

„Urban mining“ – Städte als Lagerstätten nutzen

Ressourcenschonender Einsatz mineralischer Rohstoffe

Die EU-Kommission hat Ressourcenschonung als eine von sieben Leitinitiativen innerhalb der Strategie Europa 2020 dargestellt. Uns allen ist klar, dass der sparsame und effiziente Umgang mit natürlichen Ressourcen für eine nachhaltige Entwicklung zwingend notwendig ist. Wie sieht es jedoch bei mineralischen Rohstoffen in Österreich aus und wie bekommen wir die zunehmenden Nutzungskonflikte in den Griff?

Lange Zeit wurde die stetig wachsende Nachfrage nach mineralischen Rohstoffen als unproblematisch angesehen, weil diese überall verfügbar schienen. Diese Sicht hat sich in den letzten Jahren jedoch massiv geändert. Mineralische Rohstoffe stehen aus geologischer Sicht zwar reichlich zur Verfügung, der Zugang zu ihnen wird jedoch durch die Raumnutzung immer schwieriger.

Rohstoffe vorhanden, jedoch eingeschränkte Gewinnungsmöglichkeit

Betrachten wir das geologische Potential an Sand, Kies und Schotter, das in Österreich vorhanden ist, dann ist dieses groß. Die Gewinnung wird je-



Städte sind wahre „Lagerstätten“ mineralischer Rohstoffe.

doch auf vielen Flächen auf Grund von Nutzungskonflikten (Grundwasserschutz, Siedlungsflächen) massiv erschwert, wodurch oft ein sehr geringes, tatsächlich nutzbares Potential übrig bleibt.

Nachfrage entscheidet über Materialverbrauch

Für eine Reduktion des Materialverbrauchs an mineralischen Rohstoffen ist eine Veränderung der Nachfrage entscheidend. Steigende gesellschaftliche Mobilität und Bevölkerungswachstum führen zum Ausbau von In-

frastruktur und Wohnungen. Massive Baustoffe wie Sand, Kies und Naturstein sind für den Wohlstand unverzichtbar, um auch die bereits gebaute Infrastruktur zu erhalten.

„Urban mining“ - Städte als Lagerstätten nutzen

Aus der Frage, wie könnte eine Wirtschaft aussehen, die nicht auf einen steigenden Ressourcenverbrauch angewiesen ist, ergeben sich große Herausforderungen, die aber enorme Chancen bedeuten können. „Urban mining“ – quasi „Städte als Lagerstätten“ – kann einen wichtigen Faktor in der zukünftigen Entwicklung der Entnahme an nichtmetallischen Baurohstoffen darstellen.

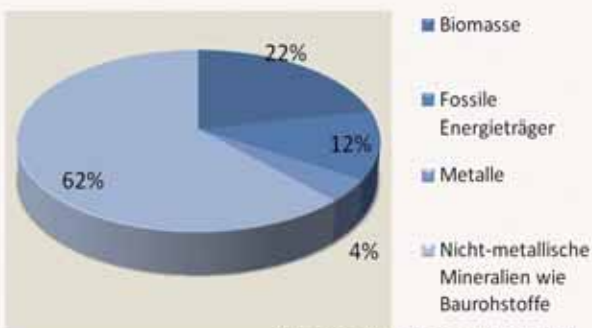
Neben der absoluten Reduktion an der Verwendung von mineralischen Rohstoffen kann auch die Wiederverwertung von Baumaterialien eine Entlastung für die natürlichen Ressourcen bringen. Es liegen eine Vielzahl an Aufgaben vor uns: Einerseits unseren Ressourcenverbrauch zu reduzieren, den Wohlstand zu erhalten, die Nachfrage zu leistbaren Preisen zu befriedigen und die Natur durch kurze Transportwege zu schonen. Dafür ist es unabdingbar, dass die Gewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit mineralischen Rohstoffen ein regionales Thema bleibt.

Information

Forum mineralische Rohstoffe
Mag. iur. Robert Wasserbacher
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
Tel.: 05 90 900 3534
E-Mail: steine@wko.at
Web: www.ForumRohstoffe.at

Ressourcenverbrauch in der wirtschaftlichen Produktion und im Konsum in Österreich

197 Mio. Tonnen jährlich



Quelle: Ressourceneffizienzaktionsplan 2012

TerraWay ist hart, tragfähig, sieht gut aus und löst Belagsproblem in Mödling

Hauptstraßen-Umbau wirbelte viel Staub auf

Ursprünglich war die Neugestaltung des 660 Meter langen Fußgängerstreifens entlang der Mödlinger Hauptstraße mit einer wasser- gebundenen Decke geplant. Doch bereits nach kurzer Zeit stand fest, dass diese geplante Decke einige Nachteile mit sich bringen würde. „Insbesondere die Staubentwicklung störte die Geschäftsleute und Anrainer unserer Hauptstraße sehr“, berichtet DI Roland Geiwitsch, Bauamtsleiter-Stellvertreter der Stadtgemeinde Mödling.

Nicht zuletzt aufgrund der nicht ausreichenden Härte des Belags sowie der vielen losen Steinchen wurde nach Alternativen zur wasserge-



In Mödling ist man mit der Qualität von TerraWay zufrieden.

bundenen Decke gesucht. Gefunden wurde im gemeinsamen Gespräch mit dem Architekten und dem Stadtgartenamtsleiter

schließlich TerraWay. TerraWay ist ein harter und tragfähiger Bodenbelag, der neben Wasser und Schall auch Staub „schluckt“, gut aussieht und ein angenehmes Gehgefühl erzeugt. Eine Fläche mit rund 250 Metern Länge wurde im Sommer 2011 mit TerraWay belegt und aufgrund der großen Zufriedenheit sollen weitere 350 Meter des Fußgängerstreifens an der Mödlinger Hauptstraße heuer folgen.

Staubfrei und optisch ansprechend

„Anrainer und Geschäftsleute waren von dem neuen Belag sofort begeistert. Staubentwicklung gibt es

praktisch keine mehr, der Bereich ist optisch ansprechend und aufgrund der Wasserdurchlässigkeit können im TerraWay-Streifen sogar Bäume gepflanzt werden. Gründe genug, um auch für den zweiten Teil der Umbauarbeiten TerraWay zu verwenden“, erklärt DI Geiwitsch.

Information

TerraWay-Österreich
Steinbauer Development
GmbH.
Favoritenstraße 50
1040 Wien
Tel.: 01/5058011
E-Mail: office@terraaway.at
www.terraaway.at

E.E.

Mit TerraWay liegen Sie auch ökologisch richtig.

So fest wie Beton, so wasser- und luftdurchlässig wie Gras – TerraWay ist ein durch und durch umweltfreundlicher Bodenbelag aus Edelsplitten und Kiesen. Das Geheimnis seiner Durchlässigkeit liegt in einem speziellen Binder mit dem die Belagsmaterialien verklebt werden. So entstehen angenehm zu begehende, belastbare, schall- und feinstaubschluckende, abriebfeste, langlebige, in vielen Farben und Formen gestaltbare Wege, Plätze und Flächen.



Weitere Informationen, Referenzprojekte und alle TerraWay-Partner in Österreich unter: www.terraaway.at

„Turbolader der Baugiganten“ von 21. bis 24. März im Wirtschaftspark Enns/Hafen

MAWEV-Show 2012: Bagger & Co selbst testen

Die MAWEV-Show, von 21. bis 24. März 2012, wird von vielen Branchenkennern als „Turbolader der Baugiganten“ bezeichnet. Mehr als 250 Top-Aussteller aus zehn Nationen präsentieren 1000 modernste Baumaschinen und Baufahrzeuge nationaler und internationaler Hersteller, die für die



Foto: Messe Graz

Die MAWEV-Show ist ein Event der Superlative.

Fachbesucher großteils auch zum Ausprobieren bereit stehen. In Szene geht das Baumaschinen-Event der Sonderklasse im Wirtschaftspark Enns/Hafen im Zentrum Österreichs.

Enorme Nachfrage

Die MAWEV-Show wird alle drei Jahre vom Verband Österreichischer Baumaschinenhändler ausgerichtet und beeindruckt damit, dass viele mächtige Maschinen im realistischen Einsatz gezeigt werden. Ausstellerseitig ist die MAWEV-Show 2012 so gut wie ausverkauft. Im Jänner waren bereits 98 Prozent der Ausstellungsfläche gebucht. Das Freigelände ist bereits voll-

ständig verplant, in der mobilen Halle gibt es noch Restplätze.

Baumaschinen-Event der Superlative

Auf der MAWEV-Show 2012 können sich die Fachbesucher bei freiem Eintritt einen Überblick über die neuesten Entwicklungen am Markt verschaffen. Das Besondere ist, dass die Geräte gleich ausprobiert werden können. Mehr als 100.000 m² reine Ausstellungsfläche und eine mobile Halle mit knapp 7000 m² stehen für die mächtigen Baumaschinen bereit. Im 600 m² Gastro-Bereich werden die Besucher kulinarisch verwöhnt. Die Anreise erfolgt bequem durch die eigene



Foto: Volvo

Ein „Baugigant“ im Einsatz.

Autobahnanbindung, ausreichend Parkplätze und über einen kostenlosen Shuttle-Service.

Information

www.mawev-show.at

E.E.

FÜR ECHE PROFIS.



messe  graz

MAWEV- Show 2012

Mi, 21. – Sa, 24. März 2012

Wirtschaftspark Enns / Hafen 00



**Kostenloser
Shuttle-Bus
Service für
Besucher**

LED-Straßenbeleuchtung von HELLA als Problemlösung für Gemeinden und Industrie

Licht für die Straße – seit über 100 Jahren

Die Firma HELLA ist weltweit anerkannter Partner der Automobilindustrie. Die Innovations-Kompetenz für die Bereiche Beleuchtung, Elektrik, Elektronik und Thermomanagement sowie die partnerschaftliche Kundenorientierung machen HELLA zum global gefragten Partner. Nun wird die hohe Kompetenz aus dem automobilen Bereich auch in anderen Projekten eingesetzt. Dabei wird die jahrelange Erfahrung bei Licht und Elektronik sowie die Technologie bei LED-Scheinwerfern genutzt.

Eco StreetLine für Gemeinden und Industrie

Das von HELLA neu entwickelte LED-Straßenbeleuchtungssystem



Eco StreetLine ist flexibel, einfach in der Wartung und umweltfreundlich wegen des geringen Stromverbrauchs.

Eco StreetLine überzeugt durch wenig Lichtmog, einfache Wartung, modularen Aufbau und geringeren Stromverbrauch. Die flexible Lichtausrüstung ermöglicht außerdem eine gezielte und effiziente Ausleuchtung von Straßen,

Parkplätzen, Kreuzungsbereichen, Parks und anderen Orten. Mit einer Lebensdauer von etwa zwölf Jahren sind die LED-Module in der Eco StreetLine so ausgelegt, dass sie kaum gewartet bzw. ausgetauscht werden

müssen und sich somit die Betriebskosten signifikant senken lassen.

Nicht zu vergessen natürlich das Thema Umwelt. Die EU verlangt immer mehr umweltfreundliche Projekte. LED ist die Beleuchtung der Zukunft. Sicherheit und Umwelt sind Schlagzeilen, die Sie bei neuen Projekten nutzen können.

Information

Ansprechpartner im Außendienst:
Alfred Barwitzius
Tel.: **0043 664 545 04 77**
Mail: alfred.barwitzius@hella.com
www.hella.com/ecostreetline

E.F.

CONTAINEX - der führende Anbieter für mobile Kindergärten und Schulen!



CONTAINEX - ein Unternehmen der LKW WALTER-Gruppe, ist der führende Anbieter für Container und mobile Raumsysteme.

Das Produktprogramm umfasst:

- Bürocontainer
- Sanitärcontainer
- Lagercontainer

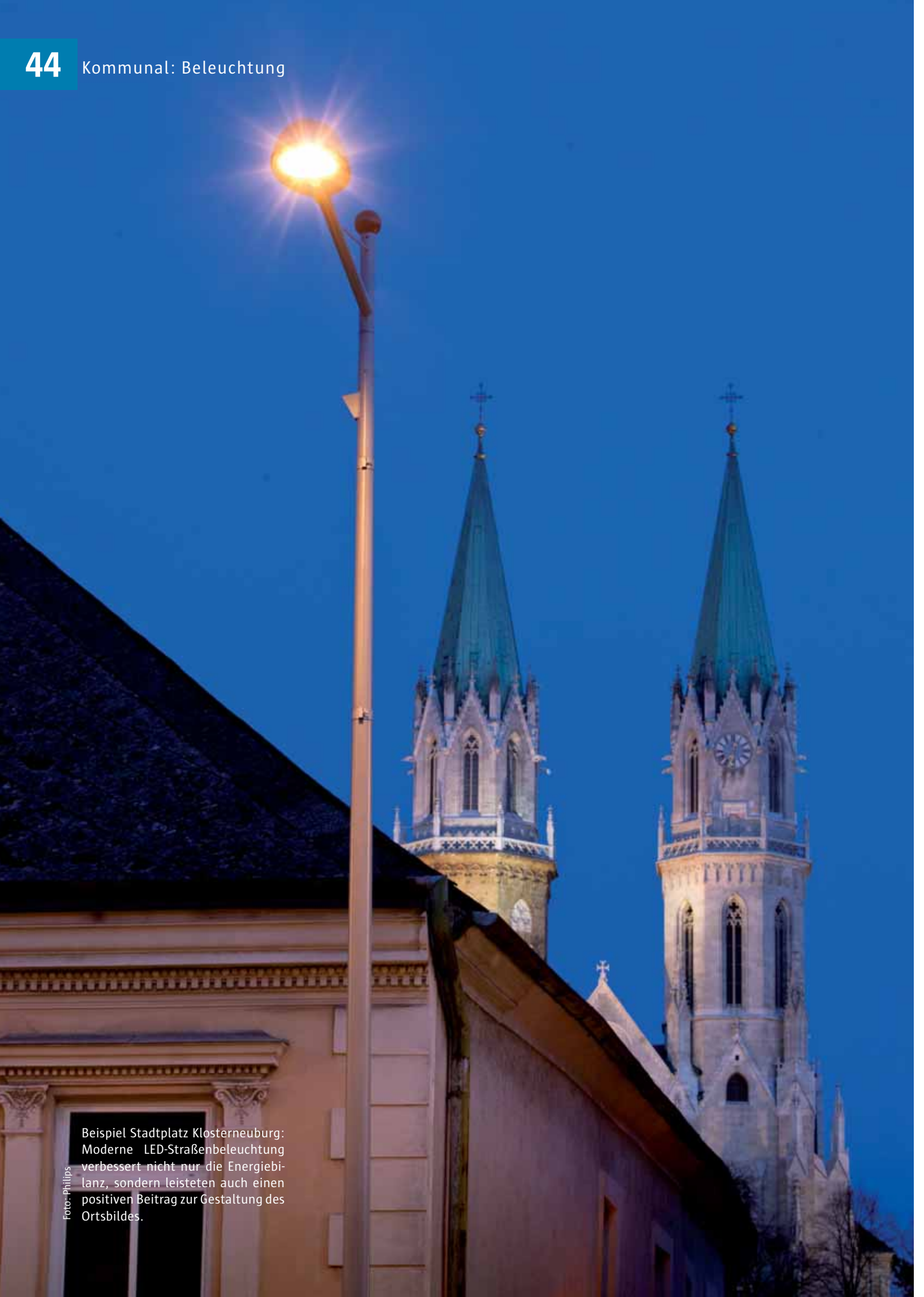
Kauf - Miete - Leasing

Ihre Vorteile:

- flexible Raumlösungen
- attraktives Preis-Leistungsverhältnis
- Beratung vor Ort



AT-2355 Wiener Neudorf, IZ-NÖ-Süd, Straße 14
Tel.: +43 2236 601, E-Mail: ctx@containex.com
www.containex.com



Beispiel Stadtplatz Klosterneuburg:
Moderne LED-Straßenbeleuchtung
verbessert nicht nur die Energiebilanz,
sondern leisteten auch einen
positiven Beitrag zur Gestaltung des
Ortsbildes.

LED hält Einzug in die kommunale Innen- und Außenbeleuchtung und überzeugt mit Energieeffizienz und angenehmer Lichtqualität

Technologietrends in der kommunalen Beleuchtung

Ein Lokalausweis in den österreichischen Gemeinden zeigt, dass es bei der kommunalen Beleuchtung einige Vorreiter mit energieeffizienter LED-Straßenbeleuchtung gibt, aber auch noch viele Straßenzüge mit veralteten Quecksilber-Hochdrucklampen beleuchtet werden. Eine Bestandsaufnahme in KOMMUNAL.

Manfred Müller

Dieser Eindruck kann auch mit Zahlen belegt werden, wonach rund zwei Drittel der kommunalen Beleuchtung bereits veraltet sind und nur ein Drittel einigermaßen den heutigen technologischen Standards entspricht. Jetzt erzeugen einerseits die rechtlichen Rahmenbedingungen aufgrund der ErP-Richtlinie (Energy related Products, vormals EuP-Richtlinie) Handlungsbedarf in den Gemeinden, die Beleuchtung zu erneuern, andererseits kommen laufend neue viel energieeffizientere Produkte auf den Markt. Besonders Augenmerk liegt hier auf der LED-Technologie, die vielseitig einsetzbar ein neues Lichtzeitalter einläutet.

Mit LED sind neue Lichtkonzepte am Vormarsch

Die Möglichkeiten sparsamer und effizienter kommunaler Beleuchtung sind aufgrund zahlreicher Innovationen in den letzten Jahren immer vielfältiger geworden. Die technologische Entwicklung der LEDs kann jedoch als Quantensprung für die gesamte Lichtbranche bezeichnet werden, denn sie setzte in der Gestaltungskraft von Licht neue Maßstäbe. Die kompakten, effizienten und problemlos steuerbaren Leuchtdi-



Fotoc: Zumtobel

Am Beispiel der Volksschule Mellau zeigt sich auch: Innovative und effiziente Lichtkonzepte für Schulen schaffen durch den richtigen Einsatz der Lichtquellen eine angenehme Lernatmosphäre für die Kinder.

oden überzeugen durch ihre lange Lebensdauer, extrem niedrigen Wartungskosten, geringer Energieverbrauch bei mehr Lichtleistung und vielfältigen Einsatzmöglichkeiten. Ob für eine medial bespielte Fassadenbeleuchtung, eine die Exponate schonende Museumsbeleuchtung, eine tageslichtabhängige Bürobeleuchtung oder eine inszenierende Shopbeleuchtung – LED-Lichtlösungen sind weiterhin stark am Vormarsch.

Der technologische Trend macht auch in der kommunalen Beleuchtung nicht Halt. Die Best-Practice-Beispiele der Roadshow „Neue kommunalen Beleuch-

tung 2011“ zeigten, dass sich immer mehr Gemeinden für eine LED-Beleuchtung sowohl für die Innen- als auch Außenbeleuchtung entscheiden. Neben dem zweifachen Einsparungspotenzial der Kosten und der Energie überzeugen vor allem durchdachte Lichtkonzepte. Denn Licht beleuchtet nicht nur, sondern belebt, inszeniert, strukturiert Räume und gibt Sicherheit.

Best-Practice-Beispiele

In der Innenbeleuchtung setzt die LED in Kombination mit innovativem Lichtmanagement, wie tageslichtabhängiger Lichtsteuerung und Bewegungssensoren, neue Maßstäbe und sorgt zusätzlich für eine angenehme Atmosphäre in den Räumen. Spezielle Lichtkonzepte für Schulen können beispielsweise mit dem richtigen Einsatz der Lichtquellen nicht nur mehr Effizienz bringen, sondern auch eine spürbar freundlichere und angenehmere Lernatmosphäre für die Kinder schaffen. Das Best-Practice-Beispiel des TGM Wien zeigte, dass der Einsatz des tageslichtabhängigen und bewegungserfassenden Lichtmanagements zusätzlich eine Energieeinsparung von über 70 Prozent bringt.

In der kommunalen Außenbeleuchtung bietet der Einsatz von LED-Lampen verschiedenste Vorteile: beispielsweise kleinere Bauformen, Bruch- und Vibrationsfestigkeit, keine UV/IR-Strahlung, beliebig oft und schnell dimm- und schaltbar und gerichtetes Licht. Die LED-Leuchten erweitern hier das Portfolio neben den Gasentladungslampen und unterstreichen die Trends in der

Straßenbeleuchtung: Energieeffizienz, weißes Licht, gute Lichtlenkung, Blendungsfreiheit, wenig wartungsintensiv bei Reinigung und Lebensdauer, intelligente Steuerung, modernes Design und an die Bedürfnisse angepasste Beleuchtung.

Massive Einsparungen erfolgen nicht über den Tausch einzelner Elemente oder den günstigen Anschaffungspreis, sondern über einen effizienten Betrieb der gesamten Anlage.

Im Best-Practice-Beispiel der Stadt Klosterneuburg entschied man sich bei der Sanierung des Stadtplatzes für den Einsatz von LED. Als Schutzmaßnahme wurde der komplette Weg erstmalig mit energiesparenden LED ausgeleuchtet und historische Gebäude entsprechend in Szene gesetzt. Trotz sichtbar besserer Ausleuchtung mittels innovativer Lichtsteuerung konnte eine Energieeinsparung von bis zu 44 Prozent erreicht werden.

Der Weg zum neuen (LED) Licht: Tipps vom Experten

Anhand von diversen Best-Practice-Beispielen konnte im Rahmen der Roadshow „Neue kommunale Beleuchtung 2011“ gezeigt werden, dass der Technologietausch ein durchschnittliches Einsparungspotenzial von 50% Energie und 30% Kosten mit sich bringt. Dabei wurde klar herausgestrichen, dass die Betrachtung der Einsparungen und Kosten über den Produktlebenszyklus relevant ist, denn 90% der Energie werden in der Betriebsphase verbraucht. Vor allem moderne Lichtkonzepte in der Innenbeleuchtung mit Lichtmanagement sparen Energie und Kosten ohne Komfortverlust. Der Weg zu neuer kommunaler Beleuchtung sollte über einen Licht-Masterplan führen. Energieberatungen in den Bundesländern unterstützen die Gemeinden mit kostenlosen Erstberatungen: Denn richtiger und sinnvoller Technologietausch bedeutet nicht nur einzelne Lichtpunkte in bestehenden Anlagen zu tauschen, sondern den gesamten Bestand



Dr. Manfred Müller ist Geschäftsführer-Stv. des FEEI – Fachverband Elektro-Elektronikindustrie; www.feei.at

der Anlage unter die Lupe zu nehmen. Licht-Experten erarbeiten dann im nächsten Schritt einen individuellen Licht-Masterplan.

An dieser Stelle auch ein Appell an die Politik, dass genaue Bestandsaufnahmen von Lichtanlagen etwa vom Klima- und Ener-

giefonds gefördert werden sollten. Denn die massiven Einsparungen erfolgen nicht über den Tausch einzelner Elemente oder den günstigen Anschaffungspreis, sondern über einen effizienten Betrieb der gesamten Anlage.

Fact-Box

LED: „Licht emittierende Diode“

Der Begriff LED steht für Licht emittierende Diode und es handelt sich um ein elektronisches Bauelement. LEDs sind die modernste Form der Lichterzeugung und bedienen sich eines elektrischen Effektes: Führt man einer LED Strom zu, wird ein Elektronenübergang ausgelöst, der Licht abstrahlt. LEDs haben viele Vorzüge und bieten ein breites Anwendungsspektrum: kleine Bauformen, Bruch- und Vibrationsfestigkeit, beliebig oft und schnell dimm- und schaltbar, verschiedene Lichtfarben, keine UV- und Infrarot-Strahlung, gerichtetes Licht und hohe Energieeffizienz.

- ▶ Die **Effizienz** wird in Lumen pro Watt (lm/W) angegeben. Sie bezeichnet das Verhältnis von Leuchtenlichtstrom zur zugeführten Leistung. Aufgrund der präzisen Lichtlenkung der LEDs werden die Lumenpakete besonders effizient eingesetzt. Mit LED sind Energieeinsparungen von bis zu 80 Prozent möglich.
- ▶ Lange **Lebensdauer**: LEDs leuchten bis zu 50.000 Stunden. Anders als andere Leuchtmittel fallen sie nicht plötzlich aus, sondern ihre Licht-

ausbeute wird nach und nach schwächer.

- ▶ Sehr gute **Farbwiedergabeeigenschaften**: Wie gut die Farben der angeleuchteten Gegenstände wiedergegeben werden, drückt der Farbwiedergabeindex aus. Er wird in Ra angegeben und je niedriger der Wert, desto schlechter ist die Farbwiedergabe. Für den Außenbereich sollten es 60–80 Ra, für Büros und Innenräume 80–90 Ra, für Arbeitsplätze, bei denen Farbe eine große Rolle spielt, 90–100 Ra sein. LEDs erreichen bis zu 90 Ra und sind für fast jeden Einsatzbereich bestens geeignet.
- ▶ Hohe **Kompatibilität**: Als elektronisches Bauteil eignen sie sich ausgezeichnet für die Verwendung mit Lichtanlagen und Steuerelementen.
- ▶ **Biologisch wirksames Licht**:

Mit LEDs kann man künstliches Licht im Innenbereich dem natürlichen Tageslicht anpassen und profitiert so von den positiven Auswirkungen auf Körper und Seele. Entsprechend dem Biorhythmus können z. B. Farbtemperatur und Lichtstärke individuell geregelt werden.



Solarleuchten in der Gemeinde Trebesing

„Solar“ mit ecoliGhts

Explodierende Energiekosten, Klimawandel, CO₂-Einsparungen: bei der Erneuerung bzw. Erweiterung der Ortsbeleuchtung standen die Gemeindeverantwortlichen von Trebesing vor einer schwierigen Aufgabe, galt es doch, eine umweltfreundliche wie kostensparende Lösung zu finden.

Kosteneinsparung von 46 Prozent

Nach Prüfung mehrerer Varianten überzeugte die Bevölkerung schließlich die zu Testzwecken installierte Solarleuchte KION



Bgm. Johann Oberlerchner und Christian Brugger von der Solitech GmbH, dem ecoliGhts-Partner vor Ort.

gende Energiekosten noch nicht berücksichtigt sind. Der regionale ecoliGhts-Partner Solitech nahm in Folge die erfolgreiche Umstellung auf die Solarbeleuchtung in Trebesing vor. Nachdem sich die solare Beleuchtung bestens etabliert hat, wurde 2011 eine Ausweitung beschlossen, da Solarleuchten vor allem für die Beleuchtung neuer Ortsteile optimal sind. Zuletzt konnten zehn weitere ecoliGhts-Leuchten des Typs KION und ECOSTAR erfolgreich installiert werden. Bürgermeister Johann Oberlerchner ist stolz darauf, in seiner Gemeinde ein Musterbeispiel für eine klimafreundliche und kostensparende Straßenbeleuchtung realisiert zu haben und plant bereits die solare Beleuchtung weiterer Ortsteile.

Information

ecoliGhts SOLARE BELEUCHTUNG GmbH
Hopfgarten 18, 8741
Weißkirchen
Tel.: +43-3577-82330
E-Mail: info@ecoliGhts.at
www.ecolights.at

E.E.



Für die Beleuchtung neuer Ortsteile ist Solarbeleuchtung optimal, da keine teuren Verkabelungsarbeiten anfallen.

der steirischen Firma ecoliGhts mit ihrer ausgezeichneten Leuchtkraft. Auch die Kostenrechnung sprach für die Solarbeleuchtung: Bei einer Betriebsdauer von 30 Jahren erzielt die Gemeinde eine Kosteneinsparung von 46 Prozent, wobei zukünftig stei-

Museum Brandhorst,
München



FAAC Poller im Einklang mit Kunst & Architektur.



Ausschreibungstexte zum Download finden Sie auf www.faac.at. Technische Informationen erhalten Sie gerne unter +43/662/85 33 95-0.

Poller . Schranken . Funk . Zubehör
FAAC GmbH Deutschland und Österreich



Alles aus einer Hand!

www.kommunalbedarf.at



www.kommunalbedarf.at

Der Onlineshop des
Österreichischen Kommunalverlags

CEP® CLEAN ENERGY & PASSIVEHOUSE 2012 informiert

Die Kommune der Zukunft



Drei Tage stehen auf CEP® CLEAN ENERGY & PASSIVEHOUSE im Zeichen des Klimaschutzes und der kommunalen Energie. Das Motto des Kongresses lautet: „Wege zur klimaneutralen Kommune“. Weil Gemeinden wichtige Akteure im Klimaschutz sind, haben Sie die Möglichkeit, sich auf zahlreichen Veranstaltungen über erneuerbare Energien zu informieren.

Kommunen sind wichtige Akteure im Klimaschutz. Über das gesamte Themenspektrum der erneuerbaren Energien und ihrer Einsatzmöglichkeiten im kom-

munalen Bereich informiert die CEP® CLEAN ENERGY & PASSIVEHOUSE vom 29. bis 31. März 2012 in der Landesmesse Stuttgart.

Am 30. März 2012 findet auf der CEP® CLEAN ENERGY & PASSIVEHOUSE der Kongress „Wege zur klimaneutralen Kommune“ statt.

munalen Bereich informiert die CEP® CLEAN ENERGY & PASSIVEHOUSE vom 29. bis 31. März 2012 in der Landesmesse Stuttgart.

Am 30. März 2012 findet der Kongress „Wege zur klimaneutralen Kommune“ statt. Umweltminister Franz Untersteller wird die Begrüßung des Kongresses übernehmen. Der CEP® Kongress „Große solarthermische Anlagen für Mehrfamilienhäuser und Kom-

munen“ findet am 29. März 2012 statt. Die Veranstaltung informiert über großen Solaranlagen, mit denen im kommunalen Bereich niedrige Kosten bei hohen solaren Deckungsanteilen erzielt werden können. Der „1. Deutsche Contracting Tag“ bietet am 29. März im Rahmen der „Conference ExPosition“ bei der CEP® in Stuttgart ein Forum für Contractoren und Contractingnehmer aus ganz Deutschland.

Information

Öffnungszeiten:
29. bis 31. März
 Do. und Fr. 9.00 – 18.00 Uhr,
 Sa. 9.00 – 17.00 Uhr.
 Web: www.cep-expo.de

E.E.

Energie und Kosten sparen mit LED - Straßenleuchten aus Südtirol



Urbis GmbH

Dantestr. 21
 I - 39031 Bruneck
www.urbis-design.it
info@urbis-design.it
 tel-fax +39-0474-411196





Ein Wunschtraum wird Wirklichkeit

Gemeinsamer Lebensraum Straße

Kann es eine Straße geben, die den Menschen Lebensraum schenkt statt nimmt? KfV-Experten sagen „Ja“ und zeigen Gemeinden, wie die Vision leicht in die Praxis umgesetzt werden kann.

Ein sehr ausgereiftes Modell des gemeinsamen Lebens- und Bewegungsraums Straße ist jenes der „Begegnungszone“ und kommt aus der Schweiz. Es handelt sich dabei um ein konkretes, rechtlich geregeltes und direkt umsetzbares Konzept zur innerörtlichen Straßenraumgestaltung.

Foto: iStock

Viele Gemeinden sehen sich heute mit einem hohen Verkehrsaufkommen, steigendem Radverkehr und fordernden Unternehmen konfrontiert. Durch Überregulierungen haben Stadtzentren an Lebensqualität eingebüßt und den Bürger zunehmend aus dem öffentlichen Raum verdrängt. Wie kann diesen Entwicklungen entgegenwirken und das „Miteinander“ wieder gefördert werden? Eine innovative Lösung ist die Gemeinschaftsstraße. Eine Verkehrsfläche frei nach dem Motto „Eine für alle“ soll den verkehrsdominierten öffentlichen Raum

beruhigen und wieder lebenswerter machen. Konzepte, die diesem Vorsatz folgen, sind unter anderem Shared Space, Fairteilen und die Begegnungszone.

Die Schweiz macht es vor

Ein sehr ausgereiftes Modell des gemeinsamen Lebens- und Bewegungsraums Straße ist jenes der „Begegnungszone“ und kommt aus der Schweiz. Es handelt sich dabei um ein konkretes, rechtlich geregeltes und direkt umsetzbares Konzept zur innerörtlichen Straßenraumge-



STANGL KOMMUNALTECHNIK



MULTICAR FUMO
Geräteträger für 365 Tage im Jahr

- KEHREN
- MÄHEN
- GIESSEN UND BEWÄSSERN
- KANALSCHACHT-REINIGEN
- TRANSPORT MIT HAKENLIFT
- WINTERDIENST

und noch mehr...

Stangl Reinigungstechnik GmbH.
5204 Straßwalchen
2334 Vösendorf • 8772 Traboch
Tel. 06215/8900-0
info@kommunalmaschinen.at
www.kommunalmaschinen.at

staltung. Das Grundprinzip dabei: eine gemeinsame Fläche, die von allen Verkehrsteilnehmern gleichermaßen genutzt wird und auf verkehrstechnische Regelungen weitgehend verzichtet. Auch die besonderen Bedürfnisse sehenschwacher und blinder Personen, die auf kontrastreiche und taktil erfassbare

Das Grundprinzip bei den Schweizer Begegnungszonen: eine gemeinsame Fläche, die von allen Verkehrsteilnehmern gleichermaßen genutzt wird und auf verkehrstechnische Regelungen weitgehend verzichtet.

Verkehrsraumgestaltung angewiesen sind, werden in den Planungsprozess von Begegnungszonen eingebunden.

Die Begegnungszone in Österreich

Eine starke Bewegung für die Umsetzung der Begegnungszone hat jetzt auch Österreich erreicht. In der österreichischen Variante gilt Tempo 20, um den Verkehr deutlich zu entschleunigen. Verkehrszeichen kommen hier lediglich am Anfang und am Ende der Zone zum Einsatz, um den Verkehrsteilnehmer über die Begrenzung der Zone zu informieren. Spielen ist in der Begegnungszone aus Sicherheitsgründen nicht erlaubt. Alle Verkehrsteilnehmer bewegen sich gleichberechtigt und sind gefordert, verstärkt aufeinander Rücksicht zu nehmen. Durch die erhöhte Aufmerksamkeit werden Unfälle, die aus Unachtsamkeit geschehen, reduziert. Das alles klingt nach Zauberei – und lässt sich dennoch jetzt schon verwirklichen: „Ein menschliches Miteinander von Fußgängern, Radfahrern und Autofahrern erlaubt einen neuen gesellschaftlichen Kontext. Straßen tragen zur Steigerung der Sicherheit und Lebensqualität bei, wenn sie als Lebensraum genutzt werden. Die gesetzliche Verankerung von Begegnungszonen steht daher ganz oben auf unserer Wunschliste“, erklärt DI Florian Schneider, Teamleiter im Bereich

Prävention im Kuratorium für Verkehrssicherheit.

Die Zukunft beginnt in den Gemeinden

Wie die Gemeinschaftsstraße umgesetzt werden kann, erklärt das Kuratorium. Für Schneider sind maßgeschneiderte Lösungen das „A und O“: „Das Kuratorium für Verkehrssicherheit hat leicht zu implementierende Lösungskonzepte entwickelt, die individuell auf die Bedürfnisse der Gemeinde abgestimmt werden können. Es gibt eine Vielfalt an verkehrs-

planerischen Gestaltungsmöglichkeiten trotz vereinheitlichter Verhaltensregeln. Oberstes Ziel aller Innovationen ist ein Plus an Sicherheit – damit die Straße wieder zum Wohlfühlraum für alle wird.“

Interessenten können sich im Kuratorium über die passende Umsetzung der Gemeinschaftsstraße bei DI Florian Schneider unter der Telefonnummer 05 77 0 77 - 2133 oder der Website www.kfv.at informieren.



In der österreichischen Variante der Begegnungszone gilt Tempo 20, um den Verkehr deutlich zu entschleunigen. Verkehrszeichen kommen hier lediglich am Anfang und am Ende der Zone zum Einsatz, um den Verkehrsteilnehmer über die Begrenzung der Zone zu informieren.

Kreative und budgetschonende Lösungen zur Belebung der Stadtzentren

2012 bringt Herausforderung für Innenstädte

Immer mehr Städte, vor allem solche mit 10.000 bis 20.000 Einwohnern, stehen vor der Problematik, ihre wenig frequentierte Innenstadt mit geringen Budgetmitteln gegenüber den Fachmarkt- und Einkaufszentren in der Peripherie aufrüsten zu müssen. Herausforderungen in den meisten Städten sind der fehlende Branchenmix und das Fehlen von Magnetbetriebe in Innenstadtlage, was einen Frequenzeinbruch am Freitag- und Samstagmittag mit sich bringt.

Kaum attraktive Gastronomieangebote und keine einheitlichen Öffnungszeiten über Mittag ergeben ein Mittagsloch, das oft von 10.00 bis 15.00 Uhr anhält. Frischmärkte setzen seit

Jahrzehnten auf die gleiche Ware, was zu einer Überalterung der Marktbesucher und zu einer niedrigen Mehrfrequenz führt.



Durch wenig attraktive Angebote „überaltert“ der Markt.

Nachhaltiges Veranstaltungsmanagement, das die Handelsbetriebe mit einbezieht und kontinuierlich Be-

sucher in die Innenstadt bringt, ist nur in wenigen Stadtgemeinden vorhanden. Einkaufsnächte, die mit 20.000 Euro und mehr

budgetiert sind, bringen zwar kurzfristig Publikum von außerhalb. Hauptsächlich profitiert allerdings die Gastronomie von diesen Besuchermassen, denn der Handel stellt sich oft nicht auf diese Kundschaft ein und wartet passiv auf Kunden, die nicht kommen.

Nachdem von Seiten der Stadtgemeinde kaum Geld für große Umbauten zur Verfügung gestellt wird, heißt es, Geld und Arbeitskraft ge-

meinsam in der Stadt zu lukrieren – durch Kooperation von Handel, Gastronomie, Immobilieneigentümern, Vereinen und der Stadtgemeinde kreative Lösungen zur Belebung der Innenstadt zu finden. Wenn Sie Interesse an einem Workshop zum Thema „Keine Frequenz und kein Budget – was tun?“ haben, kontaktieren Sie uns !

Information

Infrapool – Vereinigung für Stadt- und Standortmarketing e.V., Mag. Constanze Schaffner
Tel.: **0699 19 44 94 04**
E-Mail: **marketing@infrapool.com**
www.infrapool.com

E.E.

Mit Post Partnern werden Gemeinden, die bisher keine Post hatten, erschlossen

Neues Filialnetz der Post: Eine Zwischenbilanz

520 gemeinsame Bank- und Postfilialen haben sich Post und BAWAG PS.K. für Ende 2012 zum Ziel gesetzt. Ein Jahr nach der Eröffnung der ersten gemeinsamen Filiale ist dieses Ziel schon viel näher gerückt: „332 gemeinsame Filialen sind es Ende Februar bereits, jede Woche kommen neue dazu. Unser Fahrplan bis Ende des Jahres steht fest und wir werden ihn einhalten“, zieht der für das Filialnetz zuständige Post-Vorstandsdirektor Walter Hitziger zufrieden Zwischenbilanz. Nicht nur bei den eigenbetrieblenen Geschäftsstellen, sondern auch bei den Post Partnern: „Rund 1270 sind derzeit aktiv, und auch hier steigt die Zahl nach wie vor an. Insgesamt werden wir also auf rund



332 gemeinsame Filialen mit der BAWAG.P.S.K. gibt es bereits.

1900 Geschäftsstellen zum Jahresende kommen. So wie wir es geplant haben.“

Mehr Post Partner

Hitziger zeigt sich zufrieden, dass immer neue Gemeinden mit Post Partnern versorgt werden, die bisher über keine eigene Postgeschäftsstelle verfügten: „Wir wollen möglichst nah

am Kunden sein und ihm gemeinsam mit unseren Partnern, etwa der BAWAG PS.K. oder auch A1, die besten Angebote machen. In den gemeinsamen Bank- und Postfilialen gibt es nicht nur das gesamte Dienstleistungsangebot der Post, sondern auch die Telekom-Produktpalette sowie eine Vielzahl an Produkten rund um den Versand und

dazu das komplette Spektrum der Bankdienste. Durch die Post Partner, die direkt in den Gemeinden die Postdienste anbieten, oft bis spät am Abend und am Samstag, ist die direkte Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum gesichert. Oft werden die ja auch direkt durch die Gemeinden betrieben, die dafür in Umfragen auch sehr geschätzt werden.“

Information

Österreichische Post AG
Post Partner Management
Tel.: **0800 20 60 20**
E-Mail: **post.partner@post.at**
Web: **www.post.at**

E.E.

Seit mehr als 130 Jahren erfolgreich als Vereinigung aktiv

ÖVGW – Kompetenz in Sachen Gas und Wasser

Die Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW) ist seit mehr als 130 Jahren erfolgreich für eine sichere Gas- und Wasserversorgung aktiv. Mitglieder sind Gasnetzbetreiber, Wasserversorgungsunternehmen, Firmen sowie Organisationen und Personen, die im Gas- bzw. Wasserbereich tätig sind.

Starke Interessenvertretung

Die ÖVGW engagiert sich auf technischem, wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und rechtlichem Gebiet und unterstützt den umweltschonenden und sicheren Einsatz von Erdgas, die nachhaltige Versorgung mit

Trinkwasser, eng verbunden mit dem Schutz der Wasserressourcen.



Die ÖVGW bietet viele Vorteile.

Die ÖVGW-Mitglieder schätzen die Vorteile:

- ▶ Effektive Vertretung
- ▶ Mitsprache und Einflussnahme bei der Erstellung von Richtlinien und der Festlegung von Normen
- ▶ Kompetente Auskunft und Beratung
- ▶ Aktuelle Fachinformation
- ▶ Personen-, Unternehmens- und Produktzertifizierung (ÖVGW-Qualitätsmarke)
- ▶ Ermäßigungen bei Zertifizierungsverfahren, Schulungen und Veranstaltungen, Kauf technischer Richtlinien.

Weiterbildung

Die Ausbildungsprogramme decken nahezu alle Bereiche ab, die für Gasnetzbetreiber, Wasserversorger,

Planungsbüros oder Installationsunternehmen von Bedeutung sind. Die ÖVGW-Tagungen, Symposien und Kongresse sind ein wichtiger Beitrag, um up to date zu bleiben. Sie bilden den Rahmen für Erfahrungsaustausch und Diskussion. Zu den jährlichen Fixpunkten zählen der ÖVGW-Kongress mit Fachmesse, das Symposium Wasserversorgung, die Werkleitertagung und die Infotage Trinkwasser.

Information

ÖVGW, Schuberting 14,
1010 Wien
Tel.: 01/ 513 15 88 - 0
Mail: office@ovgw.at
www.ovgw.at

E.E.

acqua alta alpina

8. - 10. MÄRZ 2012



**FORUM FÜR ALPINE
INFRASTRUKTUR, NATURGEFAHREN
UND HOCHWASSERSCHUTZ**



Themenschwerpunkte:

Risiko und Katastrophenschutz, Alpine Naturgefahren, Hochwasserversorge, Technischer Schutz, Überwachung, Naturgefahrensicheres Bauen, Touristische Auswirkungen, Verkehrs- und Wegebau, Klimawandel und dessen Folgen



**Hochkarätiges
Seminarprogramm**
mit Experten aus Wirtschaft,
Wissenschaft und Politik

www.acqua-alta-alpina.at

messen · kongresse · events

**messezentrum
salzburg**

Alpine Infrastruktur und Hochwasserschutz in Salzburg

Die acqua alta alpina

Vom 8. bis 10. März 2012 findet das Forum acqua alta alpina für Experten aus ganz Europa im Messezentrum Salzburg statt. Aussteller aus dem In- und Ausland präsentieren ihre Neuheiten und Highlights zum Thema Prävention und Erhaltung der Natur und Kulturlandschaft. Die acqua alta alpina bietet neben der Ausstellungsfläche zusätzlich eine Plattform für Diskussionen und Vorträgen zwischen Besuchern, Ausstellern und Experten. Zum ersten Mal treffen sich im Rahmen der Veranstaltung auch Jugendliche zum „jugendKLIMAgipfel“. Die Zukunftskonferenz beschäftigt sich mit Fragen des Klimawandels im Alpenraum. Jugendliche und junge Er-



Bei der Messe geht es auch um die alpine Infrastruktur.

wachsene erarbeiten Antworten zu aktuellen Fragen der Umweltpolitik.

Information

Öffnungszeiten:
8. bis 10. März, jeweils
von 9.00 bis 17.00 Uhr.
www.acqua-alta-alpina.at
[www.facebook.com/
acqua.alta.alpina](https://www.facebook.com/acqua.alta.alpina)

E.E.

SW-ReCon Stützwandsystem ist einfach aufzubauen und überzeugt auch optisch

Die bessere Natursteinmauer ist aus Beton!

Es gibt eine Produktneuheit bei SW Umwelttechnik, worum handelt sich beim SW-ReCon Stützwandsystem?

SW-ReCon bildet ein umfassendes und komplettes Paket ästhetischer und funktioneller Stützmauern für die verschiedensten Einsatzbereiche.

Wo kommen SW-ReCon Stützwände zum Einsatz?

Die Möglichkeiten sind vielfältig. Ob mithilfe einer SW-ReCon-Wand ein Hang gegen das Abrutschen gesichert wird – unter gleichzeitigem Gewinn ebener, nutzbarer Fläche! – ob eine ästhetisch-funktionelle Einfriedung mit individuellen Designakzenten (Integration von Stufen, Beleuchtung, Grünflächen), ob im privaten, gewerblichen oder



Die Montage erfolgt in einem Bruchteil der Zeit mit sehr einfachen technischen Hilfsmitteln.

im Straßenbau – die Vorteile von SW-ReCon gelten für alle Bereiche.

Was sind die Vorteile gegenüber herkömmlichen Stützwänden?

Die Montage erfolgt in einem Bruchteil der Zeit mit sehr einfachen technischen Hilfsmitteln, da mit Fertigteilen gearbeitet wird. Durch die Werksfertigung kann die hohe Qualität der Bauteile garantiert werden. Die Versetzarbeiten erfolgen trocken. Dazu sind individuelle Lösungen, wie

die Integration von Zaunelementen, möglich. Nicht zuletzt der Anspruch

an die Ästhetik – die SW-ReCon-Blöcke haben eine naturgetreue Sichtfläche (Granit).

Wie funktioniert der Aufbau?

Die Stützwände können mit einfachen Baugeräten nach dem Baukasten-Prinzip aufgebaut werden. Das Versetz-System ermöglicht vielfältige geometrische Verläufe (Innen- und Außenecken, Kurven etc.). Das Nut-Feder-System gewährleistet optimale Verschiebesicherheit. Es wird trocken (d. h. ohne Mörtel) versetzt und

ist nach dem Hinterfüllen sofort belastbar.

Ich will eine SW-ReCon-Wand, was ist zu tun?

Unsere Experten unterstützen von der Idee bis zur fertigen Wand. Wir bieten eine individuelle Planung und Kalkulation der Stützwand. Die Errichtung erfolgt durch ein konzessioniertes Bauunternehmen.

Information

SW Umwelttechnik
Österreich GmbH
Bahnstraße 87-93, 9021
Klagenfurt
Tel.: +43 463 32109 170
Web: www.sw-umwelttechnik.at

E.E.

AGR
AUSTRIA GLAS RECYCLING GMBH
www.agr.at

**Drum trenne,
was ewig
weiterleben soll.**

Glasrecycling bringt
jedes Jahr rund
225.000 Tonnen Altglas
wieder in den
Wertstoffkreislauf zurück.

cleanteccity®

Mit Fachtagungen und Symposium
Jetzt anmelden: www.cleanteccity.ch/symposium
www.cleanteccity.ch/fachtagungen

Schweizer Plattform für nachhaltige Entwicklung
von Gemeinde, Stadt und Unternehmen

Bern, 13.–15.03.2012
www.cleanteccity.ch

Veranstalter **BERNEXPO** GROUPE

Leading Partner
Energie Wasser Bern ewb

Österreichs größte Leistungsschau für Gemeinden:

Erstmals hat die Kommunalmesse einen eigenen Praxistag

Der 12. September 2012 ist ein ganz besonderer Tag. Erstmals seit Bestehen der Messe gibt es einen eigenen Praxistag. Die Praktiker in den Gemeinden, die Leute vom Fuhrpark, aus den Wasserwerken, die Bauhofarbeiter – sie alle können sich von den Produkten vor Ort nicht nur überzeugen, sie können sie auch ausprobieren.

Der Mittwoch, 12. September, steht heuer erstmals ganz im Zeichen der Praxis. Der Österreichische Kommunal-Verlag als Veranstalter der Messe lädt zum ersten „Kommunalmesse-Praxistag“ alle Anwender aus den Gemeinden ein, welche sich direkt vor Ort in der praktischen Anwendung von den Produkten

der Anbieter überzeugen können. Ob mit den neuesten Kommunalfahrzeugen eine Testfahrt wagen, Rasen mit den innovativsten Geräten mähen oder selbst Pflastersteine legen – gerade die „Zupacker und Handwerker“ in den Gemeinden sind aufgerufen, die Neuheiten der Kommunalwirtschaft aktiv auf der Kommunalmesse auszuprobieren und sich schon vor dem Kauf mit dem neuen Werkzeug anzufreunden.

Der Praxistag

Mag. Ulrike Rabmer-Koller, Geschäftsführerin der Rabmer Holding, über den Praxistag auf der Kommunalmesse 2012: „Wir sind schon seit vielen Jahren als Aussteller bei der Kommunalmesse vertreten. Es ist ein Fix-

punkt für uns. Hier können wir unsere Produkte und Dienstleistungen rund um die grabungsfreie Rohrsanierung dem entsprechenden Publikum präsentieren. Die Kommunalmesse ist für uns eine der wichtigsten Messen in Österreich, da sehr viele Vertreter und Entscheidungsträger der österreichischen Gemeinden anwesend sind. Der Praxistag bietet den Vorteil, unsere Produkte und Dienstleistungen vor Ort zeigen zu können und unsere Technologien quasi ‚zum Angreifen‘ zur Verfügung zu stellen. Die Teilnahme am Anwendertag lohnt sich, denn die Besucher können sich über die einzelnen Produkte und Dienstleistungen direkt vor Ort informieren. Gerade in unserem Bereich ist es wichtig, die Technologie im praktischen Einsatz zu sehen.“

Auch **Fritz Kampl**, Leiter des Unternehmensfelds Kommunaltechnik der Elektrizitätswerke Wels, erwartet sich vom Praxistag Vorteile: „Wir kommen als Aussteller zur Kommunalmesse, weil die Kommunalmesse die einzige Möglichkeit bietet, unsere Produkte und Dienstleistungen einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren bzw. die richtigen Entscheidungsträger anzusprechen. Der Praxistag bietet den großen Vorteil, dass die Anwender, die täglich mit Produkten und Dienstleistungen der anbietenden Unternehmen zu tun haben, sich einen besseren Überblick verschaffen können und die Entscheidungsträger aus der Politik in den Kaufentscheidungen dementsprechend unterstützen. Wir erhoffen uns, bei einem zusätzlichen Tag mehr Beratungen durchzuführen, mehr Kundengespräche abzuwickeln. Wir können uns mehr Zeit für die Kunden nehmen.“



Der Praxistag bietet den Vorteil, unsere Produkte und Dienstleistungen vor Ort zeigen zu können und unsere Technologien quasi „zum Angreifen“ zur Verfügung zu stellen.

Mag. Ulrike Rabmer-Koller,
Geschäftsführerin der Rabmer
Holding



Die Kommunalmesse 2012 wird auf dem Messegelände Tulln in den Hallen 6 und 10 sowie auf dem Freigelände zwischen den Hallen über die Bühne gehen. Vom 12. bis 14. September 2012.

KOMMUNALMESSE 2012

Die größte Wirtschaftsschau für Österreichs Gemeinden

Noch mehr
Service an
3 Messetagen!

Neben den Messerundgängen gibt es auch heuer wieder zahlreiche Publikumsmagneten.

Ein Beispiel?

Am Mittwoch und am Donnerstag veranstaltet die Einkaufsplattform **Kommunalbedarf.at** auf einer GreenIce-Kunstbahn

Und **Alexander Christ**, Geschäftsführer von Digilight, meint: „Digilight bietet den Kommunen eine perfekte Alternative zu herkömmlichem Ankündigungspaketen, nämlich eine digitale Informationssäule, die von der Stadt ganz einfach mit Inhalten zu bespielen ist. Es ist europaweit die einzige sonnenlichttaugliche und wetterunabhängige digitale Lösung, die sich harmonisch in jedes Umfeld integriert. Dies und all seine weiteren Vorteile lassen sich am besten ‚in Natura‘ demonstrieren. Wir werden Digilight bei der Kommunalmesse sowohl im Außen- als auch im Innenbereich einsetzen, um den Besuchern alle Einsatzmöglichkeiten präsentieren zu können, und die Digilight mit unterschiedlichen Inhalten bespielen.“

Bei Präsentationen unserer Digi-



Der Praxistag bietet uns die Möglichkeit, zusätzliche Entscheidungsträger erreichen und überzeugen zu können.

Alexander Christ, Geschäftsführer von Digilight

lights als Stadtinformationsmedium richten wir uns an Marketingverantwortliche, Citymanager und Bürgermeister von Gemeinden. Der Anwendertag bietet uns die Möglichkeit, zusätzliche Entscheidungsträger erreichen und überzeugen zu können. Ich wünsche uns und den Besuchern am Anwendertag viel Zeit, um auf die hoffentlich zahlreichen Fragen detailliert einzugehen – bzw. vielleicht sogar gemeinsam Anwendungsmodelle erarbeiten zu können.“

Über die Messe

Die Kommunalmesse findet in zwei Hallen und auf einem Freigelände statt, die jeweils branchenbezogene Fachbereiche enthalten, wie zum Beispiel für Wasser/Abwasser, Bau oder Dienstleistungen. „Die Kommunalmesse ist der Garant für ein hochkarätiges Fachpublikum und einen hohen Praxisbezug. Mehr als 3000 Entscheider und Anwender treffen sich während der drei Messtage 2012 auf 12.000 m² Ausstellungsfläche“, schwärmt Kommunal-Verlags-Geschäftsführer Mag. Michael Zimper von Österreichs größter Leistungsschau der Kommunalwirtschaft. Michael Zimper: „Lassen Sie sich von den Ideen der Aussteller überraschen und schreiten Sie zur Tat.“

Für den Praxistag für Anwender kann man sich im Web übrigens schon anmelden:

www.kommunalmesse2012.at

Wir erhoffen uns, bei einem zusätzlichen Tag mehr Beratungen durchzuführen, mehr Kundengespräche abzuwickeln. Wir können uns mehr Zeit für die Kunden nehmen.

Fritz Kampl, Leiter des Unternehmensfelds Kommunaltechnik der Elektrizitätswerke Wels EWW



ein Eisstock-Zielschießen. Gute Stockschiützen können dort tolle Preise für ihre Gemeinde heraus-„schießen“.

Die Kommunalmesse findet im Rahmen des Österreichischen Gemeindetages statt. Traditionell nehmen daran politische Größen wie der österreichische Bundespräsident – er wird am Freitag auch die Messe besichtigen – sowie führende Mitglieder der Bundesregierung und 2012 auch die Spitzen des Landes Niederösterreich teil. Österreichs größte Fachmesse für Gemeinden – seit 1995 exklusiv vom Kommunal-Verlag mit dem Österreichischen Gemeindebund als Partner veranstaltet.

www.kommunal.at

KONTAKT

Details sind unter www.kommunalmesse2012.at nachzulesen. Wir informieren Sie aber auch gerne persönlich – ein Anruf genügt: **01/532 23 88-0**

GVV-Vize Moser: Kooperation soll unbürokratischer werden

Heimat erhalten, Verwaltung entrümpeln

ST. PÖLTEN

In den Gemeinden Niederösterreichs gibt es Reformbedarf, so GVV-Vizepräsident Karl Moser. Allerdings wird man die Gemeinden nicht mit Zusammenlegungen verunsichern, sondern ein Anreizmodell für mehr Gemeindekooperationen ausverhandeln. Die Heimatgemeinde soll als bürgernahe Einheit erhalten bleiben. Bei Verwaltung, Gebühreneinhebung, Kanal oder Betriebsansiedlungen sollen die Gemeinden jedoch stärker

zusammenarbeiten. Um den rechtlichen Rahmen zu schaffen und Kooperationen unbürokratischer zu machen, werden Änderungen der Gemeindeordnung, des Stadtrechtsorganisationsgesetzes und des Gemeindeverbandsgesetzes vorgenommen. Niederösterreich wird eigens einen Landeskoordinator für Gemeindekooperationen einsetzen, der von fünf Personen in den einzelnen Regionen unterstützt wird. Die Koordinatoren werden



Fotos: GVV Niederösterreich

Vizepräsident Karl Moser und das Präsidium des GVV Niederösterreich, hier mit Landeshauptmann Erwin Pröll, wollen keine Zwangsfusionen, sondern dauerhafte und freiwillige Kooperationen.

Gemeinden während der ersten Schritten begleiten, damit Kooperationen dauerhaft sind. Bis dahin wird es aber noch dauern: „Natürlich brauchen Ge-

meindekooperationen auch eine gewisse Vorbereitungszeit. Denn es heißt ja schließlich nicht nur vor einer Ehe es prüfe, wer sich ewig bindet“, so Moser.



Foto: Österreichischer Gemeindebund

Helmut Mödlhammer übergibt die Spende an das Tageshospiz Kleingmainerhof.

„Geburtstagsgeld“: Mödlhammer spendet 16.875 Euro Baustein für Tageshospiz gelegt

SALZBURG

Zu seinem 60. Geburtstag hat sich Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer Geld gewünscht. Nicht für sich, sondern als Spende. Mehr als 16.000 Euro wurden gesammelt und der Tageshospiz-Einrichtung Kleingmainerhof in Salzburg übergeben. In Österreichs erstem Tageshospiz sollen Menschen in fortgeschritte-

nen Krankheitsstadien tagsüber betreut werden. Bau und Ausstattung des neuen Gebäudes werden 2,4 Millionen Euro betragen. Davon müssen vom Hospiz etwa 1,8 Millionen Euro über Spenden und Sponsorengelder aufgebracht werden. Als Baubeginn ist Mitte 2012 vorgesehen, die Übersiedlung ist ab Mitte 2013 geplant.

Besichtigungsreise

Original-Ortschef in Hallstatt-Kopie

HALLSTATT

Der Plan eines chinesischen Unternehmens, Teile des Ortes Hallstatt in China originalgetreu nachzubauen, hat für Aufsehen gesorgt. Hallstatts Bürgermeister wurde mit dem Quintett der Salinenmusikkapelle im März nach China eingeladen, um sich ein Bild zu machen.

Oberösterreich: LH-Stv. Franz Hiesel erntet Kritik

150 statt 444 Amtsleiter sind zu wenig

LINZ

Verunsicherung, Skepsis und Kritik erntete Oberösterreichs LH-Stellvertreter Franz Hiesel für seinen Vorschlag, nur 150 statt bisher 444 Amtsleiter einzusetzen. Diese 150 Amtsleiter sollen laut Hiesel zwischen mehreren Gemeinden pilgern. Oberösterreichs Gemeindebund-Präsident Johann Hingsamer will keine Pauschalaussagen, sondern

dass sich Gemeinden freiwillig entscheiden. Dies ist langfristiger und erfährt von den Betroffenen echte Unterstützung. LH-Stv. Josef Ackerl lehnt die Drohgebärde Hiesels ab und verweist auf das vorgestellte Anreizsystem, das bis 2015 durch eine Kürzung der Landesabgabe zur Zusammenarbeit motivieren soll. Erste Verhandlungen laufen bereits.

Infrastrukturhebung

Versorgung kaum verschlechtert

INNSBRUCK

Heutzutage ist viel vom Greißler- oder Hausarztsterben zu hören. Tirol hat daher eine Infrastrukturhebung vorgenommen. Im Vergleich zu 2008 hat sich die Versorgung bei Ärzten, Lebensmittelhandel und Kinderbetreuung verbessert. Bei Bank und Post ist sie schlechter geworden.

Statistik Austria

Rekordwerte im Tourismus 2011

WIEN

Nach vorläufigen Ergebnissen der Statistik Austria konnte der heimische Tourismus 2011 einen Rekordwert erzielen. Die Zahl der Nächtigungen liegt mit 125,98 Millionen um 0,8 Prozent über dem Vorjahresergebnis. Nur 1991 bis 1993 und 2008 wurde dieser Wert übertroffen.

Zero Project: 36 Länder auf dem Prüfstand

Zero Barrieren sind eine Mission Possible

KLOSTERNEUBURG

Das Zero Project überprüft in 36 Staaten, ob sie die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen erfüllen. Gemeinsam mit NGOs und Experten wurden 21 Indikatoren getestet. Das Zero Project ist ein Projekt der Essl Foundation. Besonders positiv wird in Österreich das Bundes-Behinderten-Gleichstellungsgesetz (BBGStG) beurteilt, dessen Ziel eine gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe für Menschen mit Behinderung ist. Im Zuge des Zero Projects



Das Zero Project überprüft, wie es um die Barrierefreiheit bestellt ist. Österreich hat noch viel zu tun, ist aber auf dem richtigen Weg.

wurde in allen Bundesländern nachgefragt, wie es denn aussieht mit der Situation für Menschen mit Behinderung. Die Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude ist nur in Kärnten und Oberösterreich vorbildlich. Im oberösterreichischen Baugesetz ist sie explizit festgeschrieben. In Burgenland, Tirol und Wien gibt es

keine gesetzlichen Vorhaben, bis wann die Umbauten erfolgen sollen. In Kärnten sind alle Busse barrierefrei, wovon man im Burgenland nur träumen kann. In Vorarlberg gibt es zudem keinen gesetzlichen Anspruch auf finanzielle Unterstützung und persönliche Assistenz. Alle Ergebnisse auf: www.zeroproject.org

Apothekengesetz: 23 Gemeinden wollen Änderung „Gebietsschutz“ blockiert Hausärzte

BREGENZERWALD

Auch Gemeinden in Vorarlberg sind besorgt, dass es in Zukunft immer weniger Hausärzte geben wird. 23 Gemeinden finden, dass durch den im Apothekengesetz vorgeschriebenen Gebietsschutz die Eröffnung neuer Apotheken bzw.

Hausapotheken von Ärzten behindert wird. In einem Schreiben an Gesundheitsminister Alois Stöger fordern sie eine Gesetzesänderung. Ärzte sollen Hausapotheken führen dürfen, was das Landarzt-dasein für junge Mediziner finanziell attraktiver machen würde.

Herausforderung: Klimawandel und Donaustrategie Donaupräsidenschaft an Österreich

WIEN

Österreich übernimmt für ein Jahr die Präsidentschaft in der Internationalen Kommission zum Schutz der Donau (IKSD). Im Auftrag von Umweltminister Niki Berlakovich übernimmt Wolfgang Stalzer, ehemaliger Sektionschef im Lebensministerium, dieses Amt von seinem ukrainischen Vor-

gänger. Der nachhaltige Schutz der Donau ist nach wie vor ein Problem. „Es gibt viele brisante Herausforderungen, wie die Auswirkungen des Klimawandels auf den Donaunraum, die Forcierung der Umsetzung der EU-Hochwasserrichtlinie und die Umsetzung der Donaustrategie“, so Berlakovich.

NaMaR-Projekt

Allianz für Pflege im Alpenland

SALZBURG

In Bayern und Salzburg werden in einem gemeinsamen Projekt neue Modelle zur besseren Versorgung von älteren Menschen und zur Begleitung der Angehörigen entwickelt. Das Projekt „NaMaR – Netzwerk für alte Menschen im alpenländischen Raum“ läuft bis Jahresende und wird von der Caritas Salzburg, Innsbruck und München-Freising durchgeführt. Gesundheitsfördernde Aspekte sind dabei genauso wichtig wie die Thematisierung der Anliegen von älteren Menschen und pflegenden Angehörigen. In speziellen NaMaR-Lehrgängen werden Ehrenamtliche für diese Anliegen geschult.



Foto: KOMMUNAL

Ernst Schöpf findet, dass Gemeinden ausreichend geprüft werden.

Vorschlag: Rechnungshof soll kleine Gemeinden prüfen

Debatte über Machtgewinn

INNSBRUCK

Bislang darf der Rechnungshof nur Gemeinden mit einer Größe von über 10.000 Einwohnern überprüfen. Mehrere Landtagsparteien in Tirol wollen diese Befugnisse auch auf kleinere Gemeinden und ausgelagerte Gesellschaften ausweiten. Der ÖVP und dem Gemeindeverbandschef Ernst Schöpf geht das zu weit.

„Wir haben in den Gemeinden die Überprüfungsausschüsse, wir haben die Bezirkshauptmannschaften als Revisionen. Das ist aus unserer Sicht völlig ausreichend. Die Gemeinden sind überschaubare Soziotope“, so Ernst Schöpf. In Zeiten, in denen eine schlanke Verwaltung angepeilt wird, sind zusätzliche Kontrollinstanzen überflüssig.

Kommunalwirtschaftsforum 2012

Rien ne va plus? Herausforderung demografischer Wandel

Bis 2030 wird es in Österreich um 600.000 Menschen mehr geben, das bedeutet einen um rund 30 Prozent höheren Wohnbedarf. Ist Österreich für diesen Zuwachs gewappnet?

Parallel zur Zukunftsfrage „Demografischer Wandel“ behandelt das Kommunalwirtschaftsforum 2012 in Velden gravierende soziale und wirtschaftliche Veränderungen. Die Zahl der Einpersonenhaushalte steigt, die Geburtenrate sinkt, die Bevölkerungs-



2011 war das Kommunalwirtschaftsforum ein Treffpunkt hochkarätiger Diskutanten. 2012 werden hier auch Finanzministerin Maria Fekter und Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer sitzen und diskutieren.

schaulicht mit vielen Best-Practice-Beispielen, widmet sich das zweite Kommunalwirtschaftsforum 2012, das vom 21. bis 22. März 2012 in Velden stattfindet. Die Initiatorengruppe

Porz, Siemens, Raiffeisen Leasing und Vasko + Partner entschied, das Kommunalwirtschaftsforum unter den Titel „Rien ne va plus? Herausforderung demografischer Wandel“ zu stellen.

Erwartet werden hochkarätige Referenten aus der Wissenschaft und Praxis, die dringende Fragen der kommenden Jahre diskutieren: die demografische Entwicklung, knappe budgetäre Mittel wie auch die gewaltigen Investitionen in Infrastruktur und Wohnbau.

Wissenschaftlich fundiert

Als einer der Keynotespeaker konnte Heinz Fassmann, Professor für Angewandte Geografie, Raumforschung und Raumordnung, Universität Wien, gewonnen werden. Fassmann wird aufgrund aktueller Forschungser-

gebnisse den Handlungsbedarf für Gemeinden präzisieren. Margarethe Czerny, Wohnbauforscherin, Donau-Universität Krems, widmet sich ergänzend zu Fassmann der Zukunft des Wohnens. Aufgrund ihrer Verbindung zu Euroconstruct verrät sie exklusiv die neuesten Trends, Zahlen wie auch Perspektiven rund um die Veränderungen und die zu erwartenden Herausforderungen für die Wohnbaukonzepte der kommenden Jahre. Neben den Vorträgen gibt es wie auch bereits beim ersten Kommunalwirtschaftsforum die Möglichkeit, sich an drei verschiedenen Workshops zu beteiligen. Dabei geht es um die Themen Infrastruktur, Energie und Lebensqualität. Das Fazit aus den jeweiligen Foren wird am zweiten Tag des Kommunalwirtschaftsforums präsentiert. Das Kommunalwirtschaftsforum ist mittlerweile der Branchentreff für Gemeinden und deren Vertreter wie auch jener, die in enger Verbindung mit der öffentlichen Hand stehen – für ausreichende Netzwerkgelegenheiten ist gesorgt.

Lösungen und Perspektiven

Das Kommunalwirtschaftsforum bietet Lösungen für Fragen und Bedürfnisse der öffentlichen Hand. Die Initiatorengruppe rechnet mit an die 300 Entscheidungsträgern aus Städte- und Gemeindeverwaltungen, Einheiten der Bundes- und Landesverwaltungen, ausgegliederte Verwaltungs- und Unternehmens-einheiten der öffentlichen Hand, Universitäten, Interessensverbände etc.

Die Referentenrunde wurde sorgfältig ausgewählt: Experten aus der Industrie (Bauunternehmen, Technologieunternehmen etc.), aus dem Finanzsektor (Banken, Leasingunternehmen,

Bei Entscheidungen über Firmenansiedlungen sollten auch Gemeinden aus der Region mitreden können. Denn die Auswirkungen können auch sie betreffen.

Kathrin Kühtreiber, MBA, Bürgermeisterin von Hagenberg im Mühlkreis, über „Interkommunale Wirtschaftsentwicklung“



Foto: WKÖ

ung wird älter, es fehlt an innovativen Wohnkonzepten für das Leben im Alter. Die Gemeinden stehen gegenüber diesen aktuellen Entwicklungen – kämpfen um Budgets, bei immer kleiner werdenden Fördertöpfen. Gewaltige Neubau- und Sanierungsaufgaben stehen an – die Investitionen der kommenden Jahre sind jedoch nicht gesichert. Partnerschaftliche Modelle sind dabei ein erfolgsversprechendes Konzept, die den wirtschaftlichen Erfolg von Österreichs Gemeinden forcieren können. Diesen Themenkreisen, veran-



Das Casineum Velden ist an sich ein beliebter Veranstaltungsort. Für den kulinarischen Genuss während des Kommunalwirtschaftsforums 2012 sorgt die erstklassige Kongressgastronomie unter der Leitung von Küchenchef Marcel J. Vanic.

Finanzdienstleistungsbetriebe etc.) sowie Projektentwickler, Investoren, Konsulenten (Zivilingenieure, Steuerberater, Rechtsanwälte etc.) und Facility-Management-Unternehmen u. v. m.

Die Sicht der Gemeinden

Aber nicht nur die Sicht der Wirtschaft und die Erkenntnisse der Wissenschaft stehen auf der Tagesordnung in Velden, auch die Kommunalpolitik hat ihre Stimme. So wird Helmut Manzenreiter, Bürgermeister von Villach, im Rahmen von Workshops über die „Moderne Zusammenarbeit einer Stadt mit privaten Partnern“ referieren. Über die „Interkommunale Wirtschaftsentwicklung“ wird Kathrin Kühnreiter, MBA, Bürgermeisterin von Hagenberg im Mühlkreis, sprechen. Ihr Vortrag wird unter anderem von der Bedeutung der „richtigen Auswahl der Firmen“

handeln. „Die Ansiedlung von Firmen hat nicht nur für die unmittelbar betroffenen Gemeinden Auswirkung. Wenn eine Autobahn ausgebaut wird, dann wollen sich sofort Großmärkte und Bauzentren ansiedeln. Und das wirkt sich sicher auf 15 Kilometer im Umkreis aus. Und damit sind nicht nur einzelne Gemeinden betroffen, sondern eine Region,“ so Kühnreiter und führt weiter aus: „Bei einer solchen Entscheidung sollten dann auch die Gemeinden der Region mitreden können.“

Vorbild ist das Konzept INKOBA Region Freistadt, wo sich 27 Gemeinden des Bezirkes Freistadt und der Euregio Mühlviertel zum „Verband interkommunale Betriebsansiedlung Region Freistadt“ (kurz INKOBA) zur Entwicklung hochwertiger Betriebsgebiete für Unternehmen mit großem Flächenbedarf zusammen geschlossen haben. Kooperation schreibt auch ein

anderer Redner, Rupert Dworak, Bürgermeister der Stadtgemeinde Ternitz und Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes, groß. In seinem Vortrag geht es um die „Richtungweisende Gemeindekooperationen in der Pflege am Beispiel Senecura Sozialzentrum Ternitz“. Dworak: „Mit dem neuen Senecura Sozialzentrum als Treffpunkt der Generationen können wir den SeniorInnen der Stadt Ternitz und der angrenzenden Gemeinden eine aktive Teilnahme am gewohnten gesellschaftlichen Leben ermöglichen, denn wie sagt man so schön – ‚einen alten Baum verpflanzt man nicht‘. Wir freuen uns, mit Senecura einen kompetenten und mehrfach ausgezeichneten Partner für unsere Gemeinde gewonnen zu haben.“

Einen alten Baum verpflanzt man nicht.

Rupert Dworak, Bürgermeister der Stadtgemeinde Ternitz und Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes, über die Bedeutung der Pflege durch Gemeinden



Weitere Highlights sind unter anderem: Die Präsentation einer Studie über die „Investitionen in Gemeinden“ von Harald Pitters: „Die Ergebnisse der Befragung sind repräsentativ. Jeder zehnte Bürgermeister hat daran teilgenommen“, und ein Vortrag von Finanzministerin Maria Fekter zum Thema „Finanzausgleich und Demografie“.



Unter der Schirmherrschaft



Initiatorengruppe



21. - 22. März 2012
Casineum, Velden am Wörthersee

Rien ne va plus? Herausforderung demografischer Wandel

Die Städte und Gemeinden kämpfen um Stimmen und mit den finanziellen Ressourcen. Das Kommunalwirtschaftsforum stellt sich mit hochkarätigen Referenten aus der Wissenschaft und Praxis den wichtigsten Fragen der kommenden Jahre: die demografische Entwicklung, knappe budgetäre Mittel wie auch die gewaltigen Investitionen in Infrastruktur und Wohnbau. Das jährliche Forum bietet Raum für interdisziplinären Know-how-Austausch und Networking.

Information und Registrierung

www.kommunalwirtschaftsforum.at

Kontakt

SYMPOS Veranstaltungsmanagement GmbH
T: +43 1 409 79 36-66
E: karin.auer@sympos.at

Plastiksackerlfreie Gemeinde – Eine Initiative, die sich für alle auszahlt

Klimaschutz beginnt „vor der eigenen Haustür“

Dass Umweltschutz nicht immer eine trockene Angelegenheit sein muss, sondern Spaß machen kann, beweist Wieselburg bereits seit mehr als einem Jahr. Im Salzburger Nußdorf am Haunsberg wagt man die ersten Schritte in die Plastiksackerlfreiheit und stellt fest, dass die Initiative bei den Leuten mehr als gut aufgenommen wird.

Kunststoff ist nicht erst seit dem Film „plastic planet“ umstritten. Nicht nur die Meere sind voll von dem nicht abbaubaren Stoff, sondern auch die Gemeinden haben mit dem Beseitigen von weggeworfenen Plastiksackerln Kosten in der Höhe von 260 Millionen Euro. Diese Zahl ergibt sich aus einer Schweizer Studie, die auf österreichische Verhältnisse umgelegt worden ist.

Man darf nicht aufhören, aktiv zu sein

Gedanken zu diesem Thema machte sich schon vor mehr als einem Jahr die Wieselburger Stadträtin Irene Weiß. Auch sie beeindruckte der Film „plastic planet“ derart, dass sie beschloss, aktiv zu werden und dem Plastiksackerl den Kampf anzusagen. Heute, mehr als ein Jahr später, scheint sie nichts von ihrem Enthusiasmus eingebüßt zu haben: „Es braucht halt immer wieder Aktionen zum Auffrischen. Trotzdem sind bisher sehr viele Geschäfte in Wieselburg auf Papier-, Stoff- oder Naturkunststofftragetaschen umgestiegen. Leider ließen sich einige große Händler noch nicht für diese nachhaltige Idee begeistern. Trotzdem sieht man, wenn man durch die Stadt geht, dass das Bewusstsein für dieses Thema extrem gestiegen ist, denn kaum jemand geht mehr mit Plastiktaschen.“ Der örtliche SPAR konnte sogar 10.000 Na-



Stadträtin Irene Weiß und Bürgermeister Günther Leichtfried mit den Wieselburger Papiertragetaschen.

turkunststoff (NaKu)-Sackerl verkaufen. Sie kosteten zehn Cent pro Stück. „Die Leute erzählen mir nun begeistert, dass sich diese Taschen viel besser zur Aufbewahrung von Gemüse und Gebäck eignen würden“, sagt die Stadträtin lachend. „Ruhe geben“ wird Weiß auch in Zukunft nicht, denn die nächste Aktion wird schon lanciert: „Wir haben nun eine eigene Wieselburger Tragetasche aus Papier. 10.000 Stück dieser Sackerl

Bezirksparteiobmann Josef Schöchgl, Nahversorgerin Maria Moser und Johann Ganisl, Bürgermeister von Nußdorf am Haunsberg.



möchte ich in nächster Zeit persönlich in den Geschäften verteilen.“ Nachdem sie im Frühjahr 2011 viel Aufmerksamkeit mit dem Sammeln von über 4300 gesammelten selbstdesignten Stofftaschen auf sich gelenkt hat und sogar der Bundespräsident damals zwei signierte Stofftaschen beisteuerte, hat sich nicht nur in den Köpfen der Menschen etwas geändert, sondern auch im Stadtbild: Herumliegende und -fliegende Plastiksackerl gehören der Vergangenheit an.

Um die Taschen is a Griss

Durch die Berichte über Wieselburg hat sich Johann Ganisl, Bürgermeister von Nußdorf am Haunsberg, inspirieren lassen: „Ich hab mir gedacht, dass das ein gutes Mittel ist, um auch hier darüber nachzudenken und Bewusstsein zu schaffen. Ich bin Leiter des Altstoffsammelzentrums von drei Gemeinden und da bekommt man jeden Tag mit, dass es wichtig ist, etwas zu tun. Und: Um die Taschen is a Griss!“ Positiv sei auch, dass der Nahversorger sich aktiv an der Initiative beteiligt. „Die Betreiberin Maria Moser hat sich sowieso als Schatz für die ganze Gemeinde erwiesen.“ Auch hier wird nun auf die richtige Verpackung geschaut. Herkömmliche Plastiktaschen werden kaum mehr in ihrem Geschäft ausgegeben. In der Feinkostabteilung wird die Ware jedoch nach wie vor in herkömmliches Plastik verpackt, aber auch hier sucht man schon nach anderen Lösungen. Ziel ist, dass der ganze Bezirk Teil dieser Kampagne wird. Ganisl gibt sich jedoch zuversichtlich, dass er das ganze Land von der Idee begeistern kann.

Carina Rumpold ist Redakteurin bei Kommunalnet

Der Fonds Gesundes Österreich lädt ein zum Gesundheitsförderungs-Seminar

Gesundheit erfahren und in der Gemeinde umsetzen

Der Bürgermeisterjob kann an die Substanz gehen. Um für sich und die Menschen in der Gemeinde gesunde Rahmenbedingungen zu schaffen, müssen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für ihre eigene Gesundheit und Möglichkeiten zur Gesundheitsförderung in ihrer Gemeinde sensibilisiert werden. Dabei hilft ein Seminar vom Fonds Gesundes Österreich in Kooperation mit dem Österreichischen Gemeindebund.

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nehmen in den Gemeinden eine besondere Rolle ein. Als Schlüsselpersonen, die im Spannungsfeld von Politik und der eigenen Bevölkerung vermitteln, sind sie einer hohen Belastung ausgesetzt. „Man darf nicht vergessen, dass die meisten Kolleginnen und Kollegen ihr Amt neben einem zivilen Beruf ausüben und somit auf eine wöchentliche Arbeitsbelastung zwischen 70 und 80 Stunden kommen“, so Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister tragen aber dazu bei, dass Gesundheitsförderung in der Gemeinde gelebt wird. Das



Fit und vital fürs Bürgermeisteramt während des Seminars in Stegersbach.

erhöht die Lebensqualität und verbessert die Freizeit-, Wohn- und Arbeitswelt aller.

14. bis 16. April im Zeichen der Gesundheit

Um die eigenen Ressourcen zu stärken und um gesundheitsförderliche Strukturen in der Gemeinde zu unterstützen, hat der Fonds Gesundes Österreich (FGÖ) wieder gemeinsam mit dem Österreichischen Gemeindebund ein Seminar für 20 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gestaltet.

Die Tage von 14. bis 16. April 2012 stehen in Stegersbach im Zeichen der Gesundheit. Es wird erarbeitet, wie sich Gesundheitsförderung in der eigenen Gemeinde umsetzen lässt und wie man die eigene Gesundheit verbessern kann.

Zu den Themen gehören:

- ▶ Gesundheitsförderung in der Gemeinde lebbar machen
- ▶ Stress
- ▶ Umgang mit Ressourcenfindung, Ernährung und Bewegung
- ▶ Wohlbefinden und Leistungsfähigkeit

Ernährung und Bewegung

Im Seminar wird gezeigt, wie sich eine gesunde Lebensweise in den Alltag integrieren lässt. Denn: Um Gesundheit lebbar zu machen, müssen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für ihre eigene Gesundheit und Möglichkeiten zur Gesundheitsförderung in ihrer Gemeinde sensibilisiert werden. Nach einem „aktiven Erwachen“ stehen Ernährung, Bewegung und gelungene Beispiele kommunaler Gesundheitsförderung auf dem Programm. Seminarleiterin Ing. Petra Gajar ist überzeugt: „Es ist wichtig, dass sich gerade in den Gemeinden etwas tut in punkto Gesundheitsförderung. Am besten geht das, wenn Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ihre Gesundheit und die in ihrer Gemeinde wichtig ist.“

Information

Bürgermeister/innen-Seminar des Fonds Gesundes Österreich

14. April 10.00 Uhr bis 16. April 16.00 Uhr.

Hotel Larimar ****superior in Stegersbach

Kosten: 300 Euro pauschal inklusive Aufenthalt im EZ oder DZ sowie Essen und Seminarverpflegung. Getränke sind selbst zu zahlen.

Ansprechperson: Gesundheitsreferentin Ing. Petra Gajar
Tel.: **01/ 895 04 00**
E-Mail: petra.gajar@goeg.at



Gesundheitsförderung setzt an Strukturen an, indem z. B. das Netz an Fuß- und Radwegen ausgebaut wird.

Burgenland

Fördergeld nötig

Heilquelle soll geheilt werden

NEUSIEDL AM SEE

Die Bezirkshauptmannschaft in Neusiedl am See sitzt nicht auf einer Goldgrube, sondern auf einer besonders wertvollen Heilwasserquelle. Lange Jahre wurde das Wasser, das unter anderem viel Eisen enthält, im Krankenhaus Kittsee verwendet. Die Quelle ist jedoch in die Jahre gekommen und in einem desolaten Zustand. Bürgermeister Kurt Lentsch will die Quelle mit dem Brunnenhaus sanieren, damit sie frei und kostenlos zugänglich wird. Nun wird geprüft, ob für die Kosten von bis zu 30.000 Euro Fördergelder angezapft werden dürfen.



Foto: Land Burgenland

Karl Pinter und Franz Koch von der Stabsstelle EDV, Gerhard Tschurlovits und Maria Erdt von der Abteilung Soziales und Landesrat Peter Rezar finden, dass die Pflegeplatzbörse einzigartig ist.

Österreichweit einzigartige Pflegeplatzbörse ist im Burgenland ans Netz gegangen

Pflegebett nur einen Mausklick entfernt

EISENSTADT

Ende Jänner ging im Burgenland die erste Pflegeplatzbörse Österreichs online. Wer auf der Suche nach einem Pflegeplatz ist, kann sich nun rasch einen Überblick verschaffen, erkärt Soziallandesrat Peter Rezar bei der Präsentation der Pflegeplatzbörse das Prinzip. Im Burgenland gibt es 45 Altenwohn- und Pfl-

geheime, meist in kleinen Einheiten. Pflegebedürftige, die dringend einen Pflegeplatz brauchen, können sich nun zu jeder Tageszeit informieren. Die Pflegeplatzbörse wird von der Sozialabteilung und der Stabsstelle für EDV in der Landesamtsdirektion gemeinsam mit den Pflegeheimbetreibern betreut und laufend aktualisiert. Das Prinzip ist

denkbar einfach: Man kann Kapazitäten für Langzeitpflege, Kurzzeitpflege und Tagesbetreuung auf www.burgenland.at abfragen. Grüne Punkte markieren Heime ohne freie Plätze. Mit einem einfachen Mausklick werden Details zum Heim, zum aktuellen Stand der freien Betten und die Kontaktdaten angeben.



Kärnten



Foto: Land Kärnten/ Büro LH-Stv. Kaiser

LH-Stv. Kaiser präsentierte mit den Studierenden den Stadtplan.

Von Ergotherapie-Studenten aus Klagenfurt realisiert

Rollstuhlgerechter Stadtplan

KLAGENFURT

Gehsteigkanten, enge Türen können für Menschen mit Bewegungsbeeinträchtigung zu unüberwindbaren Hindernissen werden. Die Fachhochschule Kärnten hat, unterstützt durch Kärntens Gesundheitsreferenten LHStv. Peter Kaiser, einen

Stadtplan für Rollstuhlfahrer erstellt. Studenten der Ergotherapie sammelten Daten und trugen sie in die wheelmap.org der Berliner Initiative „Sozialhelden“ ein. Somit gibt es für Klagenfurt einen flächendeckenden Stadtplan für Rollstuhlfahrer.

Zugang von Migranten nun österreichweit erlaubt

Feuerwehr für alle Freiwilligen

KLAGENFURT

Auch in Kärnten werden künftig alle Interessierten, mit und ohne österreichische Staatsbürgerschaft, zur Freiwilligen Feuerwehr zugelassen. Die Änderung des Landesfeuerwehrgesetzes wurde von der Kärntner Re-

gierung Ende Jänner beschlossen. „Diese Neuerung bringt nicht nur Vorteile für unsere Feuerwehren, sondern erleichtert auch die Integration von Drittstaatsangehörigen in die Dorfgemeinschaft“, so Feuerwehrreferent Uwe Scheuch.

Im Schnitt 1,95 Prozent für Gemeindebedienstete

Gehaltserhöhung „in Maßen“

KLAGENFURT

Auf eine Gehaltserhöhung um durchschnittlich 1,95 Prozent haben sich der Kärntner Gemeindebund und die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten geeinigt. Die Nebengebühren und Zulagen steigen um

2,95 Prozent. Kärntens Gemeindebund-Präsident Ferdinand Vouk weist auf die engen finanziellen Spielräume der Gemeinden hin, jedoch: „Motivierte und qualifizierte Gemeindebedienstete sind entscheidend.“



Niederösterreich

Bürgerinitiative „Weinviertel statt Gasviertel“ angelaufen

Weinviertel gibt Vollgas gegen Schiefergas

POYSDORF

Die OMV vermutet im Weinviertel, nahe Poysdorf, große Mengen Schiefergas. Ab Sommer 2012 sollen Probebohrungen durchgeführt werden, um herauszufinden, ob eine Schiefergasförderung wirtschaftlich Sinn macht. Die Bewohner und Umweltschützer sind durch das Vorhaben der OMV alarmiert und gaben sich bei einer Informationsveranstaltung kämpferisch. Das Geld für die Probebohrungen solle besser in den Ausbau erneuerbarer Energie investiert werden, wie



Die OMV will im Weinviertel Probebohrungen durchführen, eine Bürgerinitiative setzt dagegen alle Hebel in Bewegung.

es der Energiefahrplan 2030 vorsieht. Schiefergas ist ein fossiler Energieträger und trägt damit zur Erdwärmung bei. Kritiker stoßen sich daran, dass die OMV bislang keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchführen lassen will. Die

Förderung von Schiefergas ist gefährlich, weil durch den Einsatz von Chemie das Grundwasser verseucht werden kann. Eine Bürgerinitiative wirbt auf www.weinviertelstattgasviertel.at gegen die Schiefergasförderung.

Lkw-Verbot angedacht

Schwerverkehr eindämmen

WAGRAM

Die Wagram-Gemeinden klagen, dass seit der Eröffnung der Donaubrücke bei Traismauer der Schwerverkehr stark zugenommen hat. Nun wird darüber diskutiert, ob man Lkw das Durchfahren nicht gänzlich verbieten sollte. Das Problem ist nicht die Anzahl der durchfahrenden Lkw, sondern, dass die Häuser zu knapp an den Straßen gebaut sind und die Bewohner unter dem Lärm leiden. Niederösterreichs Verkehrsplaner Friedrich Zibuschka überlegt, die Hälfte des Schwerverkehrs auf die Schiene zu verbannen.



Oberösterreich

Verhandlungen über Fusionen von Gemeindeverwaltungen starten bereits

Anreizsystem für Kooperation trägt Früchte

ENGERWITZDORF GALLNEUKIRCHEN

Wenige Wochen nachdem von der oberösterreichischen Landesregierung ein Anreizsystem für Gemeindekooperationen angekündigt wurde, werden mancherorts bereits Nägel mit Köpfen gemacht.

Die Bürgermeister von Engerwitzdorf und Gallneukirchen verhandeln darüber, ihre Gemeindeämter zusammenzulegen und nur noch einen Amtsleiter zu beschäftigen. Die Abteilungen sollen zwischen den Gemeinden aufgeteilt werden. Der Vorteil ist, dass das Bürgerservice in jeder Gemeinde bestehen bleibt. Know-how lässt sich besser bündeln



Engerwitzdorf und Gallneukirchen überlegen, aus zwei Verwaltungen eine zu machen. Auch andere Gemeinden verhandeln.

und Einsparungen erzielen, weil einige Stellen möglicherweise nicht nachbesetzt werden müssen. Für die Gemeinden war der Anreiz, dass die Landesumlage bei Kooperation um 70 Prozent für vier Jahre erlassen wird,

wodurch sich jede Gemeinde bis zu 150.000 Euro im Jahr erspart. Auch die Gemeinden Hagenberg, Wartberg, Pregarten und Unterweitersdorf haben angekündigt, ihre Verwaltungen zu fusionieren.

Bürger ziehen „Markt“ vor

Stadttitel passt nicht in den Kram

TIMELKAM

Zum 500-Jahr-Jubiläum der Martgemeinde Timelkam, im Bezirk Vöcklabruck, wollte der Gemeindevorstand den Stadttitel anstreben. Für den Bürgermeister Johann Riezinger überraschend, lehnten die Bürger den Stadttitel ab und wollen lieber „Markt Timelkam“ bleiben.

Der Bürgermeister nimmt's gelassen und hat den Antrag wieder zurückgezogen. Er erklärt die ablehnende Haltung damit, dass die Bürger, außer viel Papierarbeit und Umbenennungen, keinen Nutzen im Stadttitel sehen.



Salzburg

Salzburg investiert bis 2014 6,5 Millionen in den Ausbau der Kinderbetreuung

Frisches Geld für neue Betreuungsplätze

SALZBURG

Das Land Salzburg hat für die Jahre 2012 bis 2014 mehr als 6,5 Millionen Euro für den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen zugesichert.

Besonders kleine Gemeinden sollen profitieren, weil große Bauvorhaben von ihnen schwerer zu finanzieren sind. Durch den Ausbau sollen außerdem Arbeitsplätze in der heimischen Bauwirtschaft gesichert werden. Gerechnet wird mit einem Gesamt-Bauvolumen von 15 Millionen Euro. In Bad Vigaun werden beispielsweise 1,9 Millionen Euro in einen Neubau investiert. Die Landesrätin Tina Widmann erwartet sich



Salzburgs Landesrätin Tina Widmann wünscht sich mehr Flexibilität und Qualität in der Kinderbetreuung.

durch die frischen Fördergelder eine Qualitätsoffensive. „Damit wird der Ausbau der Kinderbetreuung im Land Salzburg weiter vorangetrieben. Mein Ziel

ist es, den Gemeinden auch in Zukunft eine bestmögliche Hilfestellung beim bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung zu geben“, so Widmann.

Politik fängt in Gemeinde an

Vorteile der EU spürbar machen

GOLDEGG

„Jede Art von Politik fängt in der Gemeinde an“, betont Salzburgs Landtagspräsident Simon Illmer beim Pongauer Gemeindevertreter/innen-Tag in Goldegg. Auch Europa muss daher in den Gemeinden anfangen und für die Menschen sichtbar sein. Auch wenn Europa mit wirtschaftlichen Turbulenzen zu kämpfen hat, ist unbestritten, dass Österreich von der EU-Mitgliedschaft profitiert hat.

Die Exporte in die Mitgliedstaaten wurden verdreifacht, es wurden 12.000 Arbeitsplätze geschaffen und in Forschung investiert.



Steiermark



Die Statistik „Kleine Steiermark-Datei“ zeigt, dass die Haushalte in der Steiermark klein sind und bis 2030 noch kleiner werden.

Bereits jeder Siebente lebt in Einpersonenhaushalt

Land der Singlehaushalte

GRAZ

In der Steiermark gibt es zwar immer mehr Haushalte, die Anzahl der Singlehaushalte steigt jedoch. Das ergeben Zahlen aus der aktuellen „Kleinen Steiermark-Datei“, die von Landesstatistikern herausgegeben wurde. Momentan ist

ein Drittel der insgesamt 504.300 Haushalte ein Einpersonenhaushalt. Fast jeder Siebente lebt somit als Single. Die Tendenz ist steigend, denn die Statistiker rechnen damit, dass bis 2030 jeder sechste Steirer in einem Singlehaushalt lebt.

Abwanderung und Infrastrukturrückgang als Probleme

Gemeindefusion ist kein Allheilmittel

MARIAZELL

Der Stadt Mariazell und ihren Umlandgemeinden gehen die Einwohner aus. Damit einher geht, dass die Versorgung dünner wird. Eine Außenstelle des Bezirksgerichts und die Post machten bereits ihre Pfor-

ten dicht, das Landeskrankenhaus steht auf der roten Liste. Mariazells Bürgermeister Josef Kuss appelliert an das Land, denn Gemeindefusionen allein werden das Infrastrukturproblem und die Abwanderung nicht lösen.

2020 soll ein Drittel erneuerbare Energien sein

Landesförderung für Solaranlagen

GRAZ

Die steirische „Reformpartnerschaft“ hat sich beim Ausbau der erneuerbaren Energien viel vorgenommen. Bis 2020 soll ihr Anteil von 25 auf 34 Prozent erhöht werden. Mit einer neuen Landesförderung für Solaranlagen können bis zu ei-

nem Drittel der Anschaffungskosten wieder hereingeholt werden. Zusätzlich startete die Informationskampagne „Spar mit Solar“, die auch auf die thermische Sanierung und auf Energiechecks durch Energieberater hinweisen will.



Tirol

232 Millionen Euro 2012

Impuls für sozialen Wohnbau

INNSBRUCK

Die Nachfrage nach günstigen Wohnungen ist, vor dem Hintergrund kräftig steigender Mietpreise, ungebrochen. In Tirol werden 2012 rund 9500 Personen in den Genuss eines leistbaren, gemeinnützigen Wohnbaus kommen.

Das Land Tirol investiert 232 Millionen Euro in neue Wohnungen und wird 1850 Fertigstellungen erzielen. In insgesamt vierzig Gemeinden entstehen damit neue Projekte. Ein weiterer Vorteil ist, dass die die Bauwirtschaft angekurbelt wird, weil viele Aufträge an kleine, regionale Betriebe vergeben werden sollen.



Foto: Land Tirol

Durch die Ortskernrevitalisierung sollen Zentren aufblühen.

In Silz wurden in sieben Jahren 60 Einheiten gefördert

Förderung für Ortserneuerung

SILZ

Die Tiroler Landesregierung hat für 2012 eine Schwerpunktförderung für Dorferneuerung in der Höhe von 460.000 Euro beschlossen. Die vorhandene Bausubstanz in den Dörfern soll genutzt werden, um die Zentren zu beleben und neuen Wohnraum zu schaf-

fen. Durch die Förderung wird das Zehnfache an Investitionen ausgelöst. Die Gemeinde Silz ist ein Revitalisierungs-Vorbild. 36 Projekte mit 60 Wohneinheiten wurden gefördert. Im Durchschnitt investierten die Eigentümer 75.000 Euro je Einheit, gefördert wurden 16.000 Euro.

Neues Gemeindezentrum Aus Platzmangel im Untergrund

ISCHGL

Ischgl wird ein neues Gemeindezentrum bekommen. Weil im dicht besiedelten Ortszentrum nur 450 Quadratmeter zur Verfügung stehen, werden die Funktionen, darunter Proberäume, Pavillon und Pfarrsaal, kurzerhand unter die Erde verlegt.

Der begrünte Hügel auf dem Grundstück, auf dem früher ein Marktplatz stand, bleibt erhalten. Der Entwurf stammt von dem Innsbrucker „parc architecten“. Das neue Dorfzentrum soll im nächsten Sommer eröffnet werden und bis zu 3,5 Millionen Euro kosten.



Vorarlberg

Jury lobt 13 gelungene Ideen speziell für Jugendliche

Früh übt sich, gesund zu bleiben

BREGENZ

In Bregenz wurden 13 Jugend-Gesundheitsprojekte bewertet. Ein Aufklärungsprojekt namens „Klipp & Klar“, vom Mädchenzentrum Amazone, wurde von der Fachjury als bester Ansatz ausgezeichnet. Gelobt

wurde unter anderem auch das Projekt „GartenWerkStadt“, bei dem Jugendliche ohne Job einen Nutzgarten anlegen, und das gemeindeübergreifende Projekt „alles im grüna“, das die Akzeptanz von Gesundheitsangeboten steigern soll.



Der letzte Kinderarzt verlässt das Montafon

Wer hat den Kinderarzt geklaut?

SCHRUNS

Das Montafon ist seinen letzten Kinderarzt los. Der bisherige Kinderarzt Lothar Bereuter ist nach Bludenz übersiedelt und hat dort eine neue Kinderarztpraxis mit tagesklinischem Angebot eröffnet. Die Familien müssen künftig längere An-

fahrtswege in Kauf nehmen. Laut Bereuter sind den Eltern längere Öffnungszeiten und eine hohe Qualität wichtiger als kurze Anfahrtswege. Einmal in der Woche will er in Schruns eine Sprechstunde abhalten.

Verstöße gibt es in kleinen Läden öfter, als in großen

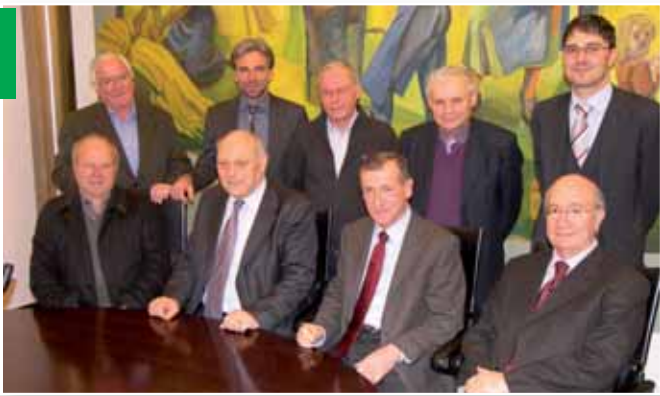
Jugendschutz missachtet

BREGENZ

An vier von zehn Jugendliche wird in Vorarlberg unerlaubt Alkohol oder Tabak verkauft. Das ergaben 110 Testeinkäufe der Werkstatt für Suchtprophylaxe und des Kinder- und Jugendanwalts Michael Rauch. Große Handelsketten halten sich meist an die Ju-

gendschutzbestimmungen. Bei kleinen Läden sind Unachtsamkeit und Stress schuld daran, dass Jugendliche Suchtmittel bekommen. Laut Rauch gibt es aber auch „krasse Einzelfälle“, denn manche Geschäfte bieten Alkohol gezielt den Jugendlichen an.





Konrad Piazza, Arnold Schuler, Wilfried Battisti-Matscher, Toni Innerhofer, Dr. Arno Kompatscher (stehend v. l.), Ignaz Ladurner, Luis Durnwalder, Arthur Scheidle und Giovanni Salghetti-Drioli (sitzend v. l.)

Südtirol

„Altbürgermeisterclub“ gegründet

BOZEN

Im Beisein des Präsidenten des Südtiroler Gemeindenverbandes, Dr. Arno Kompatscher, und des Landeshauptmanns von Südtirol, Dr. Luis Durnwalder, unterzeichneten letztlich im Gebäude des Südtiroler Landtages in Bozen die ehemaligen Südtiroler Bürgermeister Arnold Schuler (Altbürgermeister von Plaus), Dr. Arthur Scheidle (Altbürgermeister von Klausen), Dr. Ferdinand Rainer (Altbürgermeister von Freienfeld), Toni Innerhofer (Altbürgermeister von Sand in Taufers), Dr. Albrecht Plangger (Altbürgermeister von Graun), Ignaz Ladurner (Altbürgermeister von Tirol), Konrad Piazza (Altbürgermeister von St. Ulrich), Wilfried Battisti-Matscher (Altbürgermeister von Kaltern) und Dr. Giovanni Salghetti-Drioli (Altbürgermeister von Bozen) die Gründungsurkunde des neuen Vereins „Altbürgermeisterclub“.

Laut der genehmigten Satzung ist das Ziel und der Zweck des Vereins die Förderung der Beziehungen unter den ehemaligen Bürgermeistern. Zu diesem Zweck soll der Verein sämtliche Tätigkeiten ausüben, die direkt oder indirekt für die Zielsetzung förderlich, nützlich und notwendig sind,

aber auch kulturelle und freizeitorientierte Aktivitäten durchführen.

Ausgerichtet ist der Verein nach dem Prinzip der Solidarität, und es werden ausschließlich gemeinnützige Zwecke verfolgt. Die Organisation ist nach dem Grundsatz der Demokratie und Gleichbehandlung der Rechte aller Mitglieder aufgebaut. Das Gründungskomitee des Vereins hat vorerst Altbürgermeister Arnold Schuler zum rechtlichen Vertreter gewählt, damit die Mitgliederversammlung einberufen und der Vereinsvorstand gewählt werden kann. Der Präsident des Südtiroler Gemeindenverbandes, Dr. Arno Kompatscher, begrüßt die Initiative und freut sich auf eine abwechslungsreiche Tätigkeit und Unternehmungen des Vereins.

Kontakt

Südtiroler
Gemeindenverband
Genossenschaft,
Kanonikus-Michael-
Gamper-Straße 10,
I-39100 Bozen
Tel.: 0039-0471-304655,
Fax: 0039-0471-304625
Email: info@gvcc.net
Web: www.gvcc.net



Kommunikation mit den Bürgern

Schreiben für Gemeinden – Sicheres Texten für Mitarbeiter

Wir kennen die Aufgaben: Ein Text ist zu schreiben, das neue „Gemeinde-Profil“ braucht einen zündenden Text, Neuigkeiten müssen dringend auf die Homepage. Begeistert sind wir und motiviert, aber sobald DOKUMENT NEU geklickt ist, befällt uns blankes Entsetzen. Die

Worte fehlen, die Lust ist dahin. Also machen wir uns einen Kaffee oder werfen einen



Blick in die Freundesrunde mit dem blauumrahmten F. Texte schreiben sich nicht von selbst, leider auch nicht nebenbei. Dann endlich, kurz vor Abgabeschluss, produzieren wir – durchaus emsig – die geforderte Zeichenmenge und lesen. Gar nicht so schlecht. Sogar ganz gut: ganzheitlich, nachhaltig und innovativ. Alles, was

uns schön vorkommt und was unsere Chefin (beiderlei Geschlechts) liebt, steht auf dem Papier.

Und dann?

Nichts. Keine, maximal lauwarme Reaktion.

Wir lesen den Text noch einmal und haben hundert Déjà-vus. Uniforme Worte und Phrasen!

In der Krise entscheidet das richtige Wort über die Stimmung in einer Gemeinde.

Die Kommunikation zwischen Politikern und Bewohnern muss angesichts des steigenden Unbehagens in der Gesellschaft sitzen.

Um Gemeindemitarbeitern ein solides Rüstzeug zu geben, hat Eleonore Gudmundsson das Seminar „Schreiben für die Gemeinde“ konzipiert und erfolgreich erprobt.

Rückfragehinweis bei Mag. Eleonore Gudmundsson
E-Mail: eleonore@gudmundsson.at,
Tel.: 0664 1602857 oder
Web: www.corpetry.at

Nachruf

Altbürgermeister Hubert Huber tot

LIENZ

Hubert Huber, Langzeitbürgermeister von Lienz, ist Anfang Februar im Alter von 87 Jahren verstorben. Über drei Jahrzehnte war Huber Bürgermeister der Dolomitenstadt Lienz. Der 1924 geborene Sohn einer Eisenbahnerfamilie wuchs in bescheidenen Verhältnissen

auf. Nach dem Besuch der Volks-, Haupt- und Handelsschule holte ihn der Kriegsdienst aus Lienz fort. Erst 1948 kehrte er nach Osttirol zurück und trat in den Dienst der Landwirtschaftlichen Lehranstalt. Kurz darauf übernahm er die Obmannschaft der ÖVP Osttirol. „Zuerst das Notwendige, dann das Angenehme“, pflegte er zu sagen. Seinen 85. Geburtstag feierte Huber noch im Kreise seiner Amtsnachfolger Helga Machne und Johannes Hibler.

Foto: dolomitenstadt.at



Hubert Huber

Bürgermeister-Personalia

So nah und doch so fern

MÖRBISCH

Mörbischs Bürgermeister Peter Vargyas sollte Ende Jänner bei einer Gemeinderatssitzung sein Amt an den 25-jährigen Jürgen Marx übergeben. Er tat es aber nicht, und Jürgen Marx, der seit 2007 im Gemeinderat sitzt, muss wohl



Bgm. Peter Vargyas tritt noch nicht ab.

noch warten, bis er sich ganz offiziell als jüngster Bürgermeister Österreichs bezeichnen darf.

Vargyas rechtfertigte seinen Nicht-Rücktritt damit, dass er nie einen fixen Termin genannt hatte, und kündigt seinen „echten“ Rücktritt für Ende Februar an.

Neuer Ortschef in Großarl

GROSSARL

Der neue Bürgermeister von Großarl im Salzburger Pongau heißt Johann Rohrmoser. Rohrmoser (ÖVP) konnte 55,3 Prozent der Stim-

men erzielen und setzte sich gegen Johann Ganitzer (SPÖ) durch. Die Wahlbeteiligung lag bei 81 Prozent. Die Neuwahl wurde erst nötig, weil Rohrmosers Vorgänger, Bürgermeister Sepp Gollegger, im Oktober 2011 überraschend gestorben ist.



Bgm. Johann Rohrmoser

Danner tritt in Stainach ab

STAINACH

Stainachs SP-Bürgermeister Christian Danner ist Anfang Februar zurückgetreten.

Nach innerparteilichen Querelen soll nun ein Nachfolger ran. Die eigene Partei legte im April 2011 einen Misstrauensantrag ein und warf ihm eigenmächtiges Handeln vor. Im September legte Danner ein Disziplinarverfahren gegen Amtsleiter Alexander Hinterleitner ein.



Foto: Team 2010

Christian Danner

Manuel Bauer wird jüngster SP-Vizebürgermeister des Burgenlands

PÖTTELSDORF

Das Burgenland präsentiert sich jung. Das zeigt sich nicht nur beim jüngsten Bürgermeisteranwärter in Mörbisch, sondern mit Manuel



Foto: SPÖ Pöttelsdorf

SP-Klubobmann Christian Illedits freut sich mit Vizebürgermeister Manuel Bauer.

Bauer auch beim jüngsten Vizebürgermeister im Bezirk Mattersburg. Der 22-Jährige übernahm das Amt des bisherigen Pöttelsdorfer Vize-Ortschefs Siegfried Leyrer, zugleich übernimmt er auch das Amt des SPÖ-Vorsitzenden. „Ich freue mich auf diese große Herausforderung und möchte mit einem neuformierten Team für frischen Wind in Pöttelsdorf sorgen,“ so der neue Vizebürgermeister.

Personalia Oberösterreich

Manfred Kalchmair neuer Vizepräsident des OÖ Gemeindebundes

SIERNING/LINZ

In der Landesausschuss-Sitzung des Oberösterreichischen Gemeindebundes wurde am 12. Dezember 2011 einstimmig der Sierninger Bürgermeister Manfred Kalchmair (SPÖ) zum Vizepräsidenten gewählt. Kalchmair wurde am 16. Mai 1959 geboren und kann auf eine bereits jahrzehntelange politische Laufbahn zurückblicken. Mit 18 Jahren wurde er Vorsitzender der Sozialistischen Jugend (SJ) Letten, einer Katastralgemeinde von Sierning. Zwei Jahre später wurde er Bezirksvorsitzender der SJ Steyr und seit 1978 ist er Funktionär der SPÖ Letten. Weiters bekleidete Kalchmair von 1987 bis 1998 die Funktion des Vorsitzenden der SPÖ Letten und seit 1985 befindet er sich im Gemeinderat der Marktgemeinde Sierning.



Foto: Gemeinde Sierning

2000 wurde der zweifache Familienvater zum Bürgermeister der 9100-Einwohner-Gemeinde Sierning. Kalchmair verfügt über ein großes Vertrauen der Bürger, denn er wurde bei der letzten Wahl 2009 mit stolzen 85,9 Prozent wiedergewählt. Seit Mai 2011 ist er auch geschäftsführender Vorsitzender des Gemeindevertreterverbandes Oberösterreich und seit Dezember 2011 nun auch Vizepräsident des OÖ Gemeindebundes. Mehr auf www.gemeindebund.at

Personalia Kärnten

Achill Rumpold ist neuer Gemeinde-Landesrat in Kärnten

Nachdem Landesrat und VP-Parteiboss Josef Martinz zu Jahreswechsel all seine Regierungsämter zurückgelegt hat, übernahm Achill Rumpold die Geschäfte von Martinz in der Landesregierung. Rumpold war bislang LandesparteiSekretär der ÖVP in Kärnten. Sollte Martinz freigesprochen werden, will er seine zurückgelegten Ämter wieder aufnehmen. Der Kärntner Gemeindebund kommentierte den Rückzug des Gemeindefürsors mit Überraschung. Er habe zahlreiche Reformschritte eingeleitet



Foto: Land Kärnten

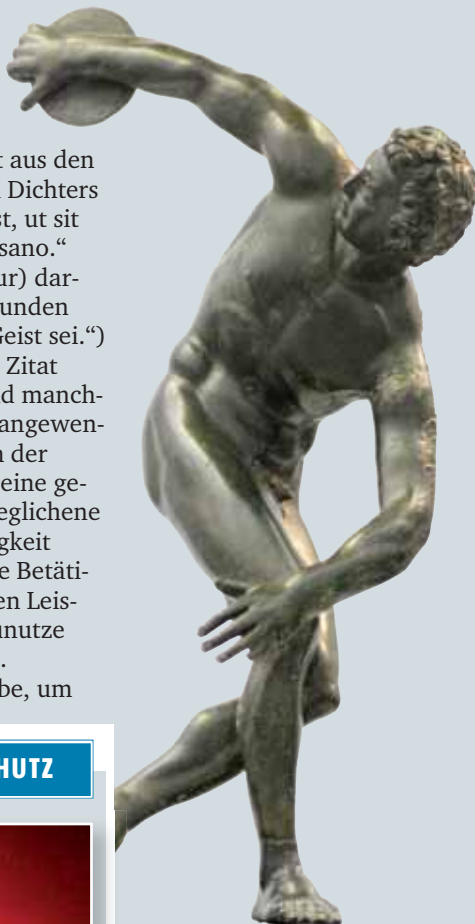
und die Probleme der Gemeinden gut gekannt. Von Achill Rumpold erwarte man sich die Fortsetzung dieser Reformbemühungen. Besonders bedürfe es einer Entflechtung der Finanzbeziehung zwischen dem Land und den Gemeinden. Eine Reform der Aufgabenzuordnung sei dringend notwendig, so Gemeindebund-Chef Ferdinand Vouk.

Vorschau auf Ausgabe 4/2012 (April):

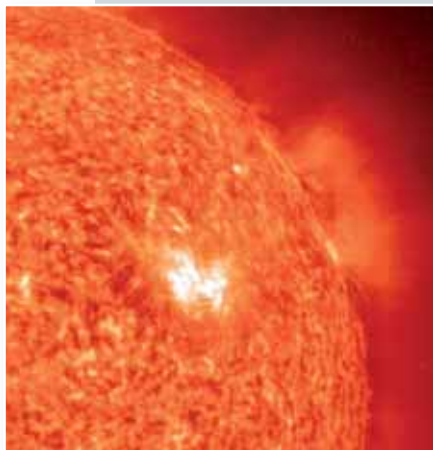
SPORT- UND SCHULANLAGEN

Mens sana in corpore sano

Diese allseits bekannte Redewendung ist ein verkürztes Zitat aus den Satiren des römischen Dichters Juvenal: „Orandum est, ut sit mens sana in corpore sano.“ („Beten sollte man (nur) darum, dass in einem gesunden Körper ein gesunder Geist sei.“) Obwohl das verkürzte Zitat meist völlig falsch (und manchmal diskriminierend) angewendet wird, ist nicht von der Hand zu weisen, dass eine gesunde, das heißt ausgeglichene und der Leistungsfähigkeit angepasste körperliche Betätigung auch der geistigen Leistungsfähigkeit eher zunutze kommt als ihr schadet. Eine von vielen Aufgabe, um



BAU & KLIMASCHUTZ



► Heißer Sommer trotz „kalter Sonne“

Das Buch „Kalte Sonne“ erregt derzeit allerorten die Gemüter. Vor allem Fragen und Aussagen wie: „Stimmt das so mit dem Klimawandel?“, „Sind die Befürchtungen alle umsonst?“, „Ist Photovoltaik wirklich Wahnsinn?“ erregen die Gemüter. KOMMUNAL bringt im April ein Sonderthema zur „kalten Sonne“.

die sich die Gemeinden kümmern müssen. Zweieinhalb Milliarden Euro investieren sie in diesen Bereich jährlich und schaffen damit Sportanlagen, Kindergärten und Schulen.

KONTAKT

So erreichen Sie uns:

KOMMUNAL
Löwelstraße 6, 1010 Wien
Fax: 01/532 23 77
Web: www.kommunal.at

Mag. Sabine Brüggemann
Tel: 01/532 23 88 – 12
sabine.brueggemann@kommunal.at
Mag. Alexander Palaschke
Tel: 01/532 23 88 – 14
alexander.palaschke@kommunal.at

In dieser Ausgabe:

Fach- und Serviceinformationen für die öffentliche Hand

► ARGE Forum mineralische Rohstoffe	40
► Bundesministerium für Finanzen	32
► Bundesministerium für Inneres	30
► Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasser	28
► Containex Container HandelsgmbH	39
► ECOLIGHTS Solare Beleuchtung GmbH	47
► Hella Handel Austria	43
► KOMMUNALKREDIT Austria AG	37
► Messe Congress Graz Betriebsges.m.b.H.	42
► Messezentrum Salzburg GmbH	54
► Österreichische Post AG	53
► Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach	54
► PWC Österreich GmbH	36
► REECO GmbH	49
► Schörghuber & Partner KEG	53
► Familienfreundliche Gemeinde	31
► Steinbauer Development GmbH	41
► SW Umwelttechnik Österreich GmbH	55
► SYMPOS Veranstaltungsmanagement GmbH	60

Vorschau auf Ausgabe 3/2012 (März):

FUHRPARK

► „Kooperation“ ist das neue Zauberwort

Österreichs Gemeinden haben 2010 in der Ausgaben-Gruppe 8, „Dienstleistungen“, in Summe 5.187.298.528 Euro ausgegeben, nachzulesen im aktuellen Gemeindefinanzbericht. In diesen Bereich fallen u. a. Wirtschaftshöfe, Müllbeseitigung, Straßenverkehrsbetriebe, Stadwerke usw. Alles Anforderungen an einen riesigen Fuhrpark. Enge Kooperationen könnten die Kosten für Gemeinden senken und werden deshalb bereits praktiziert. Aber oft fehlen noch Erfahrungsbeispiele und Antworten auf so manche Frage – Themen, denen sich KOMMUNAL im März widmet.

GERÄTETECHNIK

► Das richtige Gerät für den richtigen Zweck

Eine besonders wichtige Frage für jeden Dienstgeber ist, ob für einen gewünschten Zweck das richtige oder passende Gerät vorhanden ist. Jedes „herumdoktern“ birgt nicht nur ein großes Verletzungsrisiko, sondern dauert auch deutlich länger und kostet damit mehr Zeit. KOMMUNAL schaut sich an, welche Geräte üblicherweise für welchen Zweck eingesetzt werden.



Praxistag für
Anwender am
12. September

KOMMUNALMESSE 2012

12. bis 14. September 2012, Messe Tulln

Information für Gemeinden im
Rahmen des 59. Österreichischen
Gemeindetages:

- Alles, was Gemeinden brauchen
- Produkte vor Ort ausprobieren
- 12.000 m² Ausstellungsfläche

Jetzt anmelden!

www.kommunalmesse2012.at

DAS TUT DIE KOMMUNALKREDIT FÜR ÖSTERREICH.

Infrastruktur ist die Basis für eine erfolgreiche Zukunft. Aus diesem Grund legt die Kommunalkredit ihren strategischen Fokus auf die Finanzierung von Infrastrukturprojekten, die einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind. **Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Energieversorgung, Anlagen der Wasserwirtschaft** sowie **der Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs** sind für die Allgemeinheit unerlässlich. Jeder hat einen Nutzen davon. Unser Know-how und unsere Erfahrung sind bedeutendes Kapital für **Städte und Gemeinden**, damit sie ihre Vorhaben erfolgreich umsetzen können. Investitionen in öffentliche Infrastruktur sind ein wichtiger Motor für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung der Zukunft.

WASSERKRAFT
als sauberer Stromlieferant



NACHHALTIGE ENERGIE
ohne Umweltbelastung



MODERNE GESUNDHEITZENTREN
für Bürgerinnen und Bürger



©DKH SCHLADMING

KADERSCHMIEDEN
für unsere Jugend



©ZAHA HADID ARCHITECTS/HEILAND

SOZIALE INFRASTRUKTUR
für eine funktionierende Gesellschaft



VERKEHRSWEGE
für rasche und sichere Verbindungen



ÖSTERREICHS BANK FÜR INFRASTRUKTUR
INFRA BANKING EXPERTS
www.kommunalkredit.at

**KOMMUNAL
KREDIT**